GESCANNT
-1 Mai 2019

Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

24. April 2019 (RRB Nr. 429/2019)
Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung, Totalrevision (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen den Gesetzesentwurf und die damit einhergehende Flexibilisierung der bestehenden Förderinstrumente. Vor dem Hintergrund der komplexen Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (EU) befürworten wir insbesondere, dass die Förderung von internationaler Mobilität und Kooperationsaktivitäten von der Beteiligung an EU-Bildungsprogrammen abgekoppelt wird. Nachfolgend finden Sie unsere Bemerkungen zu einzelnen Gesetzesbestimmungen.

Art. 4 Abs. 1 Bst. b: Es erscheint uns wichtig, dass der Bund neben den europäischen Kooperations- und Mobilitätsprogrammen (namentlich Programme der EU) auch seine eigenen thematischen und geografischen Prioritäten setzen kann. Wir verstehen die unterschiedlichen Formen der nationalen, europäischen und aussereuropäischen Mobilität und Zusammenarbeit als komplementär zueinander. Sie verfolgen verschiedene Zwecke und sollen sich deshalb im Hinblick auf den finanziellen Rahmen nicht konkurrenzieren. Dass die Schweiz kein eigenes Bundesprogramm neben einem europäischen Programm im gleichen Tätigkeitsbereich führen darf, erachten wir als problematisch. Die aussereuropäische Mobilität und Zusammenarbeit für jetzige und zukünftige Programme soll nicht beschränkt werden. Aussereuropäische Projekte bzw. solche ausserhalb der EU sollen z. B. auch bei einer Assoziierung der Schweiz an das Bildungsprogramm Erasmus+ weiterhin möglich sein. Dies wird insbesondere im Hinblick auf den EU-Austritt von Grossbritannien von Bedeutung sein.

Art. 2 Abs. 1: Weder der Gesetzestext noch die Erläuterungen geben darüber Auskunft, was der Begriff der «internationalen Lernmobilität» im Detail umfasst. Es ist wichtig, dass dieser Begriff möglichst breit ausgelegt wird, damit beispielsweise Semesteraustausche, sogenannte Summer/Winter Schools und Praktika auch dazu zählen.

Art. 4 Abs. 1 Bst. d: Gemäss dem erläuternden Bericht (S. 14) sollen die Institutionen im Sinne dieser Bestimmung einen «besonderen bildungspolitischen Mehrwert für die Exzellenzförderung bieten». Was genau darunter zu verstehen ist, ist in der Ausführungsverordnung zu verdeutlichen. Swissuniversities ist dabei in die Erarbeitung der Liste der entsprechenden Institutionen einzubeziehen.

Wenn auch der erläuternde Bericht sich klar äussert («Durch die Totalrevision wird nicht die politische Entscheidung vorweggenommen, ob die Förderpolitik sich in der Periode ab 2021 vorwiegend auf eine Assoziierung an die EU-Bildungsprogramme stützen soll oder ob eigene Schweizer Programme mit gleicher Zielsetzung finanziert werden sollen», S. 9, Ziff. 1.3), möchten wir festhalten, dass die vorliegende Totalrevision in keiner Weise die Bemühungen um eine zukünftige Assoziierung der Schweiz an die europäischen Programme für die neue Programmlaufzeit 2021–2027 beeinträchtigen sollte. Für den Fall, dass keine Assoziierung zustande kommt, sollten die EU-Bildungsprogramme bei der Umsetzung eigener Bundesprogramme aufgrund der engen Verflechtung mit dem europäischen Bildungsraum berücksichtigt werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:	Die Staatsschreiberin:
Dr. Thomas Heinige	Dr. Kathrin Arioli

Der Regierungsrat
des Kantons Bern

Le Conseil-exécutif
du canton de Berne

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herrn Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

15. Mai 2019

RRB-Nr.:	476/2019
Direktion	Erziehungsdirektion
Unser Zeichen	KMA
Ihr Zeichen	
Klassifizierung	Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB).
Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 13. Februar 2019 wurde der Kanton Bern eingeladen, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zum Entwurf zu äussern.

Der Kanton Bern kann der Totalrevision in der Vorlage grundsätzlich zustimmen. Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass damit keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden, sondern dass die bestehenden Förderinstrumente gezielt flexibilisiert werden, um grössere Kohärenz zu erreichen. Er begrüsst, dass die Mandatierung einer nationalen Agentur von der Beteiligung an internationalen Programmen entkoppelt werden soll und damit auf die internationale Zusammenarbeit und Mobilität fokussiert wird, anstelle einer starren Anbindung an die EU-Programme.

Ebenso ist wichtig, dass eine solche Beteiligung auf derselben Rechtsstufe verankert wird wie eigene Schweizer Programme. Dies erhöht die Handlungsfähigkeit des Bundes, um auf Entwicklungen im Bereich der internationalen Bildungszusammenarbeit reagieren zu können, und stützt die Gleichwertigkeit von akademischer Bildung und Berufsbildung. Der Kanton Bern legt Wert auf die Feststellung im erläuternden Bericht, dass durch die Totalrevision nicht der politische Entscheid vorweggenommen wird, ob sich die Förderpolitik in der Periode ab 2021 vorwiegend auf eine Assoziierung an die EU-Bildungsprogramme stützen soll, oder ob eigene Schweizer Programme mit gleicher Zielsetzung finanziert werden sollen.

Die im Entwurf vorgeschlagene Klärung der Rechtsgrundlage für die Mandatierung einer nationalen Agentur ist aus Sicht des Kantons Bern wichtig, um die Kohärenz der Förderung der internationalen und der nationalen Bildungsmobilität zu gewährleisten. Letztere ist für die Schweiz als mehrsprachiges, kulturell vielfältiges Land ebenfalls von grosser Bedeutung. Die im erläuternden Bericht in Aussicht gestellte Überführung der Rechtsform der bereits heute mandatierten nationalen Organisation von einer privatrechtlichen Stiftung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird begrüsst. Mit ihrer beratenden und unterstützenden Funktion kann sie einen wesentlichen Beitrag zur Koordination und Kooperation, aber auch zur Nutzung von Synergien und der Verbreitung von good practice leisten. Die Herausforderung dürfte hier ein effizientes Vorgehen bei der Umsetzung sein.

Zu den einzelnen Artikeln haben wir folgende Bemerkungen:

Artikel 4 Buchstabe d des Entwurfs

Bezüglich der Individualstipendien für herausragende Institutionen im Bildungsbereich sind mindestens auf Verordnungsstufe die Kriterien für die Bestimmung von Exzellenz zu nennen und der Fächerfokus ist zu überprüfen (im Moment sind es Brügge, Natolin und Florenz).

Artikel 5 Absatz 2 des Entwurfs

Die Formulierung für eine Beitragsberechtigung ist restriktiv (nur für diejenigen, welche das Schweizer Bildungssystem durchlaufen haben) und nicht kongruent mit dem erläuternden Bericht (mind. einen wesentlichen Teil ihrer bisherigen Ausbildung). Wir regen hier eine weniger enge Formulierung an, damit namentlich Unterbrechungen oder befristete Mobilität - die ja gewünscht werden - in der Praxis nicht zum Ausschlussgrund werden können. Eventuell kann die Bestimmung mit dem Wort «überwiegend» ergänzt werden, oder es könnte eine Formulierung gewählt werden, die sich auf die Bildungsabschlüsse bezieht.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident

Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber

Christoph Auer

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion
- Jerome Hügli, Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, jerome.huegli@sbfi.admin.ch
- Gaétan Lagger, Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

KANTON
LUZERN

Bildungs- und Kulturdepartement
Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern
www.bkd.lu.ch

Je mit PDF- und Word-Datei an
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Luzern, 14. Mai 2019

Protokoll-Nr.: 523

Vernehmlassungsverfahren: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 haben Sie den Kanton Luzern zum oben genannten Vernehmlassungsverfahren eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern den Entwurf des totalrevidierten Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität (nachfolgend Entwurf BIZMD) in der Bildung grundsätzlich begrüsst. Wir sind insbesondere damit einverstanden, dass die Förderpolitik des Bundes neu autonomer sowie flexibler gestaltet wird und künftig finanzielle Mittel ausserhalb der Tertiärstufe zur Verfügung stehen werden.

Aus Sicht der obligatorischen Schule wird der Einsatz einer nationalen Agentur für die Verbesserung der Koordination und Kooperation, wie sie zurzeit von der privaten Stiftung Movetia wahrgenommen wird, begrüsst. Obwohl die obligatorische Schule in die Zuständigkeit der Kantone fällt, finden wir es sehr wichtig, dass der Schwerpunkt der Koordination und Kooperation weiterhin auf nationaler Ebene erfolgt. Damit Schülerinnen und Schüler schon während der obligatorischen Schulzeit von einem interkantonalen Austausch profitieren können, sind genügend finanzielle Mittel bereit zu stellen. Im Bereich der obligatorischen Schule könnte der Fokus für die internationale Zusammenarbeit und Mobilität bei den Fremdsprachen, der Begabtenförderung und dem Lehrpersonenaustausch gesetzt werden.

Die Förderung der Mobilität an den Schweizer Hochschulen soll nicht nur auf europäische Programme beschränkt werden. Es ist auch nach einem allfälligen Austritt Grossbritanniens aus der EU sehr wichtig, die Mobilität der Studierenden mit Grossbritannien zu erhalten. Wir verlangen jedoch, dass nationale, europäische und internationale (aussereuropäische) Mobilität immer ergänzend verstanden werden und einander nicht konkurrenzieren. Für alle drei Arten müssen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Zudem ist es für die Hochschulen sehr wichtig, dass der Gesetzesentwurf eine zukünftige Verbindung der Schweiz mit dem nächsten europäischen Rahmenprogramm für Erasmus und für den Zeitraum 2021-2027 nicht gefährdet. Zwar enthält Art. 4 Abs. 1 lit. a Entwurf BIZMD die Möglichkeit Beiträge für die Beteiligung der Schweiz an internationalen Programmen auszurichten. Wir erinnern jedoch nochmals an das Ziel einer Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021 für die Schweizer Hochschulen.

Gemäss Art. 4 Abs. 1 lit. d Entwurf BIZMD können Einzelstipendien für Masterstudien an ausgewählten Institutionen im Ausland gewährt werden. In der bestehenden Verordnung sind diese Institutionen (Collège d'Europe Brügge und Natolin, Doktoratsstudien am European University Institute in Florenz) abschliessend aufgezählt. Wir begrüssen die Absicht, diesen Kreis zu erweitern. Die Auswahlkriterien und die Institutionen müssen jedoch in enger Zusammenarbeit mit den Schweizer Hochschulen bestimmt werden.

Der Kanton Luzern verweist als Universitätskanton zum Schluss auf die Stellungnahme von swissuniversities, welcher wir uns anschliessen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Reto Wyss
Regierungsrat

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Herr Bundesrat
Guy Parmelin
3003 Bern

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Den vorliegenden Entwurf begrüssen wir. Die Totalrevision ist notwendig, da das bisherige Gesetz (vom 8. Oktober 1999) nicht mehr angemessen ist, zumal es die hauptsächlichen finanziellen Beiträge des Bunds an die europäischen Bildungsprogramme bindet und nur in zweiter Linie einen Beitrag an andere internationale Programme ermöglicht. Der vorliegende Entwurf beseitigt diese Einschränkungen, indem alle schulischen Bereiche, die Weiterbildung sowie die ausserschulischen Aktivitäten abgedeckt werden. Weiter steht der vorliegende Entwurf im Einklang mit der 2017 verabschiedeten «Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen». Im Übrigen gehen wir davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

Für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen, bedanken wir uns.

Altdorf, 17. Mai 2019

REGIERUNGSRAT DES KANTONS URI

Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann Der Kanzleidirektor

Roger Nager Roman Balli

Kanton
Obwalden

Der Vorsteher des Bildungs- und Kulturdepartements BKD

CH-6061 Sarnen, Postfach 1262, BKD
A-Post
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF
3003 Bern

Per E-Mail an:
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch und
jerome.huegli@sbfi.admin.ch

Sarnen, 8. Mai 2019

Entwurf für das BG über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Stellungnahme des Bildungs- und Kulturdepartements Obwalden

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben erwähnten Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BG).

Grundsätzlich befürworten wir den vorliegenden Entwurf für das BG, der im Einklang mit der 2017 verabschiedeten *Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen* steht. Wir gehen in diesem Zusammenhang auch davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

Zum Wortlaut des Entwurfs des BG möchten wir folgende Bemerkungen anbringen:

1. Bezüglich der nach geltendem Recht gesprochenen Kredite gehen wir davon aus, dass die Bestimmungen gemäss Entwurf BG keine Änderungen bewirken werden. Da die Berufsbildung nach geltendem Recht über kein spezifisches Budget verfügt, nehmen wir an, dass für diesen Bereich nach der Verabschiedung des neuen BG ein zusätzlicher Kredit vorgesehen wird.
2. Bei zwei Punkten sind unsererseits gewisse Vorbehalte anzubringen:
   - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Entwurfs des Bundesgesetzes sieht Beiträge für eigene Bundesprogramme vor, "sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist". Die damit verbundene Absicht, Doppelspurigkeit zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Allerdings sollte diese Bestimmung in finanzieller Hinsicht nicht restriktiv ausgelegt werden: Eine Assoziierung der Schweiz an ein internationales Programm (z. B. ERASMUS) könnte den Bund daran hindern, ein ähnliches Programm mit anderen Weltregionen aufzubauen (z. B. akademischer Austausch mit Nordamerika, Japan, China usw.). Diesbezüglich möchten wir daran erinnern, dass bereits fast 50 % der Austauschaktivitäten ausserhalb der europäischen Bildungsprogramme erfolgen. Eine solche restriktive Auslegung wäre für das schweizerische Bildungssystem verheerend und könnte von uns nicht unterstützt werden.

Bildungs- und Kulturdepartement BKD
Brünigstrasse 178, 6060 Sarnen
Postadresse: Postfach 1262, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 62 41
christian.schaeli@ow.ch
www.ow.ch

- Im Einklang mit der Bundesverfassung verleihen die Artikel 8 und 13 des Entwurfs des Bundesgesetzes dem Bundesrat die Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge sowie internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ist jedoch daran zu erinnern, dass die Kantone "in der Praxis" teilweise nicht angehört wurden (z. B. Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarung zur Hochschulreform). Die Wiederholung einer solchen Situation gilt es zu verhindern, insbesondere bei Verträgen im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Deshalb verlangen wir, dass die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen in der Botschaft in der Rubrik "Auswirkungen auf die Kantone" erwähnt wird. In der Vernehmlassungsbotschaft fehlt ein solcher Hinweis.
  Wir ersuchen Sie, einen entsprechenden Hinweis neu einzufügen.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme unserer Bemerkungen und des Ergänzungsvorschlags.

Freundliche Grüsse

Bildungs- und Kulturdepartement BKD

Christian Sehali
Regierungsrat

Kopie an:
- Regierungsrat (Zirkulation)
- Mitglieder GL
- Staatskanzlei (zur Abschreibung des Geschäfts)

KANTON NIDWALDEN
LANDAMMANN UND REGIERUNGSRAT
Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 13. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Brief vom 13. Februar 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum *Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung* BG Stellung zu nehmen. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen.

1 Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich befürworten wir den vorliegenden Entwurf zum BG, der im Einklang mit der 2017 verabschiedeten Schweizerischen Strategie *Austausch und Mobilität* von Bund und Kantonen steht. Wir gehen in diesem Zusammenhang auch davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

2 Spezifische Hinweise

Zum Wortlaut des Entwurfs des BG möchten wir folgende Bemerkungen anbringen:

1. Bezüglich der nach geltendem Recht gesprochenen Kredite gehen wir davon aus, dass die Bestimmungen gemäss Entwurf BG keine Änderungen bewirken werden. Da die Berufsbildung nach geltendem Recht über kein spezifisches Budget verfügt, nehmen wir an, dass für diesen Bereich nach der Verabschiedung des neuen BG ein zusätzlicher Kredit vorgesehen wird.
2. Bei zwei Punkten sind unsererseits gewisse Vorbehalte anzubringen:
   - Art. 4 Abs. 1 Bst. b des BG-Entwurfs sieht Beiträge für eigene Bundesprogramme vor, «sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist». Die damit verbundene Absicht, Doppelspurigkeiten zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Allerdings sollte diese Bestimmung in finanzieller Hinsicht nicht restriktiv ausgelegt werden: Eine Assoziierung der Schweiz an ein internationales Programm (z.B. ERASMUS) könnte den Bund daran hindern, ein ähnliches Programm mit

anderen Weltregionen aufzubauen (z.B. akademischer Austausch mit Nordamerika, Japan, China usw.). Diesbezüglich möchten wir daran erinnern, dass bereits fast 50 % der Austauschaktivitäten ausserhalb der europäischen Bildungsprogramme erfolgen. Eine solche restriktive Auslegung wäre für das schweizerische Bildungssystem verheerend und könnte vom Regierungsrat des Kantons Nidwalden nicht unterstützt werden.

- Im Einklang mit der Bundesverfassung verleihen Art. 8 und 13 des Entwurfs des BG-Entwurfs dem Bundesrat die Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge sowie internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ist jedoch daran zu erinnern, dass die Kantone in der Vergangenheit teilweise nicht angehört wurden (z. B. Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarungen zur Hochschulreform). Die Wiederholung einer solchen Situation gilt es zu verhindern, insbesondere bei Verträgen im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Deshalb verlangen wir, dass die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen erwähnt wird. In diesem Sinne ersuchen wir Sie, im erläuternden Bericht unter einer Rubrik «Auswirkungen auf die Kantone» einen entsprechenden Hinweis einzufügen.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme unserer Bemerkungen und des Ergänzungsvorschlags.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Vorschläge, und Hinweise bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Res Schmid
Landammann

REGIERUNGSRAT · KANTON NIDWALDEN ·

lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- jerome.huegli@sbfi.admin.ch
- gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

kanton glarus

Telefon 055 646 60 11/12/15
E-Mail: staatskanzlei@gl.ch
www.gl.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF
3003 Bern

Glarus, 21. Mai 2019
Unsere Ref: 2019-203

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen.

Wir begrüssen den Entwurf zum neuen Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit, welcher in Einklang mit der entsprechenden Strategie von Bund und Kantonen steht. Wir erlauben uns dazu jedoch zwei Hinweise:

- Bei den Beiträgen des Bundes für eigene Programme im Sinne von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Entwurfes wäre darauf zu achten, dass eine allfällige Assoziierung zu Programmen einer Weltregion nicht den Aufbau ähnlicher Programme in weiteren Regionen verhindert. Die entsprechende Bestimmung dürfte damit nicht restriktiv verstanden werden.

- Weiter weisen wir darauf hin, dass bei der Aushandlung von völkerrechtlichen Verträgen und internationalen Abkommen die Kantone dann unbedingt anzuhören sind, wenn die Regelungsgegenstände in deren Zuständigkeit fallen. Was als Selbstverständlichkeit gelten müsste, ist in der Vergangenheit nicht in jedem Fall eingehalten worden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse
Für den Regierungsrat

Dr. Andrea Bettiga
Landammann

Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: gaetan.lagger@sbfi.admin.ch und jerome.huegli@sbfi.admin.ch

versandt am: 21. Mai 2019

Kanton Zug

Regierungsrat

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zug, 14. Mai 2019 sa

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 laden Sie uns ein, zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung (BIZMB) zu nehmen. Unsere Stellungnahme umfasst die Mitberichte der Direktion für Bildung und Kultur und der Volkswirtschaftsdirektion.

Vorbemerkung
Wir begrüssen den Vorentwurf zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Dieser entspricht einer logischen Weiterentwicklung der seit über zwanzig Jahren gängigen Praxis im Bereich der internationalen Mobilität in der Bildung. Insbesondere die Auflösung der starren Kopplung mit den europäischen Bildungspragrammen schafft die notwendige Autonomie und Flexibilität im sich rasch verändernden Umfeld des Bildungsbereichs. Die einseitige Ausrichtung auf die europäischen Bildungsprogramme hat sich spätestens mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative als problematisch für die konkrete Umsetzung von Mobilitätsaktivitäten erwiesen. Eine grössere gesetzliche Flexibilität begrüssen wir. Dennoch möchten wir uns klar dafür aussprechen, eine erneute Beteiligung an den europäischen Bildungsprogrammen, insbesondere an Erasmus+, anzustreben. Unter anderem profitiert die Pädagogische Hochschule Zug stark von der Mobilität und Kooperation mit europäischen und internationalen Partnern. Die gegenwärtigen Möglichkeiten der «Schweizer Lösung» sind dabei im Vergleich zum europäischen Programm reduziert und gewährleisten lediglich eine minimale Umsetzung von Aktivitäten. Eine Wiederassoziierung am kommenden europäischen Programm wäre zentral, um die Qualitätsentwicklung der Schweizer Hochschulen weiter zu unterstützen. Der vorliegende Entwurf BIZMB steht im Einklang mit der 2017 verabschiedeten schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen. In diesem Zusammenhang gehen wir davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird, da die Berufsbildung nach geltendem Recht über kein spezifisches Budget verfügt.

Regierungsgebäude, Seestr. 2, 6300 Zug
T +41 41 728 33 11
www.zg.ch

Ergänzend stellen wir folgenden

Antrag
Im erläuternden Bericht sei ein Abschnitt «Auswirkungen auf die Kantone» aufzunehmen, welcher sich dazu äussert, dass die Kantone beim Abschluss von Verträgen, die in deren Zuständigkeitsbereich gehören, anzuhören sind.

Begründung
Im Einklang mit der Bundesverfassung verleihen die Artikel 8 und 13 des Entwurfs des BIZMB dem Bundesrat die Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge sowie internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ist zu erinnern, dass die Kantone in der Praxis teilweise nicht angehört wurden (z.B. Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarungen zur Hochschulreform). Die Wiederholung einer solchen Situation gilt es zu verhindern, insbesondere bei Verträgen im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Deshalb fordern wir, dass die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen im erläuternden Bericht in einem Abschnitt «Auswirkungen auf die Kantone» erwähnt wird.

Ergänzender Hinweis
Bezüglich Art. 4 Abs. 1 Bst. b BIZMB haben wir folgende Bedenken: Diese Bestimmung sieht Beiträge für eigene Bundesprogramme vor, «sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsfeld assoziiert ist». Die damit verbundene Absicht, Doppelspurigkeiten zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Eine Assoziierung der Schweiz an ein internationales Programm (z.B. ERASMUS) könnte den Bund daran hindern, ein ähnliches Programm mit anderen Weltregionen aufzubauen (z.B. akademischer Austausch mit Nordamerika, Japan, China etc.). Diesbezüglich möchten wir daran erinnern, dass bereits fast 50 % der Austauschaktivitäten ausserhalb der europäischen Bildungsprogramme erfolgen. Eine solche restriktive Auslegung wäre für das schweizerische Bildungssystem verheerend und könnte von uns nicht unterstützt werden.

Auf Ihren Wunsch in Bezug auf allfällige Rückfragen zu unserer Stellungnahme halten wir die Angaben der entsprechenden Kontaktperson fest: Carla Dittli, stv. Generalsekretärin der Volkswirtschaftsdirektion, carla.dittli@zg.ch.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen.

Zug, 14. Mai 2019

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Stephan Schleiss
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:
- jerome.huegli@sbfi.admin.ch (Word und PDF)
- gaetan.lagger@sbfi.admin.ch (Word und PDF)
- Direktion für Bildung und Kultur (info.dbks@zg.ch)
- Amt für Berufsbildung (berufsbildung@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vds@zg.ch)
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche
et à l'innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

Document PDF et Word à :
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Fribourg, le 14 mai 2019

Révision totale de la loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation : réponse à la procédure de consultation

Messieurs,

Par courrier du 13 février 2019, le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) consulte les gouvernements cantonaux sur le projet de loi fédérale citée en marge. Nous avons l'honneur de vous faire part de la détermination du gouvernement fribourgeois qui est fondée sur les différentes prises de position des Directions, institutions et Services concernés par cette question.

Considérations générales

Globalement, le gouvernement fribourgeois salue le projet proposé. La loi révisée va constituer une base cohérente pour les activités de collaboration et de mobilité au niveau international dans le domaine de la formation, tant au niveau individuel qu'institutionnel. Le texte répond au besoin d'un cadre légal solide tout en permettant flexibilité et souplesse, indispensables dans un domaine soumis à des changements à répétition. Ainsi, la dissolution du lien direct entre les instruments d'encouragement de la Confédération et la participation de la Suisse aux programmes de l'UE peut être considérée comme l'élément principal de cette révision. La sortie du Royaume-Uni de l'UE a démontré concrètement la nécessité d'actualiser le cadre législatif actuel qui ne permet la contribution à d'autres programmes internationaux que de manière secondaire et qui exclut le financement de programmes internationaux lancés par la Suisse elle-même.

En revanche, en généralisant les aspects de coopération et de mobilité internationales, la loi met sur un même niveau des éléments qui n'ont pas les mêmes impacts stratégiques pour l'enseignement supérieur notamment. Dans cette optique, il est indispensable d'assurer que la Suisse pourra réintégrer le programme Erasmus+ pour la période 2021-2027, le programme transitoire (le Swiss-European Mobility Programme SEMP) mis en place par la Confédération ne représentant pas une solution satisfaisante à long terme. S'il ne s'agit, à ce stade, de préjuger de la décision politique y relative, il est important de disposer de bases légales optimales en vue d'une association future.

Il est *in fine* regrettable que cette loi ne prenne pas également en compte les mobilités intérieures à la Suisse pour les mettre sur un pied d'égalité avec celles qui ont lieu au niveau international. Un chapitre consacré aux mobilités en Suisse pourrait côtoyer un dispositif externe avec des processus financiers parallèles, mais différenciés, et avec des décisions d'octroi de ressources spécifiques et correspondant à des besoins avérés. Le traitement de la mobilité interne dans une même base légale permettrait une mixité des dispositifs, notamment si la Suisse participait à nouveau aux projets européens. Force est de constater que les échanges intérieurs disposent actuellement de moyens beaucoup plus limités que les programmes internationaux. Dans cette optique, la dichotomie actuelle entre le SEFRI, s'occupant des échanges extérieurs, et l'Office fédéral de la culture, s'occupant des échanges intérieurs, devrait être revue. Dans une telle approche, il conviendrait de mentionner dans la loi explicitement le rôle des cantons afin d'assurer leur implication à long terme (voir commentaire à l'art. 6 al. 1).

Commentaires et propositions par article

Section 2 : Soutien de la Confédération

> *Art. 4 al. 1 let. b : La Confédération peut allouer des contributions pour mettre en œuvre des programmes initiés par la Confédération qui ne sont pas liés à une association à un programme international ; ces contributions sont accordés à condition que la Suisse ne soit pas associée à un programme international dans le même champ d'activité.*

Compte tenu de la volonté de dissoudre le lien direct entre encouragements de la Confédération et association à un programme international, la seconde partie de la phrase n'est pas compréhensible. En effet, si le but consiste en l'encouragement à la coopération et la mobilité internationales permettant une certaine réactivité, il est souhaitable que les deux aspects soient séparés de manière complète. En outre, cette formulation peut compromettre l'association de la Suisse au programme Erasmus+ et comme évoqué ci-haut, la voie de l'association reste le but des institutions concernées. A l'inverse, une association de la Suisse à un programme comme Erasmus+ pourrait empêcher la Confédération d'initier un programme similaire avec d'autres régions du monde, alors que les échanges en dehors du cadre des programmes européens sont en forte augmentation et présentent une réelle plus-value pour le système éducatif suisse. Pour cette raison, il convient de supprimer la deuxième partie de l'art. 4 al. 1 let. b.

> *Art. 4 al. 1 let. d : La Confédération peut allouer des bourses individuelles pour suivre des formations d'excellence dans des institutions sélectionnées hors de la Suisse.*

La loi actuelle prévoyant l'octroi de bourses uniquement pour des études dans des institutions européennes, cette nouvelle disposition est à saluer. Cependant, le rapport explicatif ne précise pas sur quelles bases ces nouvelles institutions seront sélectionnées ; il est mentionné seulement que « le Conseil fédéral fixera à nouveau dans l'ordonnance la liste exhaustive des institutions concernées ainsi que les modalités d'octroi des bourses » (p. 14). Afin de garantir la pertinence de cette sélection et la cohérence avec la réalité du terrain, il semble important d'associer les institutions suisses, notamment les hautes écoles, à l'établissement de cette liste.

Section 3 : Délégation de tâches à une agence nationale

> *Art. 6 al. 1 : Le Conseil fédérale peut désigner comme agence nationale une institution ou organisation nationale de droit privé ou de droit public domiciliée en Suisse, (...).*

Le rapport explicatif relatif mentionne, à la p. 16, que la Fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité (FPEM), fondation qui gère l'agence nationale en charge de cette

mission, était à moyen terme appelée « à être transformée en établissement de droit public doté d'une base légale propre », et que « les études préalables et les processus voulus seront lancés en 2019 ». Le gouvernement fribourgeois considère que la forme organisationnelle actuelle, en garantissant la flexibilité nécessaire ainsi que la participation des acteurs concernés, donne satisfaction. La transformation de la FPEM en établissement de droit public impliquerait que les cantons, via la CDIP, n'auraient plus le statut de membre fondateur. Ceci va fondamentalement à l'encontre de la « Stratégie suisse échanges et mobilité » adoptée en octobre 2017 par la CDIP et la Confédération, stratégie qui s'inscrit dans le cadre des objectifs généraux de la politique commune de Confédération et cantons en matière de formation, de jeunesse et de culture. On peut lire dans cette stratégie (p. 2) : « La promotion nationale et internationale des échanges et de la mobilité est une mission publique. Elle doit être organisée et pilotée conjointement par la Confédération et les cantons. En créant la Fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité (FPEM) et son agence Movetia, la Confédération et les cantons ont posé une base importante pour garantir une meilleure cohérence dans la promotion du domaine des échanges et de la mobilité. » En changeant le statut juridique de la FPEM, ce pilotage conjoint et la cohérence visée en la matière seraient remis en question, voire affaiblis à peine deux ans après la publication de cette stratégie pourtant qualifiée « de long terme ». Il convient de renoncer à cette transformation et de privilégier l'approche de coordination conjointe Confédération-cantons ayant fait ses preuves.

Section 4 : Financement, accords internationaux, surveillance et statistique

> *Art. 8 al. 1 : Le Conseil fédéral peut conclure seul des traités internationaux sur la coopération en matière de formation.*

Bien que relevant d'un domaine de compétence cantonale, il est arrivé que les cantons n'aient pas été consultés en amont de la signature d'un traité en matière de formation, comme cela a été le cas pour les accords de Bologne sur la réforme universitaire. Afin de veiller à ce que telle situation ne se répète pas, il convient d'ajouter un paragraphe dans le Message précisant que la consultation des cantons fait partie intégrante de la procédure à suivre lors de la conclusion de tels accords.

Les autres articles du projet de loi n'appellent pas de commentaire de notre part.

En vous remerciant par avance pour la prise en compte de ces considérations, le gouvernement fribourgeois vous prie de croire, Messieurs, à l'assurance de ses sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen
Président

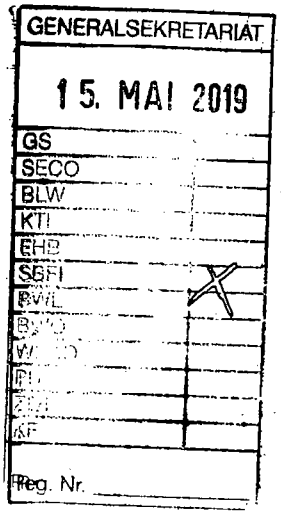
CONSEIL D'ETAT · CANTON DE FRIBOURG

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

GESCANNT
16. Mai 2019



KANTON solothurn

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

14. Mai 2019

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.

Der Kanton Solothurn ist sich der zentralen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität im Bildungsbereich für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bewusst und unterstützt sie. So sieht beispielsweise der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) explizit vor, dass die FHNW den Austausch von studierenden, lehrenden und forschenden Personen aus dem In- und Ausland fördert (§ 3 Abs. 3).

Der Kanton Solothurn begrüsst das Ziel der Totalrevision, namentlich die bestehenden und erprobten Instrumente durch mehr Flexibilität und Kohärenz anzupassen und zu aktualisieren, ohne neue Fördertatbestände zu schaffen. Er erachtet es als sinnvoll, dass dabei die Assoziierung an internationale Programme und die Finanzierung von eigenen Schweizer Programmen als alternative und gleichwertige Instrumente vorgesehen sind. Begrüsst wird in diesem Zusammenhang auch, dass die Mandatierung der nationalen Agentur von einer Assoziierung an internationalen Programmen entkoppelt wird und sie damit auch Umsetzungsaufgaben wahrnehmen kann, die bei einem vom Bund initiierten Schweizer Programm anfallen.

Auch wenn die Entkoppelung von der Beteiligung an europäischen Bildungsprogrammen begrüsst wird, liegt dem Kanton Solothurn viel daran, die Teilnahme an Erasmus+ und selbstverständlich auch an den Forschungsrahmenprogrammen fortzuführen. Die Teilnahme am europäischen Bildungs-, Forschungs-, Innovations- und Wissenstransfer ist zentral.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Roland Fürst
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

38658 8/08 10 000

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Herrn Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Basel, 15. Mai 2019

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 laden Sie uns zur Vernehmlassung betreffend die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung ein. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat ist mit der Schaffung der verbesserten gesetzlichen Grundlage für verschiedene im Moment nicht gesetzlich abgesicherte Fragen einverstanden. Insbesondere begrüssen wir die Stossrichtung einer erhöhten Flexibilität und Handlungsfreiheit. Dabei gehen wir davon aus, dass bei den Aktivitäten, die gemäss Art. 3 und 4 des Vernehmlassungsentwurfs vom Bund gefördert werden können, die betreffenden Ausbildungsinstitutionen einbezogen werden.

Die internationalen – insbesondere die trinationalen – Beziehungen sind für unseren grenznahen Wissens- und Wirtschaftsraum von eminenter Bedeutung. So wichtig die Entkoppelung von der Beteiligung an europäischen Bildungsprogrammen auch ist, liegt dem Regierungsrat in hohem Mass daran, dass die Partizipation an Erasmus+ und selbstverständlich auch an den europäischen Forschungsförderungsprogrammen künftig aufrechterhalten werden kann. Die Teilnahme am europäischen Forschungs-, Innovations- und Wissenstransfer ist für den schweizerischen Hochschulplatz zentral.

In diesem Sinne stimmen wir dem vorgelegten Entwurf zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung zu.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Joakim Rüegger, joakim.ruegger@bs.ch, Tel. 061 267 84 04, zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
T 061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

BASEL LANDSCHAFT
REGIERUNGSRAT

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Liestal, 21. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung betreffend das Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.

Im Sinne der Aufrechterhaltung bzw. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz möchte der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zunächst die Relevanz der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität im Bildungsbereich Schweiz unterstreichen. Mit einem international ausgerichteten Bildungssystem positioniert sich die Schweiz als attraktive Partnerin auf europäischer Ebene. Im Rahmen der angestrebten nachhaltigen Förderpolitik spielt somit auch die Beteiligung an europäischen Förderprogrammen eine bedeutende Rolle für die zukünftige Entwicklung des Bildungsstandorts Schweiz. Der Regierungsrat erachtet es als sinnvoll, die beiden Hauptinstrumente (internationale und schweizerische Mehrjahresprogramme zur Förderung der individuellen Mobilität und der Kooperation zwischen Institutionen und Organisationen) als gleichwertig anzusehen und somit auf gleicher Stufe zu verankern. Begrüsst wird in diesem Zusammenhang auch, dass die Beauftragung der nationalen Agentur von einer Beteiligung an internationalen Programmen entkoppelt wird und die nationale Agentur damit auch Umsetzungsaufgaben wahrnehmen kann, die bei einem vom Bund initiierten Schweizer Programm anfallen.

Dem Ziel der Revision, eine den bildungspolitischen Anforderungen entsprechende gesetzliche Grundlage für die Förderaktivitäten des Bundes in der internationalen Zusammenarbeit zu schaffen, wird durch die Erweiterung des strategischen Handlungsspielraums, insbesondere durch die gleichwertige Verankerung der alternativen Förderinstrumente, vollumfänglich Rechnung getragen.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11
F +41 52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit

per Mail (**pdf+word**) an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Schaffhausen, 14. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB); Stellungnahme des Kantons Schaffhausen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB).

Grundsätzlich begrüsst der Kanton Schaffhausen die vorgesehene Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung vom 8. Oktober 1999 (heutiger Titel; SR 414.51). Er befürwortet die Bestrebungen, die aktuelle Förderpraxis des Bundes im Gesetz adäquat zu verankern, eine bessere Kohärenz unter den Förderinstrumenten zu schaffen, inhaltliche und formale Lücken zu schliessen und Begrifflichkeiten zu klären.

Insbesondere teilt der Kanton Schaffhausen das Ansinnen der Revision, die Flexibilität und den strategischen Handlungsspielraum des Bundesrates bei der Gestaltung der Förderpolitik zu stärken. Es erscheint sinnvoll, Schweizer Förderprogramme nun auch auf Gesetzesebene als gleichwertige Alternative zur Beteiligung an internationalen Programmen der EU vorzusehen und den Handlungsspielraum auch im Bereich der nicht-programmorientierten Förderinstrumente zu vergrössern (etwa durch die Möglichkeit, auch aussereuropäische Institutionen bei der Vergabe von Individualstipendien zu berücksichtigen). Mit Blick auf das sich rasch verändernde

Bildungsumfeld erscheint es zudem sinnvoll, die strategische Ausrichtung und die Schwerpunkte der Förderpolitik auch weiterhin nicht auf Gesetzesstufe vorzugeben. Es ist zweckmässig, strategische Entscheide wie bisher dem Bundesrat in seiner Funktion als Verordnungsgeber sowie beim Erlass von periodischen Finanzierungsbotschaften zu überlassen, ohne die Regelungsdichte auf Gesetzesstufe zu erhöhen oder neue Fördertatbestände zu schaffen. Angesichts des grossen Handlungsspielraums ist es wichtig, dass der Bundesrat bei der Ausgestaltung seiner Förderpolitik auch künftig um einen partnerschaftlichen Austausch mit allen tangierten Interessengruppen bemüht bleibt.

Aktuell ist auf Gesetzesstufe im Bereich der mehrjährigen Förderprogramme lediglich die Möglichkeit vorgesehen, für die Beteiligung an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU Beiträge auszurichten. Alternativ dazu praktiziert der Bund aber bereits heute auf Verordnungsgrundlage die direkte Finanzierung von kompatiblen, von der Schweiz selbst initiierten Förderprogrammen (vgl. S. 5 und S. 13 des erläuternden Berichts zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zum BIZMB vom Februar 2019).

Die Tendenz, bestimmte Praktiken zunächst auf Verordnungsstufe zu implementieren und erst nachträglich im Gesetz zu verankern, lässt sich in Gemeinwesen aller Stufen beobachten. Die Gesetzgebung scheint der Behördenpraxis oft hinterherzuhinken. Der Kanton Schaffhausen kann nicht abschliessend beurteilen, wie die aktuelle Praxis des Bundes im Bereich der Förderprogramme in diesem Licht zu bewerten ist. Es ist auf jeden Fall begrüssenswert, dass gesetzliche Vorgaben und behördliche Praxis bzw. Verordnungsregelungen in diesem Bereich mit der aktuellen Revision wieder in Übereinstimmung miteinander gebracht werden sollen. Zudem schliesst sich der Kanton Schaffhausen dem in der Musterstellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 11. April 2019 geäusserten Vorbehalt hinsichtlich einer zu restriktiven Auslegung von Art. 4 Abs. 1 lit. b der Vernehmlassungsvorlage an. Grundsätzlich ist es sinnvoll, dass Beiträge an ein Schweizerisches Förderprogramm nur zulässig sein sollen, wenn im fraglichen Bildungsbereich nicht bereits eine Assoziierung an internationale Programme besteht (Vermeidung von Doppelspurigkeiten). In Bildungsbereichen, in welchen die Schweizerische Eidgenossenschaft bereits an internationalen Programmen – namentlich an Programmen der EU – teilnimmt, muss es jedoch möglich bleiben, auch eigene Programme zur Zusammenarbeit mit anderen Weltregionen zu unterhalten.

Zusammenfassend ergibt sich aus den obenstehenden Ausführungen, dass der Kanton Schaffhausen die Vernehmlassungsvorlage unterstützt. Er hofft, dass der Bundesrat seinen grossen Handlungsspielraum im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch künftig unter partnerschaftlichem Miteinbezug aller Beteiligten nützt.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Appenzell Ausserrhoden

Regierungsrat

Regierungsgebäude
9102 Herisau
Tel. +41 71 353 61 11
Fax +41 71 353 68 64
kantonskanzlei@ar.ch
www.ar.ch

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

GENERALSEKRETARIAT
20. MAI 2019
GS
SECO
BLW
KTI
EHB
SBFI X
BWL
BWO
WEKO
PÜ
ZIVI
KF
Reg. Nr. _____

Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

Herisau, 17. Mai 2019

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) eingeladen, im Rahmen der Eidgenössischen Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB, SR 414.51) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden ist mit dem Vorentwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung einverstanden. Er begrüsst die Entkoppelung der Förderinstrumente von den EU-Bildungsprogrammen und die Möglichkeit, internationale oder eigene Förderprogramme zu unterstützen und Individualstipendien für Ausbildungen ausserhalb von Europa zu gewähren. Beim Vollzug des Bundesgesetzes ist sicherzustellen, dass die betroffenen Kantone rechtzeitig einbezogen und angehört werden. Die Bestrebungen, den weltweiten Spitzenplatz der Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation zu erhalten und die Schweiz als international anerkannten und wettbewerbsfähigen Denk- und Werkplatz zu stärken, werden unterstützt.

GESCANNT
21. Mai 2019

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

Appenzell, 17. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung zukommen lassen.

Grundsätzlich befürwortet die Standeskommission den vorliegenden Entwurf für das Bundesgesetz, der im Einklang mit der 2017 verabschiedeten schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen steht. Die Standeskommission geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass der Bund ausreichende finanzielle Mittel für den Austausch und die Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

Zum Bundesgesetz bringt die Standeskommission folgende Bemerkungen an:

Bezüglich der nach geltendem Recht gesprochenen Kredite geht die Standeskommission davon aus, dass die Bestimmungen gemäss dem Entwurf keine Änderungen bewirken werden. Da die Berufsbildung nach geltendem Recht über kein spezifisches Budget verfügt, nimmt die Standeskommission an, dass für diesen Bereich nach der Verabschiedung des neuen Bundesgesetzes ein zusätzlicher Kredit vorgesehen wird.

Bei zwei Punkten bringt die Standeskommission Vorbehalte an:

Art. 4 Abs. 1 lit. b des Entwurfs des Bundesgesetzes sieht Beiträge für eigene Bundesprogramme vor, sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist. Damit sollen Doppelspurigkeiten vermieden werden. Allerdings sollte diese Bestimmung in finanzieller Hinsicht nicht restriktiv ausgelegt werden. Eine Assoziierung der Schweiz an ein internationales Programm (z.B. ERASMUS) könnte den Bund daran hindern, ein ähnliches Programm mit anderen Weltregionen aufzubauen (z.B. akademischer Austausch mit Nordamerika, Japan, China usw.). Diesbezüglich möchten wir daran erinnern, dass heute fast 50% der Austauschaktivitäten ausserhalb der europäischen Bildungsprogramme erfolgen. Eine restriktive Auslegung wäre für das schweizerische Bildungssystem verheerend und könnte von der Standeskommission nicht unterstützt werden.

Im Einklang mit der Bundesverfassung verleihen Art. 8 und Art. 13 des Entwurfs des Bundesgesetzes dem Bundesrat die Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge sowie internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ist jedoch daran zu erinnern, dass die Kantone in der Vergangenheit teilweise nicht angehört wurden (z.B. Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarungen zur Hochschulreform). Die Wiederholung einer solchen Situation gilt es zu verhindern, insbesondere bei Verträgen im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Deshalb verlangt die Standeskommission, dass die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen in der Botschaft in der Rubrik «Auswirkungen auf die Kantone» erwähnt wird. In der Vernehmlassungsbotschaft fehlt ein solcher Hinweis.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission
Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:
- jerome.huegli@sbfi.admin.ch
- gaetan.lagger@sbfi.admin.ch
- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell

Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 23. Mai 2019

Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 laden Sie die Regierung des Kantons St.Gallen ein, zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (SR 414.51) Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

Grundsätzlich erachtet der Kanton St.Gallen die Gesetzesrevision als ausgewogen und den heutigen Gegebenheiten angemessen. Wir begrüssen insbesondere die Erhöhung der Flexibilität durch die Öffnung der Fördermöglichkeiten ausserhalb des EU-Raums sowie die Gleichstellung nationaler und internationaler Programme. Aus unserer Sicht ist es jedoch wichtig, dass die neue Gesetzesvorlage eine zukünftige Assoziation der Schweiz mit dem europäischen Rahmenprogramm Erasmus+ für den Zeitraum 2021–2027 nicht gefährdet. Würde die aktuelle Praxis der Nicht-Assoziierung an Erasmus+ fortgesetzt, verunmöglichte dies Teilnahmen an der Europäischen Universitäten Initiative. Durch ein Abseitsstehen bei Erasmus+ würde die Stellung des Schweizer Bildungsraums in Europa nachhaltig geschwächt. Wir regen daher an, die strategische Bedeutung der Europäischen Universitäten Initiative sowie die Teilnahme an bestehenden Programmen der grenzüberschreitenden Bildungszusammenarbeit im Bericht stärker hervorzuheben. Aus unserer Sicht wäre es zudem wünschenswert, wenn nicht nur Studierende und Dozierende, sondern auch das Verwaltungspersonal der Hochschulen von Austauschprogrammen profitieren könnte.

Gemäss Art. 4 Abs. 2 des Gesetzesentwurfs gewährt der Bund nur dem Schweizer Haus in Paris finanzielle Unterstützung. Unseres Erachtens müsste der Artikel so angepasst werden, dass die Unterstützung auch für andere Bildungsinstitutionen wie etwa das Wissenschaftskolleg Berlin, das Istituto Svizzero in Rom, das New Europe College in Bukarest oder das Centre for Advanced Study in Sofia offensteht. Zu begrüssen wäre zudem die Klärung des Verhältnises zu Swissnex.

Bisher waren die Individualstipendien für die Ausbildung an ausgewählten, exzellenten Institutionen im Ausland auf den europäischen Raum beschränkt. Die Ausweitung auf andere ausgewählte Institutionen im Ausland erachten wir mit Blick auf das Förderziel als zweckmässig. Der Bericht verzichtet auf Erläuterungen zur Zahl der geförderten Projekte, zu Zahl und Höhe der gewährten Individualstipendien, zur Höhe der Beiträge an geförderte Programme, zur Zahl der geförderten Netzwerke und zur Zahl der geförderten Institutionen usw. Ebenso fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit der Frage, ob die bisherige (und zukünftige) Förderung geeignet war bzw. ist, den Förderzweck zu erreichen. Um künftig ein Bild über die Erreichung des Förderzwecks zu erhalten, regen wir folgende Ergänzung von Art. 9 des Gesetzesentwurfs an:

Art. 9 Aufsicht und Controlling

1 Der Bundesrat beaufsichtigt den Vollzug dieses Gesetzes. Er sorgt für die Kontrolle der Verwendung der gewährten Beiträge.

2 **Der Bundesrat sorgt für eine regelmässige Überprüfung der Ergebnisse der Fördertätigkeit.**

Im Übrigen unterstützen wir die Stellungnahmen von Swissuniversities und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

KANTON ST.GALLEN · REGIERUNG ·

Canisius Braun
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch; gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom	Mitgeteilt den	Protokoll Nr.
21. Mai 2019	21. Mai 2019	384

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

Per E-Mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme in vorbezeichneter Angelegenheit danken wir Ihnen.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst den vorgeschlagenen Gesetzesentwurf. Das neue Gesetz, in welchem gemäss den Vernehmlassungsunterlagen gegenüber dem bestehenden und aufzuhebenden Bundesgesetz von 1999 keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden, verfolgt für den Hochschul- und Forschungsstandort Graubünden wichtige Zielsetzungen, namentlich durch die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung und der internationalen Mobilität. Auch entspricht der in Art. 3 Bst. b aufgeführte Förderbereich der Interessenlage der Fachhochschule HTW Chur und weiterer Bündner Hochschul- und Forschungsinstitutionen. In diesem Zusammenhang ist das ARGE ALP Projekt "Online Campus Alpenraum" zu nennen, in welchem die HTW Chur Graubünden als Leading

House vertritt und welches eine internationale Vernetzungsplattform schafft. Die nach dem Projektablauf im September 2020 vorgesehene Fortsetzung dieser Plattform kann vom neuen Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung profitieren, sofern dies die noch nicht bekannten Ausführungsbestimmungen des Bundes zulassen. Immerhin lässt sich für den Hochschul- und Forschungsstandort Graubünden mit Sicherheit feststellen, dass künftig die internationale Zusammenarbeit und Vernetzung im Sinne dieses neuen Bundesgesetzes einen wichtigen Stellenwert einnehmen werden.

Namens der Regierung

Der Präsident:	Der Kanzleidirektor:
Dr. Jon Domenic Parolini	Daniel Spadin

KANTON AARGAU

GESCANNT
24. Mai 2019

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

22. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Kantone eingeladen, zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB; SR 414.51) Stellung zu nehmen. Der Kanton Aargau bedankt sich beim Bundesrat für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum genannten Geschäft.

Bisher waren die Hauptförderinstrumente der Schweiz relativ starr an eine Beteiligung an europäische Bildungsprogramme gekoppelt. Dies betraf auch die Möglichkeit der Beauftragung einer nationalen Agentur mit wesentlichen Umsetzungsaufgaben. Damit die Schweiz zukünftig im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität funktionstüchtig agieren kann, sollen die Flexibilisierungen der bestehenden, erprobten Förderinstrumente erreicht werden. Die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung sieht vor, eine verbesserte Grundlage für eine langfristige und nachhaltige Förderpolitik zu schaffen.

Grundsätzlich begrüsst der Kanton Aargau das im Entwurf vorliegende totalrevidierte Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Zu den einzelnen Artikeln äussert sich der Kanton Aargau wie folgt:

Die Schweizerische Stiftung für Austausch und Mobilität (SFAM) soll weiterhin die nationale Agentur unter dem Namen "Movetia" unterstützen. Diese designierte Institution hat explizit die Förderung der Zusammenarbeit und der Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene zum Zweck. Sie nimmt aber auch auf Grundlage des Sprachengesetzes Umsetzungsaufgaben für die Förderung der nationalen Mobilität über alle Bildungsstufen wahr. Die Unterstützung durch "Movetia" im Sinne einer Verbesserung der Kooperation und Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren wird begrüsst.

Im Bereich der Sekundarstufe I hat im Kanton Aargau der Austausch von Klassen und Schülerinnen und Schülern eine lange und erfolgreiche Tradition. Auf Sekundarstufe II liegt die Verantwortung zur Umsetzung von Austauschprogrammen bei den einzelnen Berufsfach- und Mittelschulen. Wenn die Förderinstrumente des Bundes durch die erneuerte Gesetzesgrundlage flexibilisiert werden und die Schulen vom entsprechenden Koordinationsaufwand der Agentur "Movetia" profitieren können, ist dies grundsätzlich zu begrüssen. Zudem sieht der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) in

§ 3 Abs. 3 vor, dass die Fachhochschule Nordwestschweiz den Austausch von studierenden, lehrenden und forschenden Personen aus dem In- und Ausland fördert. Die Fachhochschule Nordwestschweiz wird von der designierten nationalen Agentur also in dieser Aufgabe unterstützt.

Das Bundesgesetz besagt im Art. 6 Abs. 1, dass der Bundesrat "eine privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Institution oder Organisation mit Sitz in der Schweiz als nationale Agentur bezeichnen" kann. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass die gegenwärtig privatrechtliche Stiftung SFAM "mittelfristig in eine öffentliche-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtsgrundlage umgewandelt werden" soll. Aus Sicht des Kantons Aargau ist die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt nicht anstrebenswert. Die heutige privatrechtlich-organisierte Stiftung gewährleistet den Einbezug der Kantone besser.

Die genannten Aufgaben einer nationalen Agentur entsprechen der von Bund und Kantonen gemeinsam verabschiedeten "Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität" vom 2. November 2017. Diese hält fest, dass Austausch und Mobilität auf Tertiärstufe eine zentrale Komponente der internationalen Bildungszusammenarbeit bildet. Dabei wurde ebenfalls festgelegt, dass eine effektive und konstruktive Kooperation und Koordination zwischen Bund und Kantonen im Bereich von Austausch und Mobilität geschaffen wird. Die Rolle der Kantone ist daher von grosser Bedeutung und sollte weiterhin gestärkt werden. Aus Sicht des Kantons Aargau wird dieser Beziehung zu wenig Gewicht beigemessen und sollte in den Erläuterungen stärker verankert und explizit betont werden.

Antrag

1.

Die privatrechtliche Organisation der nationalen Agentur sei beizubehalten.

2.

Die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen insbesondere betreffend den Bereich der obligatorischen Volksschule in den Erläuterungen sei stärker zu verankern und zu betonen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie
- jerome.huegli@sbfi.admin.ch
- gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

16. MAI 2019

Thurgau

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

GESCANNT
17. Mai 2019

Frauenfeld, 14. Mai 2019

Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die vorgeschlagene Totalrevision und die damit intendierte Flexibilisierung und Kohärenz der Regelung werden begrüsst. Das Gesetzgebungsprojekt ist auch im Zusammenhang mit der Nicht-Assoziierung der Schweiz am EU-Programm Erasmus+ nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zu sehen. Die seither laufenden Bemühungen des Bundes, die Mobilität im Hochschulbereich durch Massnahmen auf nationaler Ebene zu gewährleisten, finden Eingang in die vorliegende Totalrevision. Dabei ist zu bemerken, dass die Assoziierung der Schweiz am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ durch ein rein national getragenes Förderprogramm mindestens im europäischen Hochschulraum nicht gleichwertig ersetzt werden kann. Erasmus+ fördert neben dem Austauschprogramm für Studierende auch den Austausch von Hochschulpersonal und strategische Partnerschaften zwischen Hochschulen. So ist auch die EU-Initiative zur Bildung von Europäischen Universitäten, verbunden mit der Ausrichtung namhafter Fördermittel, an das Erasmus-Programm geknüpft. Pläne der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) für eine Bewerbung als Europäische Universität sind deshalb so lange blockiert, wie die Schweiz bei Erasmus+ abseitssteht. Ohne Erasmus+ sind die Schweizer Hochschulen zudem für Kooperationsprogramme auf europäischer Ebene

Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
T +41 58 345 53 10, F +41 58 345 53 54
www.tg.ch

auf den Goodwill potenzieller Partnerhochschulen angewiesen und müssen Vereinbarungen bilateral aushandeln.

II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Mit den Anpassungen im Rahmen der Totalrevision können wir uns einverstanden erklären. Zu begrüssen ist insbesondere die Ausweitung von Individualstipendien auf weitere Institutionen im Ausland in Art. 4 Abs. 1 lit. d. Einverstanden sind wir auch mit der Neuregelung der Übertragung der Aufgaben im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität an eine nationale Agentur (Art. 6).

Art. 8 und 13 verleihen dem Bundesrat die Kompetenz, völkerrechtliche Verträge und internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ersuchen wir Sie, die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen in der Botschaft im Kapitel "Auswirkungen auf die Kantone" explizit zu erwähnen. Diese Anhörung ist von sehr hoher Bedeutung.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

i. V. W. Hofer

DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS THURGAU

numero			Bellinzona
2323	cl	0	15 maggio 2019

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento dell'economia, della formazione e della ricerca DFER
Segretariato dell'educazione, della formazione, della ricerca e dell'innovazione

Via e-mail a:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Consultazione progetto di legge federale sulla cooperazione e la mobilità internazionale in materia di formazione (LCMIF)

Gentili signore, egregi signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla summenzionata procedura di consultazione.
Qui di seguito formuliamo le nostre osservazioni, che si fondano sulla nostra lunga esperienza nel campo della promozione della mobilità e della cooperazione internazionale in materia di formazione.

Considerazioni generali

In generale il progetto di legge appare molto pertinente, e si configura come atto finalizzato a dare basi legali più solide all'azione congiunta di Confederazione e Cantoni nel campo della mobilità e degli scambi internazionali. Salutiamo dunque l'iniziativa in modo positivo, poiché crea le premesse per la promozione di attività e il finanziamento di interventi non unicamente legati alla partecipazione a programmi europei di mobilità, ma ispirati alla volontà di mettere in opera una strategia svizzera complessiva e autonoma, attuando misure coerenti nel campo della mobilità e degli scambi.
Nelle osservazioni specifiche richiamiamo tuttavia alcuni punti di miglioramento, finalizzati a coordinare lo strumento di legge con le indicazioni derivanti dalla "*Strategia svizzera in materia di scambi e mobilità*", del 2.11.2017, congiuntamente promossa dalla SEFRI e dalla CDPE. Il coordinamento tra strategia e basi legali prefigurate dal progetto va a nostro avviso perfezionato e rafforzato, in particolare in riferimento al ruolo dei Cantoni nel governo delle misure.
Inoltre sottolineamo come il sostegno alla mobilità debba includere, come previsto dalla strategia, anche le iniziative che promuovono gli scambi e la mobilità sul suolo nazionale, ove pertinenti e coerenti.
A questo scopo si suggerisce di estendere il campo di applicazione della legge alla cooperazione e la mobilità internazionale e nazionale in materia di formazione.

Osservazioni specifiche e proposte di modifica / integrazione

Cambiamento del titolo e del campo di applicazione:
"*Legge federale sulla cooperazione e la mobilità internazionale e nazionale in materia di formazione*

Sezione 1 – disposizioni generali

Art. 1 – scopo della cooperazione internazionale
Si propone di riformulare l'articolo in "*Scopo della cooperazione internazionale e nazionale*" e il testo in *"La cooperazione internazionale e nazionale in materia di formazione ha lo scopo di..."*.

Art. 2 – definizione e campo di applicazione
L'attuale formulazione fa ritenere che gli interventi a favore della mobilità dei giovani, soprattutto neo-diplomati della formazione professionale, oggi sostenuti nella forma di stage in impresa integrati dalla formazione linguistica, siano esclusi dal campo di applicazione della legge. Si propone dunque di riformulare l'art. 2, inserendo una specificazione più ampia del sostegno alla "*... mobilità internazionale e nazionale a fini di formazione presso istituzioni educative, imprese, associazioni senza fini di lucro, associazioni giovanili*".

Sezione 2 – sostegno della Confederazione

Art. 3 – aree di intervento oggetto del sostegno
Cpv. 1 lettera a): l'attuale formulazione fa ritenere che gli interventi a favore della mobilità, oggi rivolti anche ai giovani neo-diplomati della formazione professionale, possano essere esclusi dal campo di applicazione della legge; va chiarito dunque che il sostegno riguarda *"...la mobilità internazionale delle persone in formazione (durante la formazione o al momento della loro transizione verso il mondo del lavoro)..."*, come richiamato anche dal Comunicato stampa della CDPE del 2.11.2017.
Cpv. 1 lettera c): va chiarito cosa si intende per sostegno a strutture e processi, tanto a livello nazionale che internazionale. In particolare si ritiene importante assicurare la promozione e il sostegno alle strutture cantonali di coordinamento e incoraggiamento alla mobilità, al fine di metterle in rete tra loro, al di là delle funzioni attribuite all'Agenzia nazionale di cui all'art. 6.

Art. 4 – tipi di sostegno
Cpv. 1 lettera b): in riferimento a quanto sostenuto nelle considerazioni generali, si concorda sulla necessità di esplicitare la possibilità di sostenere attraverso la legge programmi messi in opera dalla Confederazione, anche al di fuori dei programmi europei di mobilità, ma si ritiene necessario eliminare il vincolo che impedisce di sostenere programmi e iniziative di scala nazionale qualora la Svizzera sia associata ad un programma internazionale nel medesimo campo di attività. Si deve inoltre garantire la possibilità di sostenere la mobilità al di fuori della dimensione europea, e anche promuovere la mobilità sul suolo nazionale ai fini di rafforzare le competenze linguistiche e professionali.

Inoltre cpv. 2. Oltre alla *Maison suisse sise à la Cité internationale universitaire de Paris* si pensa che in futuro ci possano essere altre iniziative simili che meritano il sostegno. Proponiamo di ampliare questo concetto etendendolo a "*istituzioni/organizzazioni simili riconosciute dalla Confederazione*".

Sezione 3 – delega di compiti a un'agenzia nazionale

Art. 6 – nella sua interezza
Sarebbe probabilmente opportuno citare l'importanza che un'Agenzia nazionale risponda congiuntamente alla Confederazione e alla CDPE, considerata la rilevanza dei Cantoni nella costruzione e nell'implementazione della Strategia svizzera in materia di mobilità e scambi.

Vogliate gradire, Signor Presidente, Signora segretaria generale, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Christian Vitta

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Cpc:

- Consiglio di Stato (di-dir@ti.ch, dss-dir@ti.ch, dfe-dir@ti.ch, decs-dir@ti.ch, dt-dir@ti.ch, can-sc@ti.ch);
- Divisione della formazione professionale (decs-dfp@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione su internet

canton de vaud
LIBERTÉ ET PATRIE

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

GESCANNT
28 Mai 2019

GENERALSEKRETARIAT
27. MAI 2019
GS
SECO
BLW
KTI
EHB
SBFI
BWL
BWO
BAK
BIL
ZIVI
KF
Reg. Nr.

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Chef du Département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche
Palais fédéral
3003 Berne

Réf. : MFP/15025302

Lausanne, le 22 mai 2019

Consultation fédérale : loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud a bien reçu le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation (LCMIF) et vous remercie de l'avoir associé à cette consultation.

Après lecture du projet et examen de son contenu, le Gouvernement vaudois salue, avec quelques réserves et recommandations exposées ci-après quant à sa mise en œuvre, la révision totale de la loi fédérale du 8 octobre 1999 relative à la coopération internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité, permettant sa mise en conformité avec les mutations récentes et rapides du domaine de la formation. Il saisit cette occasion pour encourager la Confédération à s'engager avec la même détermination en faveur de la mobilité confédérale en la matière. Il exprime à cet égard le souhait que la Confédération mette à disposition, à l'avenir, les moyens suffisants pour les échanges et la mobilité au niveau national et international.

Remarques générales

Cette révision apparaît tout particulièrement opportune en tant qu'elle permet de supprimer le lien existant entre l'instrument d'encouragement des programmes pluriannuels en matière de coopération et de mobilité internationales et la participation aux programmes de formation de l'UE. Elle donne ainsi la possibilité à la Confédération de mener une politique d'encouragement plus autonome et de renforcer la mobilité tant européenne qu'extra-européenne, notamment par la clarification et l'élargissement des missions de l'agence nationale en charge de la mise en œuvre des mesures d'accompagnement. Cette évolution positive contribue à clarifier et élargir les missions de l'agence nationale en charge de financer les mobilités (Movetia), qui pourra ainsi définir une stratégie pérenne de soutien aux échanges en Europe et en dehors de celle-ci. Une telle collaboration avec des institutions extra-européennes se révèle

stratégiquement essentielle pour certaines hautes écoles dont la plupart des mobilités s'exercent en dehors d'Europe (hors Erasmus).

Dans ce cadre, le Conseil d'Etat est également favorable à la révision de la disposition sur l'octroi de bourses à des personnes effectuant leurs études dans des institutions d'excellence hors de Suisse, ne limitant ainsi plus cette possibilité aux seules institutions européennes.

Il salue enfin la valorisation plus équitable de la formation professionnelle et continue par rapport à la formation académique.

Pour le surplus et en ce qui concerne la future ordonnance d'exécution de cette loi, le Gouvernement vaudois se réjouit de l'occasion qui lui sera à nouveau donnée de faire part de sa position à l'autorité fédérale lorsque celle-ci fera l'objet d'une consultation auprès des diverses parties concernées.

Remarques spécifiques sur des articles du projet de loi

Art. 2 – Définition et champ d'application

Nonobstant le large éventail ouvert quant au champ d'application, la notion de collaboration internationale n'est pas clairement définie et mériterait d'être précisée.

Art. 4 – Types de soutien

De manière générale, si le Gouvernement vaudois se réjouit de l'étendue des formes de soutien qui permettent de répondre à des besoins divers, il s'interroge néanmoins sur l'origine des fonds que la Confédération sera amenée à verser. La formation engendre en effet des coûts considérables pour les employeurs. C'est le lieu de relever en tant que de besoin que les entreprises, notamment dans le domaine de la construction, doivent déjà assumer de nombreuses taxes et contributions pour la formation, notamment par le biais des mécanismes prévus par les conventions collectives de travail applicables et la législation cantonale.

En ce qui concerne plus spécifiquement l'exclusion, prévue à l'alinéa 1, lettre b, de toutes contributions alternatives au cas où la Suisse serait *« associée à un programme international dans le même champ d'activité »,* le Conseil d'Etat n'y est pas favorable. Il lui apparaît en effet contre-productif de se priver ainsi de toute autre collaboration au sein de l'UE ou au-delà lorsque la Suisse vient à être associée à un programme européen (p.ex. Erasmus).

Art. 6 – Délégation de tâches à une agence nationale

Dans la mesure où l'alinéa 1 prévoit que c'est le Conseil fédéral qui désigne l'agence nationale chargée de la mise en œuvre des tâches fixées par la loi, la Confédération conserve le choix de cette agence nationale, sans laisser aux cantons une garantie future de représentation dans le mécanisme d'encouragement de la mobilité.

Le Gouvernement vaudois est dès lors d'avis que la présente révision doit être l'occasion d'inscrire la participation des cantons dans ce processus, et ce, dans l'esprit

qui a prévalu lors de l'approbation de la stratégie commune par la Confédération et les cantons et dans leur communication à ce sujet le 2 novembre 2017.

Modification de l'art. 68 al. 2 de la loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr)

Au sujet de cette disposition qui touche la reconnaissance des diplômes et des certificats étrangers, le Conseil d'Etat vaudois appelle la Confédération à s'investir davantage dans ce domaine pour favoriser l'intégration des personnes étrangères, et ce, par une reconnaissance accrue de leurs formations accomplies à l'étranger.

A cet égard, il soutient l'ajout de l'alinéa 2 selon lequel le Conseil fédéral peut conclure de sa propre autorité des accords internationaux dans le domaine de la reconnaissance des diplômes. En revanche, il ne souhaite pas que la Confédération, de son propre chef, rende cette reconnaissance plus restrictive, alors que ce sont les cantons qui sont chargés de la mise en œuvre – comme du financement dans une large mesure – de l'intégration.

En remerciant les autorités fédérales de l'attention qu'elles porteront à ces lignes, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SG-DFJC

LE CONSEIL D'ÉTAT
DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)
Palais fédéral est
3003 Berne

Modification de la loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationale en matière de formation – Prise de position

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous remercions le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche d'avoir consulté le canton de Neuchâtel sur le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationale en matière de formation (LCMIF ; RS 14.51).

Les documents qui nous ont été remis à cette occasion ont été soigneusement examinés et nous permettent de vous faire part de nos observations.

De manière générale, nous saluons le choix d'une révision totale de la loi qui répond à la fois aux exigences du contexte actuel de la formation et permet également de corriger certaines faiblesses de fond et de forme du dispositif en place. Cette loi couvre de manière explicite la coopération internationale, non seulement dans la formation formelle (école obligatoire, formation professionnelle initiale, écoles d'enseignement général du degré secondaire II, formation professionnelle supérieure, hautes écoles) mais aussi dans la formation non formelle (formation continue) et encore dans les activités de jeunesse extrascolaire. Elle soutient les activités de ces différents domaines.

Au vu de la position de la Suisse sur l'échiquier mondial et afin de maintenir, voire promouvoir, l'excellence de son espace de formation et de sa compétitivité internationale, il nous apparaît important que les possibilités de mobilité soient ouvertes aux 4 coins du globe. Ces nouvelles opportunités seront sans nul doute un atout pour les personnes en formation et le corps enseignant.

Cet enthousiasme est cependant tempéré par le risque que les cantons n'aient plus voix au chapitre et par le manque de volonté affirmée d'allouer des montants supplémentaires à la mobilité internationale.

Le rôle des cantons devrait être clairement mentionné dans la loi. La décision concertée entre la Confédération et les cantons de créer l'agence Movetia, chargée actuellement de la mise œuvre de la politique en la matière, nous semble avoir été la bonne voie.

Il s'agira également d'être attentif à laisser une marge de manœuvre suffisante à l'agence nationale chargée de la mise en œuvre des mesures. Le dispositif à prévoir dans l'ordonnance concernant son pilotage et son contrôle devront veiller à laisser la place nécessaire à la flexibilité et la réactivité. L'évaluation ne doit pas devenir une entrave à la performance de cette agence mais plutôt un outil de promotion de l'excellence.

Dans le détail, nous aimerions relever quelques points qui nécessitent, selon notre canton, un éclaircissement ou une précision.

Article 4, alinéa 1 let b : La mise en place d'un programme et l'octroi d'un financement ne doivent pas être subordonnés à la non-existence d'un programme international. Chaque programme définit son cadre d'action et ses modalités. Sous-entendre qu'un programme international auquel la Suisse adhérerait limiterait le développement de programmes décidés par la Suisse et portant sur un périmètre légèrement différent détermine de manière trop contraignante la stratégie définie. Aussi, si on peut comprendre la volonté du législateur de ne pas créer de « doublons », il s'avère que le libellé de cet article n'est pas assez souple pour pouvoir décider de renforcer certaines actions par l'adhésion à des programmes de coopération internationaux et des programmes élaborés par la Suisse.

Article 6 : Il serait important de pouvoir inscrire dans la loi la prise en compte du partenariat avec les cantons par la Conférence des cantons de l'instruction publiques (CDIP). Les alinéas 1, 2 et 6 n'offrent aucune garantie à ce sujet et laissent une grande marge de manœuvre qui pourraient à terme avoir des implications sur le statut et le co-pilotage de l'agence nationale. À terme, l'agence nationale pourrait ne plus être Movetia ou son statut, actuellement fondation de droit privée, pourrait être muée en institution publique. Nous souhaitons voir cet article reformulé dans ce sens.

En vous remerciant d'avoir sollicité notre avis, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 22 mai 2019

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND

RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL * CONSEIL D'ÉTAT *

08. MAI 2019

RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

POST TENEBRAS LUX

Genève, le 8 mai 2019

GESCANNT
10 Mai 2019

Le Conseil d'Etat

2006-2019

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral est
3003 Berne

Concerne : consultation fédérale : loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil salue le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation qui favorise l'autonomie de la Suisse dans la poursuite de ses objectifs dans les domaines concernés. Ce nouveau texte maintient les instruments d'encouragement qui ont fait leurs preuves et ancre plus explicitement la participation de la Suisse à des programmes non seulement européens mais également extra-européens.

La plus grande souplesse qui est proposée par cette loi revêt une importance particulière pour les Hautes écoles qui sont fortement impliquées dans la mobilité internationale et la coopération transfrontalière entre les institutions et organisations. Les contributions fédérales pour les échanges entre étudiants, enseignants et les partenariats entre institutions font partie des conditions-cadres essentielles, offrant à ces écoles la possibilité d'évoluer au meilleur niveau dans un contexte de compétitivité internationale visant l'excellence.

Par ailleurs, en complément des possibilités offertes par la présente proposition de loi d'élargir les mobilités internationales, il nous paraît indispensable de renforcer les possibilités de financement de mobilités individuelles en Suisse dans le cadre de la formation professionnelle. Ainsi, la Suisse pourrait se doter de mécanismes structurels et financiers propres à permettre, par exemple, aux apprentis en voie professionnelle duale et plein-temps de réaliser un stage professionnel dans une entreprise ou école professionnelle hors de leur canton.

Enfin, notre Conseil se félicite de la volonté du Conseil fédéral de renforcer sa politique de coopération internationale en matière d'éducation dans le but de maintenir une position de

pointe de notre pays en matière de formation, de recherche et d'innovation, et de garantir une prospérité scientifique qui va de pair avec une place économique suisse compétitive.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre très haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti

Le président :

Antonio Hodgers

JURA CH RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA GOUVERNEMENT

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral est
3003 Berne

Delémont, le 7 mai 2019

Consultation fédérale concernant le projet de loi sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de le consulter sur l'objet cité en titre. Ses services ont examiné attentivement le projet de loi fédérale et le Gouvernement vous est reconnaissant de la qualité du travail effectué et salue en particulier la pertinence de la révision de la loi actuelle. Ci-dessous, il vous fait part de ses commentaires.

1. « Types de soutien », Art. 4, al. 1 lettre b

Le Gouvernement jurassien salue la possibilité dans la nouvelle loi de mettre en œuvre des programmes initiés par la Confédération, mais la loi prévoit l'exclusivité de l'engagement de la Suisse dans un programme international tel qu'Erasmus. Si la Suisse venait à adhérer à nouveau à Erasmus – ce que le Gouvernement jurassien souhaite vivement – la possibilité de soutenir d'autres programmes tomberait, ce qui serait dommageable puisque cela exclurait tous les soutiens hors Europe. A l'inverse, la mise en place et le financement de programmes par la Confédération pourraient se faire au détriment de la participation suisse aux programmes de l'UE, ce qui serait également fort dommageable et fragiliserait les partenariats construits dans le cadre des programmes européens.

Le Gouvernement attend en ce sens :

- que la possibilité de mettre en œuvre par la Suisse des programmes de mobilité internationale ne soit pas conditionnée à la participation aux programmes de l'UE.
- qu'il soit possible selon la nouvelle loi de participer à plusieurs programmes internationaux en parallèle.
- que la participation de la Suisse au prochain programme européen de mobilité Erasmus+ 2021-2027 soit une priorité, et que la loi soit plus explicite à ce propos.

2. « Délégation des tâches à une agence nationale », Art. 6

Le Gouvernement jurassien considère qu'en accord avec la *Stratégie nationale Échanges et mobilité*, le rôle des cantons doit être défini dans la loi, par exemple via la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP). En l'état, la participation des cantons au pilotage stratégique de l'agence nationale n'est pas mentionnée dans le projet de loi. Il existe un risque qu'à moyen terme les cantons soient exclus du co-pilotage tel qu'il est actuellement pratiqué via la fondation suisse pour la promotion des échanges et de la mobilité (FPEM) dont la CDIP est représentée dans le conseil de fondation.

En conséquence, le Gouvernement jurassien demande que l'implication des cantons dans les processus de décision, de gouvernance et de contrôle soit précisée (Art. 6 al. 1, 3 et 4), via la CDIP sur le modèle de co-pilotage actuellement en vigueur.

3. Mobilité interne

Le Gouvernement jurassien insiste sur le fait que la mobilité interne à la Suisse devrait être développée conformément à ce qui est précisé au premier chapitre de la *Stratégie nationale Échanges et mobilité* :

> *« Au cours de leur formation ou au moment de la transition vers le monde du travail, tous les jeunes prennent part au moins une fois à une activité d'échanges et de mobilité de longue durée. Ils améliorent ainsi leurs connaissances linguistiques, leurs compétences sociales et professionnelles et, de ce fait, leurs perspectives sur le marché de l'emploi. Ils découvrent la diversité linguistique et culturelle de la Suisse et celle d'autres pays. »*

En l'état, les moyens à disposition pour les échanges internes sont nettement inférieurs à ceux dévolus à la mobilité internationale. Des programmes nationaux devraient être mis en œuvre sur le modèle des programmes européens, en particulier pour les jeunes en formation professionnelle ou qui viennent d'obtenir leur diplôme.

Dès lors, le Gouvernement demande à la Confédération de revoir la dichotomie entre le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI) s'occupant des échanges internationaux et l'Office fédéral de la culture (OFC) s'occupant des échanges intérieurs. En effet, la situation actuelle est contre-productive, et réunir tous les types d'échanges et de mobilité dans la présente loi permettrait de faciliter le développement des échanges internes sans être préjudiciable à la mobilité internationale. Un co-pilotage stratégique tel que pratiqué aujourd'hui (cf. point 1) permettrait à l'OFC de garantir ses objectifs relatifs aux échanges nationaux.

Le Gouvernement vous remercie de l'attention que vous porterez à sa prise de position et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Jacques Gerber
Président

Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Herrn Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher des WBF
per E-Mail an:
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch und
jerome.huegli@sbfi.admin.ch

16. Mai 2019
201-24 Wi

Entwurf für das BG über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Stellungnahme der EDK

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben erwähnten Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BG).

Grundsätzlich befürworten wir den vorliegenden Entwurf für das BG, der im Einklang mit der 2017 verabschiedeten *Schweizerischen Strategie Austausch und Mobilität von Bund und Kantonen* steht.

Wie Bund und Kantone in ihrer gemeinsamen Strategie festgehalten haben, leisten Austausch und Mobilität auf gesellschaftlicher Ebene einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen Kultur- und Sprachgemeinschaften, zur Qualität und Weiterentwicklung des Bildungsraumes Schweiz, zur Erhaltung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweiz und zu ihrer Einbindung in den europäischen und globalen Kontext. Wir gehen daher auch davon aus, dass der Bund ausreichende Finanzmittel für Austausch und Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene bereitstellen wird.

Zum Wortlaut des Entwurfs des BG möchten wir folgende Bemerkungen anbringen:

1. Bezüglich der nach geltendem Recht gesprochenen Kredite gehen wir davon aus, dass die Bestimmungen gemäss Entwurf BG keine Änderungen bewirken werden. Da die Berufsbildung nach geltendem Recht über kein spezifisches Budget verfügt, nehmen wir an, dass für diesen Bereich nach der Verabschiedung des neuen BG ein zusätzlicher Kredit vorgesehen wird.

2. Bei drei Punkten sind unsererseits gewisse Vorbehalte anzubringen:

   - Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b des Entwurfs eines BG sieht Beiträge für eigene Bundesprogramme vor, «sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist». Die damit verbundene Absicht, Doppelspurigkeiten zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Allerdings sollte diese Bestimmung in finanzieller Hinsicht nicht restriktiv ausgelegt werden: Eine Assoziierung der Schweiz an ein internationales Programm (z. B. ERASMUS) könnte den Bund daran hindern, ein ähnliches Programm mit anderen Weltregionen aufzubauen (z. B. akademischer Austausch mit Nordamerika, Japan, China usw.). Diesbezüglich möchten wir daran erinnern, dass bereits fast 50 % der Austauschaktivitäten ausserhalb der europäischen Bildungsprogramme erfolgen. Eine solche restriktive Auslegung wäre für das schweizerische Bildungssystem verheerend und könnte von uns nicht unterstützt werden.

Generalsekretariat | **Secrétariat général**
Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

- Bezüglich der Bemerkung in den Erläuterungen zu Artikel 6 Absatz 2: "Die SFAM ist gegenwärtig eine privatrechtliche Stiftung. Sie soll mittelfristig in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtsgrundlage umgewandelt werden. Die entsprechenden Abklärungen und Prozesse werden 2019 in Angriff genommen." Die EDK, die zur Trägerschaft der SFAM gehört und im Stiftungsrat vertreten ist, muss Teil des Prozesses zur Umwandlung der SFAM in eine neue Rechtsform sein. So ist es aus Sicht der Kantone zwingend, dass
  a. die neue Organisationsform geeignet ist, Austausch und Mobilität langfristig zu gewährleisten,
  b. die für die Umsetzung des Auftrags notwendigen Mittel vom Bund sichergestellt werden bzw. auch in der Zukunft sichergestellt werden können,
  c. die Mitfinanzierung der Kantone weiterhin ausschliesslich über die Organisation, Durchführung und Finanzierung von Austausch- und Mobilitätsaktivitäten auf allen Bildungsstufen in ihrem Zuständigkeitsbereich erfolgt,
  d. die Stellung der Kantone geklärt sein muss, und insbesondere gesichert wird, dass die Kantone bei der Festlegung der strategischen Ziele mitbestimmen können.

- Im Einklang mit der Bundesverfassung verleihen die Artikel 8 und 13 des Entwurfs eines BG dem Bundesrat die Zuständigkeit, völkerrechtliche Verträge sowie internationale Vereinbarungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Diplome abzuschliessen. Diesbezüglich ist jedoch daran zu erinnern, dass die Kantone «in der Praxis» teilweise nicht angehört wurden (z. B. Unterzeichnung der Bologna-Vereinbarungen zur Hochschulreform). Die Wiederholung einer solchen Situation gilt es zu verhindern, insbesondere bei Verträgen im Zuständigkeitsbereich der Kantone. Deshalb verlangen wir, dass die Anhörung der Kantone beim Abschluss solcher Verträge und Vereinbarungen in der Botschaft in der Rubrik «Auswirkungen auf die Kantone» erwähnt wird. In der Vernehmlassungsbotschaft fehlt ein solcher Hinweis.
  Wir ersuchen Sie, einen entsprechenden Hinweis neu einzufügen.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme unserer Bemerkungen und des Ergänzungsvorschlags.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Dr. Silvia Steiner
Präsidentin

Susanne Hardmeier
Generalsekretärin

EDK | CDIP | CDPE | CDEP |
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Chef du DEFR
par courriel à
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch et
jerome.huegli@sbfi.admin.ch

Berne, le 16 mai 2019
201-24 Wi

Projet de LF sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation: Prise de position de la CDIP

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous vous remercions de nous consulter sur le projet de loi fédérale (LF) susmentionné.

De manière générale, nous approuvons le projet de LF qui est en cohérence avec la *Stratégie de la Confédération et des cantons pour la promotion des échanges et de la mobilité* adoptée en 2017.

En effet, comme la Confédération et les cantons l'ont souligné dans cette stratégie, sur le plan social les échanges et la mobilité contribuent grandement à la compréhension entre les communautés culturelles et linguistiques, à la qualité et au développement de l'espace suisse de la formation, au maintien de la compétitivité et de la capacité d'innovation de la Suisse ainsi qu'à l'ancrage du pays dans son contexte européen et mondial. Dans cette perspective, nous considérons donc que les moyens financiers suffisants seront mis à disposition par la Confédération pour les échanges et la mobilité au niveau national et international.

Concernant le texte du projet de LF, voici nos commentaires:

1. S'agissant des crédits concernés par la loi actuelle, nous partons de l'idée qu'ils demeurent inchangés dans le projet de LF. En outre, la formation professionnelle n'ayant pas de budget spécifique dans la loi actuelle, nous partons également de l'idée qu'un crédit sera prévu dans ce domaine, une fois que la nouvelle LF aura été approuvée.

2. Trois points suscitent toutefois certaines réserves de notre part:

   - L'art. 4, al. 1, let. b, du projet de LF prévoit des contributions pour des programmes initiés par la Confédération elle-même, «à condition que la Suisse ne soit pas associée à un programme international dans le même champ d'activité». On comprend la volonté d'éviter les doublons. Mais il ne faudrait pas en tirer une interprétation restrictive en termes financiers: une association de la Suisse à un programme international (p.ex. ERASMUS) pourrait empêcher la Confédération d'initier un programme similaire avec d'autres régions du monde (p.ex. échanges académiques avec Amérique du Nord, Japon, Chine, etc.). Rappelons à cet égard que d'ores et déjà près de 50 % des échanges se déroulent en dehors du cadre des programmes européens d'éducation-formation. Une telle interprétation restrictive serait fâcheuse pour le système éducatif suisse et n'aurait pas notre soutien.

- Concernant l'art. 6 al. 2, le Rapport explicatif précise: «La FSEM est actuellement une fondation de droit privé. A moyen terme, elle est appelée à être transformée en établissement de droit public doté d'une base légale propre. Les études préalables et les processus voulus seront lancés en 2019.» Etant donné que la CDIP fait partie des autorités à la base de la FSEM et se trouve représentée dans le conseil de fondation, elle doit faire partie de ce processus de transformation en une nouvelle forme juridique. C'est pourquoi aux yeux des cantons, il est impératif que,
  a. la nouvelle forme d'organisation permette de garantir les échanges et la mobilité dans le long terme;
  b. les ressources nécessaires à la mise en œuvre de ce mandat soient assurées par la Confédération maintenant et pour l'avenir;
  c. le co-financement des cantons se poursuive, comme c'est d'ores et déjà le cas, exclusivement à travers l'organisation, la réalisation et le soutien des échanges et de la mobilité à tous les niveaux scolaires sous responsabilité cantonale;
  d. la position des cantons soit clarifiée et, en particulier, la garantie que ceux-ci pourront participer à la fixation des objectifs stratégiques.

- Conformément à la Constitution fédérale, les art. 8 et 13 donnent au Conseil fédéral la compétence de conclure des accords internationaux et de reconnaissance des diplômes. En la matière, il importe cependant de rappeler que «dans la pratique», il est arrivé que les cantons ne soient pas consultés (p. ex. signature des accords de Bologne sur la réforme universitaire). Afin d'éviter la répétition de telle situation, en particulier dans ce domaine de compétence cantonale, nous demandons que la consultation des cantons lors de la conclusion de tels accords fasse l'objet d'un paragraphe spécifique dans le message sous une rubrique *Conséquence pour les cantons* qui n'existe pas dans la version du projet de message mis en consultation.
  Nous demandons donc l'ajout d'une telle rubrique.

En vous remerciant de prendre note de nos commentaires et proposition d'ajout, nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre haute considération.

Conférence suisse des directeurs
cantonaux de l'instruction publique

Silvia Steiner
Présidente

Susanne Hardmeier
Secrétaire générale

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

Bürgerlich-Demokratische
Partei Schweiz

Geht per Mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

20.5.2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP stimmt einer Flexibilisierung der Instrumente zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung zu. Allerdings weist sie auf zweierlei hin: Trotz der flexibleren Gestaltung der internationalen Bildungszusammenarbeit muss der Fokus weiterhin in erster Linie auf Europa ausgerichtet werden. Auch muss festgehalten werden, dass innenpolitische Entwicklungen der vergangenen Jahre die Schweiz im internationalen bildungspolitischen Kontext unter Zugzwang gebracht haben.

Bildung ist einer der wenigen Rohstoffe, über den die Schweiz verfügt. Es muss demnach im ureigenen Interesse des Landes liegen, diesem Rohstoff die bestmöglichen Entwicklungsbedingungen zu schaffen. Auch kennt Bildung keine Grenzen – gerade in der Forschung ist der Austausch über Landesgrenzen hinweg unabdingbar.

In diesem Sinne ist es richtig, dass die Schweiz das aktuelle Bundesgesetz einer Totalrevision unterzieht, die Schweiz muss in der Bildungszusammenarbeit flexibel und autonom agieren können. Das derzeitige Gesetz ist geprägt durch eine zu starre Bindung der Förderinstrumente an europäische Bildungsprogramme.

Insbesondere die gleichwertige Verankerung auf Gesetzesebene der Assoziierung an internationale Förderprogramme sowie der Umsetzung von eigenen Schweizer Programmen gibt der Schweiz mehr Spielraum. Auch die Mandatierung einer nationalen Agentur wird von einer Assoziierung an internationale Programme entkoppelt. Ein weiteres Element dieser neuen Flexibilisierung ist die Ausrichtung von Individualstipendien auch für Institutionen im aussereuropäischen Raum.

Es kann damit festgehalten werden, dass eine Entkoppelung von europäischen Bildungsprogrammen und eine damit einhergehende Flexibilisierung der Instrumente der Schweiz mehr Handlungsoptionen verschafft.

Allerdings muss ebenso festgestellt werden, dass die meisten Hochschulen und Universitäten, die dem hohen Anspruch der Schweiz gerecht werden, in Europa liegen. Die Schweiz ist demnach gut beraten, in der Bildungspolitik weiterhin den Fokus hauptsächlich auf Europa zu richten.

Des Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass diese Totalrevision und die damit einhergehende Flexibilisierung notwendig geworden sind, weil innenpolitische Entwicklungen die Schweiz dazu zwingen: Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative bedeutete eine Zäsur für die internationale Zusammenarbeit in der Bildung. Die Schweiz war in der Folge gezwungen zu reagieren statt zu agieren. Obwohl also die Totalrevision des Bundesgesetzes ein richtiges und wichtiges Anliegen umzusetzen gedenkt, darf man sich ob der Motivation dazu keinerlei Illusionen hingeben.

Es bleibt also deutlich festzuhalten, dass die europäische Anbindung höher zu gewichten ist als rein schweizerische Lösungen.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz

Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

CVP Schweiz

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Internationale Zusammenarbeit in der Bildung ist wichtig und für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik der Schweiz essentiell. Die CVP unterstützt den Bundesrat darin den weltweiten Spitzenplatz der Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation zu erhalten und die Positionierung der Schweiz als international anerkannter wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz zu stärken. Die CVP erachtet es als richtig, dass dazu die langfristige Sicherung und Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung gehört und ist mit der Totalrevision des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999 über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung (SR 414.51) einverstanden.

Wir begrüssen, dass der Bundesrat die Möglichkeit schafft, eigene Projekte zur Förderung der Mobilität in der Bildung aufzugleisen und unterstützen zu können. Der Fokus liegt nicht mehr alleine auf Programmen der EU. Künftig soll sich die Schweiz auch anderen internationalen Programmen anschliessen können. Die EU-Programme bleiben für die Schweiz dennoch die wichtigsten Partnerprogramme.

Die CVP begrüsst, dass die Vorlage nicht der Entscheidung über die strategische Ausrichtung und Finanzierung der Förderpolitik des Bundes oder einer allfälligen Assoziierung an die nächste Generation der europäischen Bildungsprogramme ab 2021 vorgreift. Dennoch hält die CVP an ihrer Forderung fest, dass der Bundesrat weiterhin eine Assoziierung an den EU-Bildungsprogrammen ab 2021 anstreben soll und dafür einen verhältnismässigen finanziellen Beitrag aushandelt.

Christlichdemokratische Volkspartei
Hirschengraben 9, Postfach, 3001 Bern
T: 031 357 33 33, F: 031 352 24 30
info@cvp.ch, www.cvp.ch, PC 30-3666-4

Eine rasche Behandlung und Beratung dieser Vorlage ist insofern wichtig, als es sie für eine allfällige weitere Zusammenarbeit mit Bildungspartnern des Vereinigten Königreichs nach einem harten Brexit bedingt.

Im Bericht wird leider nicht nachvollziehbar dargelegt, wieso die privatrechtliche Stiftung Movetia in eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtsgrundlage umgewandelt werden soll. Die CVP regt eine vertiefte Prüfung dieses Punktes an.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR.Les Libéraux-Radicaux
Secrétariat général
Neuengasse 20
Case postale
CH-3001 Berne

+41 (0)31 320 35 35
www.plr.ch
info@plr.ch
/plr.lesliberauxradicaux
@PLR_Suisse

Berne, le 20 mai 2019/ nr
VL_Mobilité internationale

Par email: jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.laager@sbfi.admin.ch

Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation
Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l objet mentionn ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux soutient le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en mati re de formation. L acc s la formation internationale est centrale pour la Suisse afin de permettre aux personnes d ac u rir les comp tences n cessaires . Cependant, un assouplissement des instruments d encouragement et diverses autres adaptations ponctuelles ont t rendues n cessaires suite aux r centes volutions. Le PLR salue particuli rement la volont d inscrire dans la loi et non plus dans l ordonnance la possibilit pour la Suisse de mettre en uvre ses propres programmes d encouragement en tant ue mesure part enti re. Cela permettra donc de mettre au m me plan l association des programmes internationaux et les programmes suisses.

Suite l adoption de l initiative populaire contre l immigration de masse, le domaine de la formation a dû trouver de nouvelles solutions afin de pouvoir proposer des programmes de mobilité internationale. La solution alternative lancée par le Conseil fédéral a fait ses preuves en tant que solution provisoire. Le Parlement a adopté la motion 17.3630 chargeant le Conseil fédéral de reprendre le plus rapidement possible les n gociations avec l UE pour une association pleine enti re partir de 2021. L association ne doit cependant pas se faire n importe uel prix. L art. 4, let. b pr voit ue des contributions à des programmes internationaux et à des programmes initiés par la Confédération ne puissent avoir lieu dans le m me champ d application et en m me temps. La loi ne pr voit cependant pas de mesures transitoires lors u une telle situation se pr sente.

En vous remerciant de l attention ue vous porterez nos arguments, nous vous prions d agr er l expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Petra Gössi
Conseillère nationale

Le Secrétaire général

Samuel Lanz

Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
3003 Bern

Per E-Mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

22. Mai 2019
Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Für die Zukunft der Schweiz ist von herausragender Bedeutung, dass sie ihre führende Rolle in den Bereichen Bildung, Forschung, und Innovation erhalten und ihre Position als international anerkannter und wettbewerbsfähiger Denk- und Werkplatz stärken kann. Die langfristige Sicherung und Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Die Grünliberalen begrüssen daher, dass die bestehenden Förderinstrumente des Bundes im Bereich der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung flexibler und kohärenter ausgestaltet werden, und sind mit der Vorlage einverstanden. Konkret soll die Verknüpfung mit der Beteiligung an den europäischen Bildungsprogrammen aufgelöst werden. Im Gegenzug wird die Möglichkeit eigener Förderprogramme der Schweiz als eigenständige Massnahme im Gesetz verankert.

Für die Grünliberalen steht das Ziel – die Gewährleistung der internationalen Mobilität – im Vordergrund und nicht die dafür verwendeten Instrumente. Was die Mobilität in Europa betrifft, fordern die Grünliberalen den Bundesrat daher auf, diese mittels Beteiligung am EU-Programm ERASMUS+ bzw. dessen Nachfolgeprogramm oder mit Hilfe anderer geeigneter Instrumente sicherzustellen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrat Isabelle Chevalley, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Schweizerische Volkspartei
Union Démocratique du Centre
Unione Democratica di Centro
Partida Populara Svizra

Generalsekretariat / Secrétariat général
Postfach, CH-3001 Bern
Tel. +41 (0)31 300 58 58, Fax +41 (0)31 300 58 59
gs@svp.ch, www.svp.ch, PC-Kto. 30-8828-5

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF

E-Mail:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019

Revision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.
Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Bis 2011 – bevor die Schweiz eine Vollbeteiligung an den Bildungsprogrammen der EU einging – konnten jahrzehntelang Schweizer Studierende und Forschende an den europäischen Programmen teilnehmen. Die Schweiz ist international - über die EU hinaus - gut vernetzt und verfügt über eine hohe Qualität im Forschungs- und Innovationsbereich. Es wäre kläglich, wenn die Schweizer Bildungs- und Forschungsinstitutionen einseitig von der EU und einzelnen Programmen abhängig wären.

Tritt Grossbritannien aus der EU aus, befinden sich die weltweit besten Universitätsstandorte ausserhalb der EU (USA, UK, Schweiz). Die EU-Standorte folgen weit abgeschlagen. Deshalb ist der Nutzen eines Austauschs mit Standorten innerhalb der EU aus Sicht der SVP grundsätzlich in Frage zu stellen. Zudem hat sich das EU-Programm «Erasmus+» schon längst von seinem Kernanliegen (Mobilität auf Hochschulebene) entfernt. Es ist vielmehr zu einem Sammelsurium von Aktivitäten und Fördertöpfen geworden. Die Kostenbeteiligung der Schweiz wurde seitens der EU massiv erhöht. **Die Förderung der Mobilität von Studierenden ist für die Schweiz ausserhalb von EU-Programmen mit Sicherheit günstiger und effizienter zu haben.**

Im Vordergrund dieser Gesetzesrevision steht denn auch die Stärkung der strategischen Handlungsoptionen im Bereich der mehrjährigen Programme zur Förderung der internationalen Mobilität der Individuen und von internationalen Kooperationen zwischen Institutionen und Organisationen im Bereich der Bildung. Die Verknüpfung dieses Förderinstruments mit der Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen soll aufgelöst werden. Das begrüsst die SVP.

Die bisher nur auf Verordnungsstufe geregelte und untergeordnete Möglichkeit von eigenen Förderprogrammen der Schweiz wird neu als mögliche, eigenständige Massnahme im Gesetz verankert. Die Bestimmungen für unterstützende Begleitmassnahmen und die Mandatierung einer nationalen Agentur werden analog von einer Assoziierung an internationale Programme entkoppelt.

Bei den übrigen, nicht-programmorientierten Fördermassnahmen wird die Bestimmung zur Ausrichtung von Individualstipendien für die Ausbildung an ausgewählten, exzellenten Institutionen im Ausland so angepasst, **dass bei Bedarf auch Institutionen im aussereuropäischen Raum berücksichtigt werden können. Die Vorlage schafft somit die Rahmenbedingungen, damit die Schweiz eigene Zusammenarbeitsformen im Bildungsbereich suchen und gestalten kann, auch ausserhalb der EU.** Das begrüsst die SVP.

Die SVP stimmt dem vorliegenden Gesetzesentwurf in seinen Grundsätzen zu, sofern er dazu führt, dass künftig Austauschprogramme mit führenden Ländern ausserhalb der EU gefördert und die Assoziierung (sprich die Zahlungen) an EU-Programme heruntergefahren werden. Ein Ausbau der Mobilität in der Bildung, die zu einem massiven Kostenschub führt, wird die SVP ablehnen – Umschichtungen der Mittel aber nicht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüssen
SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Albert Rösti

Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär

Emanuel Waeber

Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI
Division Coopération en matière de formation
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : jerome.huegli@sbfi.admin.ch et gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Berne, le 23 mai 2019

Parti socialiste Suisse

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation
Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant l'avant-projet de révision totale de la loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Appréciation générale

La coopération et la mobilité internationale en matière de formation a fortement gagné en importance ces dernières décennies avec la mondialisation. La Confédération mène depuis plus de 20 ans une politique d'encouragement dans le domaine sur la base de la loi fédérale relative à la coopération internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité. Pour le Parti socialiste suisse (PS), la mobilité et l'échange revêtent un intérêt particulier, d'un point de vue non seulement économique, mais également culturel. De fait, la mobilité favorise la compréhension d'autres cultures et langues. C'est pourquoi nous estimons essentiel que la Confédération poursuive et développe son engagement en la matière pour permettre aux personnes d'acquérir des compétences toujours plus demandées sur le marché du travail à l'échelle internationale et pour promouvoir la compréhension mutuelle.

Les incertitudes quant au statut de la Suisse au sein du programme de formation de l'UE et celles en lien avec le Brexit ont fait valoir la nécessité d'un tel engagement. Aussi le PS accueille-t-il favorablement l'objectif principal de la révision totale, soit de donner plus de flexibilité aux instruments d'encouragement de la Confédération. Les principales dispositions remaniées portent sur l'encouragement de la mobilité internationale en matière de formation et sur l'encoura-

gement de la coopération internationale entre institutions dans le cadre de programmes pluriannuels. Actuellement, les mesures d'encouragement ne sont définies dans la loi qu'en lien avec la possibilité d'une participation aux programmes de formation de l'UE moyennant une contribution. Le financement direct de programmes d'encouragement compatibles lancés par la Suisse est inscrit dans l'ordonnance relative à la coopération internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité en tant que mesure secondaire. En somme, ces deux instruments sont inscrits dans deux actes différents (une loi et une ordonnance), ce qui constitue une incohérence à laquelle la révision totale propose de remédier.

Aux yeux du PS, cela ne changera rien au fait que la pleine association aux programmes de formation et de recherche de l'UE reste indispensable à l'avenir pour que la place suisse de formation et de science demeure performante. Aussi est-il impératif que l'association à part entière à Erasmus+ et Horizon Europe soit réalisée pour la période de 2021 à 2027. Ces programmes offriraient davantage de possibilités pour les écoles suisses et faciliteraient grandement la participation à des échanges par rapport à la solution transitoire en vigueur depuis 2014. Il est donc impératif que cette révision totale ne compromette pas une future association de la Suisse. Ceci dit, le PS tient à relever que les trois formes de mobilité existantes (nationale, européenne et internationale) sont complémentaires et ne doivent pas être mises en concurrence. Les objectifs poursuivis par les différentes formes de mobilités restent différents et il convient d'y allouer des moyens suffisants.

Commentaire des dispositions

Champ d'application (art. 2)
Le champ d'application de l'avant-projet repose sur une notion large de la formation. Elle comprend aussi bien la formation formelle que non formelle. Aux yeux du PS, la loi devrait également s'appliquer à la petite enfance. En effet, les institutions et professionnel-le-s de ce domaine peuvent apprendre des bonnes pratiques ou bénéficier d'un transfert de savoir au travers de la mobilité internationale. Ces activités d'échanges devraient jouir d'un soutien financier de la Confédération.

Domaines soutenus (art. 3) et conditions d'octroi (art. 5)
Comme dans le droit en vigueur, la Confédération pourra continuer d'encourager la coopération internationale en matière de formation. Selon l'avant-projet, trois catégories principales pourront être soutenues : les mobilités internationales à des fins de formation, les activités de coopération d'institutions et organisations actives dans le domaine de la formation et les structures et processus appuyant la réalisation des buts de la loi et la mise en œuvre des deux premières catégories d'activités.

Selon le rapport explicatif relatif à l'avant-projet, les institutions et organisations menant des activités de coopération (art. 3 let. b) sont les établissements d'enseignement de tous les domaines de la formation, les entreprises formatrices, les organisations du monde du travail, les autorités locales ou régionales en charge de la formation et d'autres organismes actifs dans la formation. Nous jugeons qu'il y a un risque d'interprétation trop restrictive dans les notions d'institutions et organisations. Des collaborations avec les associations doivent être

Parti socialiste Suisse
Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne
Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70
info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

possibles, notamment les associations d'étudiant-e-s, de professeur-e-s ou d'enseignant-e-s, de même qu'avec les organisations actives dans le domaine extrascolaire ou de la petite enfance. Si nécessaire, le PS exige que la disposition soit formulée dans ce sens. Cette remarque concerne aussi l'art. 5 sur les conditions d'octroi.

Types de soutien (art. 4)
Le soutien de la Confédération pourra prendre différentes formes. Il pourra s'agir de contributions allouées à des programmes internationaux ou des programmes initiés par la Confédération ainsi qu'à des projets et activités de coopération internationale complémentaires. Des bourses individuelles pour des études dans des institutions étrangères d'excellence pourront également être octroyées ; des contributions aux charges de fonctionnement de ces institutions pourront être versées. Enfin la Confédération pourra aussi verser des contributions pour le financement de mesures d'accompagnement qui aident les acteurs/trices à concevoir et réaliser des actions de mobilité et de coopération internationale ou qui permettent de défendre les intérêts de la Suisse dans le domaine de la formation au niveau international (par ex. *Swisscore* à Bruxelles). Le PS manifeste son plein soutien à ces mesures.

L'avant-projet propose de dissoudre le lien qui existe entre l'instrument d'encouragement des programmes pluriannuels et la participation aux programmes de formation de l'UE. Par conséquent, la mise en œuvre de programmes d'encouragement par la Suisse ne sera plus définie dans l'ordonnance à titre de mesure secondaire, mais dans la loi en tant que mesure à part entière. L'objectif consiste à présenter les deux instruments, soit l'association à des programmes internationaux et le financement de programmes lancés par la Suisse, comme alternatifs et équivalents. Le PS approuve cette volonté sans réserve, toutefois nous relevons que le but recherché est en contradiction avec la formulation de l'art. 4, al. 1, let. b de l'avant-projet. En effet, les contributions pour mettre en œuvre des programmes initiés par la Confédération pourront uniquement être versées si la Suisse n'est pas associée à un programme international dans le même champ d'activité. Autrement dit, en cas d'association complète à Erasmus+, certains programmes développés durant ces dernières années risquent d'être supprimés. D'autre part, il y a un danger qu'Erasmus+ et les programmes suisses soient opposés l'un à l'autre et que, partant, les subventions fédérales au titre de la coopération et la mobilité internationale soient réduites. Par conséquent, le PS exige que la condition inscrite en deuxième partie de la let. b soit biffée. Cela permettra de développer en parallèle d'autres programmes internationaux de coopération et de mobilité hors Europe, ce qui laisserait place à une certaine flexibilité.

Parti socialiste Suisse
Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne
Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70
info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique

Parti socialiste Suisse
Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne
Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70
info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per Mail: jerome.huegli@sbfi.admin.ch;
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 16. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zu oben genannter Vernehmlassung Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Der Städteverband stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Wir verzichten jedoch auf eine differenzierte Stellungnahme, da die städtische Bildungspolitik nur am Rande von den vorgesehenen Änderungen bezüglich internationaler Zusammenarbeit in den Bereichen «Kooperation von Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich» und «Lernmobilität» betroffen ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon +41 31 356 32 32
info@staedteverband.ch, www.staedteverband.ch

An das
Eidgenössische Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
CH-3003 Bern

7. Mai 2019

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB, SR 414.51)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 haben Sie uns eingeladen, an der Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit der Meinungsäusserung, die wir sehr gerne wahrnehmen.

---

economiesuisse unterstützt die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Es ist wichtig, dass mit der Revision keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden und das Parlament weiterhin die strategischen und finanziellen Entscheide über die Ausrichtung der Förderpolitik trifft.

---

economiesuisse unterstützt die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Die Entflechtung der Hauptförderinstrumente von den europäischen Bildungsprogrammen ist zu begrüssen. Dies ermöglicht Alternativen wie die in den letzten Jahren umgesetzte Schweizer Lösung zu Erasmus auf gesetzlicher Stufe zu verankern. Somit werden die beiden Instrumente der Beteiligung an europäischen Bildungsprogrammen und autonome Eigenlösungen gesetzlich einander gleichgestellt. Wir möchten an dieser Stelle jedoch klar festhalten, dass die Schweiz sich, wenn immer möglich, sinnvoll und finanziell tragbar, an den europäischen und den internationalen Förderprogrammen beteiligen sollte. Denn die Einbindung in ein solches Netzwerk bringt gegenüber einem Alleingang meistens zahlreiche Vorteile mit sich.

Für den Dachverband der Schweizer Wirtschaft ist es wichtig, dass mit der Revision keine neuen Fördertatbestände geschaffen werden. Auch erachten wir es als essenziell, dass die Kompetenzen für

economiesuisse
Hegibachstrasse 47
Postfach CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 35
Telefax +41 44 421 34 34

Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation
www.economiesuisse.ch

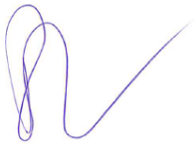
die strategischen und finanziellen Entscheide über die Ausrichtung der Förderpolitik weiterhin bei der Bundesversammlung bleiben.

Die Revision entkoppelt die Mandatierung einer nationalen Förderagentur mit Umsetzungsaufgaben von der Beteiligung an einem europäischen Bildungsprogramm. Mit der Einführung von Schweizer Alternativlösungen als eigenständiges Instrument auf Gesetzesebene, erachtet economiesuisse diese Entkoppelung als zielführend. Gemäss dem Erläuterungstext zur Gesetzesrevision gilt die Schweizerische Stiftung für Austausch und Mobilität (SFAM / Movetia), welche vom Bund und den Kantonen getragen wird, als einzige Organisation, welche die Voraussetzungen zur Übernahme der Aufgaben einer nationalen Förderagentur erfüllt. Sie ist gegenwärtig als privatrechtliche Stiftung organisiert und soll künftig in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt werden.

Die als nationale Förderagentur mandatierte Institution muss neben Fachexpertise und Kapazitäten auch möglichst kosteneffizient arbeiten. Daher ist zu prüfen, ob die öffentliche Ausschreibung und Vergabe der Aufgaben möglich und zielführend wären. In diesem Zusammenhang ist auch die die Überführung der SFAM von einer privatrechtlichen zu einer öffentlich-rechtlichen Organisation gründlich zu prüfen und nur falls sinnvoll durchzuführen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für weitere Ausführungen sehr gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse



Prof. Dr. Rudolf Minsch
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung / Chefökonom

Dr. Ensar Can
Projektleiter Allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung

Dachorganisation der Schweizer KMU
Organisation faîtière des PME suisses
Organizzazione mantello delle PMI svizzere
Umbrella organization of Swiss SME

Eidgenössisches Department
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3000 Bern

Per E-Mail an:

jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019 sgv-Da/ak

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung BIZMB

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Februar 2019 haben Sie uns eingeladen, zum obgenannten Bundesgesetz Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und machen gerne davon Gebrauch. Wir stützen unsere Ausführungen dabei auf eine interne Umfrage bei unseren Mitgliedorganisationen, und bitten Sie höflich, von dieser Seite direkt eingegangene Stellungnahmen ebenfalls zu berücksichtigen.

Einleitende Bemerkungen

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Bildungsfragen gehören seit jeher zum Kerngeschäft des sgv. Dies betrifft insbesondere sämtliche Bereiche der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung. Dabei unterstützt der sgv seine Mitgliedorganisationen mit Rat und Tat und vertritt sie in verschiedenen Gremien der schweizerischen Berufsbildung. Zudem setzt sich der sgv dafür ein, dass die Berufsbildung innerhalb des schweizerischen Bildungssystems als gesamtschweizerisches Konzept wahrgenommen und gleichwertig zum akademischen Bereich anerkannt und respektiert wird.

Zu einzelnen Punkten der Vorlage und des erläuternden Berichts

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv befürwortet grundsätzlich die Mobilität von jungen Menschen in Ausbildung. Dies gilt aber nicht nur über die Landesgrenzen hinaus, sondern auch innerhalb der Schweiz zwischen den verschiedenen Sprachregionen. So gibt es Branchen, z. B. das Gastgewerbe, die besonderen Wert auf die Bereitschaft zur Mobilität ihres Berufsnachwuchses legen. Da in

den letzten Vernehmlassungen im Zusammenhang mit der Förderung der Mobilität in der Bildung zwar immer sämtliche Bereiche erwähnt wurden, im Detail aber meist nur Studierende an Hochschulen gemeint waren, halten wir auch an dieser Stelle fest, dass die Förderung der Mobilität in der Bildung explizit auch für die duale Berufsbildung und insbesondere für die höhere Berufsbildung zu gelten hat.

Ja zur Totalrevision

Die Absicht, das heute geltende Bundesgesetz total zu revidieren, ist angesichts der Entwicklung auf der europäischen und internationalen Ebene zweifellos richtig. Auch die Absicht, die Bestimmungen zur Förderung der internationalen Bildungsmobilität und von internationalen Kooperationen zwischen Institutionen im Rahmen von mehrjährigen Programmen zu überarbeiten, wird begrüsst. Ebenso stösst der Vorschlag, die direkte Finanzierung von kompatiblen, von der Schweiz selbst initiierten Förderprogrammen auf Gesetzesebene zu regeln, auf Zustimmung.

Schweizer Berufsbildungssystem besser bekannt machen

Die internationale Zusammenarbeit in der Bildung soll unter anderem auch dazu beitragen, den Bildungsraum Schweiz in seiner Qualität und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und weiterzuentwickeln. Dem stimmt der sgv zu. Zu ergänzen ist aber, dass die internationale Zusammenarbeit auch den Bekanntheitsgrad insbesondere des dualen Berufsbildungssystems und der höheren Berufsbildung stärken soll (**Art. 1 lit. c**).

Ja zur Umsetzung eigener Bundesprogramme, auch wenn bereits eine internationale Zusammenarbeit besteht

Besonders begrüsst der sgv, dass Handlungsoptionen des Bundes künftig nicht mehr starr an die Beteiligung an einem, von externen Akteuren definierten internationalen Förderprogramm gebunden sein müssen, wie es im erläuternden Bericht heisst. Unter **Art. 4 Abs. 1 lit. b** wird allerdings erwähnt, dass Beiträge für die Umsetzung eigener Bundesprogramme nur möglich sind, sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist. Unseres Erachtens besteht hier ein Widerspruch, der noch geklärt werden müsste. Hier braucht es eine gleichwertige Verankerung beider Beitragsmöglichkeiten, die sich ergänzen und nicht ausschliessen (Assoziierung an internationale Förderprogramme und Umsetzung von eigenen Schweizer Programmen).

Verbundenheit mit der Schweiz auch als Beitragsbedingung für Institutionen

In **Art. 5 Abs. 2** wird festgehalten, dass nur Einzelpersonen, die das Schweizer Bildungssystem durchlaufen haben, einen Stipendienantrag stellen können. Im Bericht heisst es dazu, dass diese Personen mindestens einen wesentlichen Teil ihrer bisherigen Ausbildung in der Schweiz absolviert haben. Was heisst das nun konkret? Auch wird ausgeführt, dass *mehr als zwei Jahre im Schweizer Hochschulsystem erforderlich* sind oder *im Fall einer Tertiärausbildung im Ausland ein starker Bezug zur Schweiz bestehen* muss. Diese Formulierungen sind verwirrend, denn sowohl die höhere Berufsbildung als auch die Hochschulen sind auf der Tertiärstufe angesiedelt.

Bei den Beiträgen an Institutionen oder Organisationen im Bildungsbereich (**Art. 5 Abs. 1**) fehlt diese Verbundenheit mit der Schweiz als Beitragsvoraussetzung. Gerade wenn es darum geht, Schweizer Programme, ergänzende Aktivitäten und Projekte oder Beiträge an ausgewählte Institutionen im Ausland zu fördern, erachten wir den engen Bezug zur Schweiz als notwendig. Ein entsprechender Passus ist noch einzufügen.

Aufgaben der nationalen Agentur

Als Voraussetzung für die Bezeichnung *nationale Agentur* wird unter anderem in **Art. 6 Abs. 2 lit. a** erwähnt, dass sie auch die *nationale* Mobilität in der Bildung fördern muss. Dies ist zwar inhaltlich korrekt und sicher auch angebracht, doch wird nirgends erläutert, was dies konkret heisst. So ist u. E. offen, wie weit diese Förderung der nationalen Mobilität gehen soll und ob und wie ein Kostenabgleich

zwischen internationalen und nationalen Aktivitäten zu erfolgen hat. Hier wäre eine Regelung im Gesetz zwingend angebracht. Zudem hat der sgv bereits bei der Einführung der Stiftung Movetia im Jahr 2017 festgestellt, dass die Systemkenntnisse im akademischen Bereich zwar vorhanden sind, nicht aber so im Bereich der Berufsbildung. Wir bitten deshalb eindringlich, dass für alle Projekte im Bereich der beruflichen Bildung (Grund- und höhere Berufsbildung) die betroffenen Branchen und Organisationen der Arbeitswelt jeweils von Anfang an zwingend einzubeziehen sind.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen jederzeit gerne für Fragen und Erläuterungen zur Verfügung. Mit Interesse sehen wir dem weiteren Verlauf dieses Geschäfts entgegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat

Christine Davatz
Vizedirektorin

SGB | USS
www.sgb.ch | www.uss.ch
Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Union syndicale suisse
Unione sindacale svizzera

Monsieur
Jérôme Hügli
Secrétariat d'Etat à la formation,
à la recherche et à l'innovation
Einsteinstrasse 2
3003 Berne

jerome.huegli@sbfi.admin.ch

Berne, 17 mai 2019

Consultation sur la Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation

Madame, Monsieur,

L'Union syndicale suisse (USS) vous remercie de l'avoir invitée à s'exprimer sur la Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation. Elle vous transmet par la présente sa position.

L'USS estime que la mobilité internationale dans le domaine de la formation revêt une très grande importance. Elle considère indispensable que la Suisse soit associée à part entière aux programmes européens tels qu'Erasmus+, qui permet des avancées significatives dans le domaine de la formation professionnelle initiale, ce que la Suisse ne pourrait pas faire seule.

L'USS salue la décision de dissocier l'instrument d'encouragement de la participation à des programmes de formation européens. Cela permet de donner plus de latitude à la Suisse dans ce domaine et de disposer d'outils plus flexibles.

L'USS soutient également l'octroi de bourses pour suivre des formations dans des institutions non européennes.

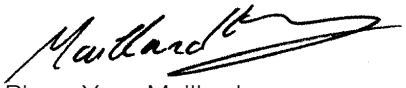
L'USS apprécie la mention explicite des trois domaines visés par l'encouragement à la coopération internationale, à savoir les personnes, les institutions et organisations ainsi que les structures et processus. Elle salue également la définition large du terme « formation » englobant les différents niveaux et voies de formation formelle ainsi que la formation informelle, continue et extrascolaire.

L'USS est d'avis qu'il conviendrait de mettre davantage l'accent sur la mobilité internationale dans la formation professionnelle, qui est certes mentionnée, mais qui nécessite davantage de soutien. Il s'agit notamment d'assurer que le financement correspondant soit bel et bien octroyé.

S'agissant de la mise en place de programmes nationaux de substitution aux programmes internationaux, il est très important de privilégier le développement de partenariats avec les pays européens, et dans la mesure du possible avec l'Union européenne, car la Suisse est très liée à ses voisins européens et fait physiquement partie de l'Europe.

En vous remerciant de bien vouloir prendre note de nos remarques, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations distinguées.

UNION SYNDICALE SUISSE



Pierre-Yves Maillard
Président

Laura Perret Ducommun
Première secrétaire adjointe

123 LP/jh

kaufmännischer verband
mehr wirtschaft. für mich.

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Stellungnahme des Kaufmännischen Verbands

Kaufmännischer Verband Schweiz
Hans-Huber-Strasse 4
Postfach 1853
CH–8027 Zürich

Telefon +41 44 283 45 45
info@kfmv.ch
kfmv.ch

24. Mai 2019

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung nehmen zu können. Der Kaufmännische Verband ist die grösste schweizerische Berufsorganisation im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Umfeld und er ist Mitträger von über 20 Berufsbildnern in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung. In der Funktion als Organisation der Arbeitswelt, aber auch als Bildungsanbieter und als nationaler Arbeitnehmerverband ist uns eine gute internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung ein wichtiges Anliegen – insbesondere in den Bereichen berufliche Grundbildung und Höhere Berufsbildung.

Wir stimmen dem vorliegenden Gesetzesentwurf im Grundsatz zu und anerkennen den Handlungsbedarf, das Bundesgesetz einer Totalrevision zu unterziehen. In einer globalisierten Arbeitswelt ist die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung eine wichtige Aufgabe des Bundes. Eine Flexibilisierung und bessere Abstimmung der bestehenden Förderinstrumente ist somit für die Stärkung der Handlungsoptionen der Schweiz und für die verschiedenen Akteure dringend notwendig und zu begrüssen.

Zu den einzelnen Artikeln nehmen wir wie folgt Stellung:

Art. 2, Abs. 2 – Begriff und Geltungsbereich
Wir unterstützen die ganzheitliche Begriffsdefinition von "Bildung" in der Vorlage und die Aufführung aller formalen Bildungsstufen der Schweiz. Insbesondere freut uns auch die Berücksichtigung der nonformalen Bildung im Bundesgesetz. Entsprechend stimmen wir auch der Titelanpassung des Bundesgesetzes zu.

Art. 4 – Beitragsarten
Grundsätzlich werten wir die gesetzliche Entkoppelung von EU-Programmen und die damit verbundene gewonnene Flexibilität bei der Beteiligung der Schweiz an anderen internationalen Programmen und die Möglichkeit der Umsetzung von eigenen Programmen als positiv. Insbesondere auf Stufe der Höheren Berufsbildung und im Weiterbildungsbereich gestaltet sich die Umsetzung solcher Förderprogramme im Vergleich zu Austauschprogrammen auf Hochschulstufe jedoch schwieriger. Studierende in der Höheren Berufsbildung bereiten sich in der Regel berufsbegleitend auf eidgenössische Prüfungen vor beziehungsweise studieren berufsbegleitend an einer Höheren Fachschule. Diese zusätzliche Verpflichtung gegenüber dem Arbeitgeber erschwert den Studierenden eine Teilnahme an Mobilitäts- oder Förderprogrammen. Gleichzeitig werden Auslandserfahrung auf dem heutigen Arbeitsmarkt sehr geschätzt. Um Studierende aus dem

Tertiärbereich B gegenüber A nicht zu benachteiligen, sind eigene Bundesprogramme zugeschnitten auf die Bedürfnisse der dualen Berufsbildung zu lancieren, idealerweise in Zusammenarbeit mit entsprechenden Bildungsinstitutionen und den Sozialpartnern. Ebenfalls wünschenswert ist die weitere Förderung von Mobilitätsprogrammen in der beruflichen Grundbildung.

Art. 5, Abs. 1 – Beitragsvoraussetzungen
Der Bund setzt seit dem 1.1.2018 auf eine subjektfinanzierte Unterstützung zur Stärkung der eidgenössischen Prüfungen im Tertiärbereich, gleichzeitig werden im vorliegenden Bundesgesetz Förderbeiträge ausschliesslich an Bildungsinstitutionen und -organisationen vergeben. Damit Studierende, welche sich für eine eidgenössische Prüfung vorbereiten, ebenfalls die Möglichkeit haben an Mobilitätsprogrammen teilzunehmen, müssen für Bildungsinstitutionen geeignete Bedingungen für die Lancierung eigener Programme geschaffen werden – beispielsweise durch eine Anpassung der Förderinstrumente der Subjektfinanzierung (Anerkennung/Förderung von Vorbereitungskursen mit Austauschprogrammen). Ausserdem müssen für die Stärkung der Höheren Berufsbildung auch bundeseigene Mobilitätsprogramme entwickelt werden. Diese tragen zudem zum besseren Verständnis für die Wertigkeit des dualen Bildungswegs im Ausland bei.

Wir danken Ihnen herzlich für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Kaufmännischer Verband Schweiz

Christian Zünd
CEO

Michael Kraft
Leiter Bildung

Centre Patronal

D partement f d ral de l conomie, de la formation et de la recherche DEFR
Version PDF par email à
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Paudex, le 23 mai 2019
BM/mra

Consultation – Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation

Madame, Monsieur,

Nous avons étudié avec attention le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation.

Objectifs du projet

La présente révision de la loi poursuit plusieurs objectifs. Premièrement, la mise en place d instruments d encouragement de la Conf d ration ne doit plus être conditionnée à la participation des programmes de formation de l Union Europ enne. Ainsi, les deux instruments d encouragement possibles (association aux programmes d encouragement internationaux mise en uvre de programmes suisses) sont mis sur un pied d galit .

Le deuxi me objectif est d amener des compl ments formels, sur la forme et le fond, et de préciser certaines notions.

Enfin, il est précisé que cette révision ne poursuit pas l objectif de cr er de nouvelles mesures d encouragement, mais vise à assouplir les instruments existants qui ont fait leurs preuves et à améliorer la cohérence entre eux.

Des échanges aussi bénéfiques que nécessaires

Un système de formation performant est la cl d une conomie forte et d une soci t épanouie. En particulier, l ad uation entre les besoins des entreprises et le contenu des formations doit être un principe de base.

La mobilité des étudiants et la coopération entre instituts de formation sur le plan international répondent ce principe. La d couverte d autres lieux, d autres gens, d autres approches est enrichissante et apporte une v ritable plus-value dans le cadre de la formation. L ouverture d esprit, la capacit de remise en uestion, d innovation, et l aptitude voluer dans un environnement multi-culturel sont des compétences essentielles dont les entreprises ont besoin face l évolution de la société et en particulier du monde du travail. En ce sens, des conditions-cadres permettant la poursuite de ces objectifs sont aussi nécessaires que souhaitables.

Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne
T +41 58 796 33 00
F +41 58 796 33 11
info@centrepatronal.ch

Kapellenstrasse 14
Postfach
3001 Bern
T +41 58 796 99 09
F +41 58 796 99 03
cpbern@centrepatronal.ch

www.centrepatronal.ch

Une nécessaire égalité…

La loi actuellement en vigueur ne pr voit pas d ancrage uivalent pour les deux instruments possibles (association aux programmes d encouragement internationaux / mise en uvre de programmes suisses) visant encourager la mobilit internationale.

L l ment principal de ce projet est de faire en sorte ue la mise en place d instruments d encouragement de la Conf d ration ne soit d sormais plus conditionnée à la participation des programmes de formation de l Union Europ enne. Les deux instruments possibles sont donc désormais comparables.

Cette volution est bienvenue, permettant ainsi la mise en uvre de programmes suisses lorsque la participation à des programmes europ ens est menac e, s agissant d une mesure de r torsion r guli re de l UE envers notre pays dans le cadre des relations bilatérales.

…qui ne doit pas être un oreiller de paresse

La mise sur un pied d galit de ces deux instruments ne doit pas empêcher le Conseil f d ral de continuer s engager activement en faveur de la participation de la Suisse aux programmes europ ens tels u Erasmus+.

Depuis 2014, la nouvelle génération du programme Erasmus+ ne se limite plus à aux étudiants des hautes écoles, mais a élargi son accès à tous les niveaux, de l cole obligatoire au secteur tertiaire en passant par la formation professionnelle, la formation des adultes et le domaine extrascolaire.

La participation à ces programmes est nécessaire pour garantir la compétitivité de nos instituts de formation et offrir des possibilités de formation ainsi que de développement des softs skills aux personnes en formation.

Position du Centre Patronal

Le Centre Patronal est convaincu que l ad uation entre les besoins des entreprises et le contenu des formations doit être un principe de base. Le système de formation doit préparer de manière appropriée les jeunes au monde du travail, afin que les entreprises puissent trouver les collaborateurs et les compétences dont elles ont besoin.

Cela passe aussi par l encouragement de la mobilit des tudiants et par la coopération entre instituts de formation sur le plan international, permettant le développement de compétences et le renforcement de la compétitivité de notre système de formation. La mise sur pied d galit des principaux instruments (association aux programmes d encouragement internationaux mise en uvre de programmes suisses) est bienvenue au vu du contexte international et pour sert la poursuite des objectifs précités.

Considérant ce qui précède, nous approuvons le présent projet.

En vous remerciant de l attention port e la pr sente réponse, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, l expression de nos sentiments les meilleurs.

Centre Patronal

Baptiste Muller

Fédération des
Entreprises
Romandes

jerome.huegli@sbfi.admin.ch

gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

A l'att. de Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral

Secrétariat d'Etat à la formation, à la
recherche et à l'innovation (SEFRI)
Division des Hautes écoles
Einstenstrasse 2
3003 Berne

Genève, le 24 mai 2019
SJ/3187 - FER N°20-2019

Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation (LCMIF ; RS 414.51)

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) a pris connaissance avec intérêt de votre courrier du 13 février 2019 relatif à la procédure de consultation susmentionnée, et vous fait part de sa prisse de position.

Notre Fédération salue la volonté du Conseil Fédéral de renforcer sa politique de coopération internationale. Elle approuve la révision en cours et le projet de loi qui représentent un réel soutien au développement des compétences et au tissu économique de notre pays.

Préambule

La loi fédérale du 8 octobre 1999 relative à la coopération internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité (RS 414.51), constitue la base actuelle de la Confédération dans le domaine de l'encouragement de la coopération internationale en matière de formation. Suite aux divers changements du statut de la Suisse, cette loi a fait l'objet de nombreuses adaptations impactant sa participation aux programmes de formation de l'Union Européenne (UE).

Nous partageons l'analyse que le cadre légal actuel n'est plus adapté en raison de l'internationalisation de la formation. En effet, la loi en vigueur ne remplit pas, tant sur le fond que sur la forme, les exigences auxquelles doit répondre une politique fédérale d'encouragement capable de s'adapter et d'évoluer. La Fédération des Entreprises Romandes (FER) considère que ce nouveau projet de loi rectifie cette inadéquation en préservant l'ensemble des mesures d'encouragement.

Principaux changements

Ce projet de loi détermine clairement le cadre et les dispositions usuelles concernant la compétence du Conseil fédéral en matière de surveillance de la mise en œuvre et du pilotage de la politique d'encouragement.

Le lien strict qui existe entre l'instrument d'encouragement des programmes pluriannuels et la participation aux programmes de formation de l'UE est dissous. La possibilité pour la Suisse de mettre en œuvre ses propres programmes d'encouragement est, maintenant, inscrite en tant que mesure à part entière dans la loi. La Fédération des Entreprises Romandes (FER) apprécie particulièrement ce changement puisqu'il permet une plus grande indépendance des actions menées par la Confédération.

Les axes principaux de la politique d'encouragement sont, dès lors, clairement énumérés au titre de domaines soutenus : mobilité internationale des individus, coopération entre institutions et organisations dans le but de développer les offres de formation et de favoriser les échanges d'expériences, soutien de structures et processus pour faciliter et encourager les autres activités.

Commentaires des articles de loi

La nouvelle terminologie «*coopération et mobilité internationales en matière de formation*» nous semble pertinente car elle offre une plus grande cohérence par rapport aux différents niveaux et aux cursus de formation proposés en Suisse.

1) Adaptation du cadre légal

Cette révision est également nécessaire pour prendre en compte les changements géopolitiques actuels et maintenir un cadre légal permettant le soutien et le financement post-Brexit de la mobilité vers le Royaume-Uni. De plus, nous apprécions que cette modification de la loi ne préjuge pas de l'orientation stratégique liée à la politique d'encouragement 2021-2027. Ceci permet d'envisager sereinement les futures associations aux programmes de formation de l'Union Européenne (UE), tels qu'Erasmus+.

2) Plus de flexibilité

Cette révision et le projet de loi introduisent plus de flexibilité dans la gestion des instruments d'encouragement et donnent à la Confédération une plus grande marge de manœuvre : «*Le but est de présenter les deux mesures – association à des programmes internationaux et financement de programmes lancés par la Suisse – comme deux instruments alternatifs et équivalents de la politique de la Confédération*» (page 9, Point 1.2 – Rapport explicatif).

Pour la Fédération des Entreprises Romandes (FER), cette disposition est importante, car elle permettra «*de maintenir la Suisse comme un pôle scientifique et économique compétitif, reconnu à l'échelle internationale*» (Page 18, Point 4 – Rapport explicatif).

Conclusion

La Fédération des entreprises Romandes (FER) approuve cette révision totale de la loi fédérale, car il est essentiel de soutenir la formation professionnelle au niveau international, en améliorant la coordination et les échanges avec les pays partenaires. Nous saluons particulièrement le fait que les modifications apportées n'aient pas de conséquences financières directes pour la Confédération et ne créent pas de nouvelles bases de subventionnement.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre prise de position, et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

Blaise Matthey
Secrétaire général

Frank Sobczak
Directeur Formation
FER Genève

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

E-Mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch;
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 16. Mai 2019 - MSH/RGF

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrter Herr Hügli

Sehr geehrter Herr Lagger

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) Stellung zu nehmen. Als nationaler Arbeitgeberverband einer Branche mit starker internationaler Orientierung interessiert sich hotelleriesuisse sehr für die Vernetzung der Schweiz mit dem Ausland im Bereich der Bildung.

1. Vorbemerkung

hotelleriesuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Seit 1882 steht hotelleriesuisse gemeinsam mit seinen rund 3'000 Mitgliedern, davon über 2'000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft. Allein die klassische Hotellerie, als standortgebundene Exportbranche und Rückgrat des Tourismus, erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von über 7,5 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. Gemäss Satellitenkonto 2017 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 44 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von über 18 Mrd. Franken – was einem Anteil von 2,9 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den fünf wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Die Mitgliederbetriebe von hotelleriesuisse verfügen über zwei Drittel des diesbezüglichen Schweizer Bettenangebotes und generieren damit rund drei Viertel der entsprechenden Logiernächte. Als Dachverband von 13 regionalen Verbänden ist hotelleriesuisse in allen Landesteilen und Sprachregionen präsent und beschäftigt rund 100 Mitarbeitende.

Die Bildung für das Gastgewerbe ist ein zentrales Tätigkeitsfeld von hotelleriesuisse. Neben dem Angebot von neun verschiedenen beruflichen Grundbildungsberufen, einige davon in den Schulhotels von hotelleriesuisse, pflegen wir eine enge Beziehung zu den höheren Fachschulen der Branche. hotelleriesuisse ist Gründerin der Hotelfachschule Thun und Minderheitsaktionärin

hotelleriesuisse
Schweizer Hotelier-Verein
Monbijoustrasse 130
Postfach
CH-3001 Bern
Tel. +41 31 370 42 61
Fax +41 31 370 44 44
bildung@hotelleriesuisse.ch
www.hotelleriesuisse.ch

der Swiss School of Tourism and Hospitality in Passugg. Auch die Ecole Hôtelière de Lausanne (Fachhochschule) wurde von hotelleriesuisse gegründet. Wir sind zudem einer der drei Trägerverbände der Bildungs-OdA Hotel & Gastro *formation*, die Prüfungsträgerin und Anbieterin diverser Ausbildungen ist, die zu einem eidgenössischen Diplom respektive zu einem eidgenössischen Fachausweis führen. Jedes Jahr gibt es in der Branche ca. 3'200 Lehrabschlüsse, ca. 800 Abschlüsse der höheren Berufsbildung, sowie ca. 600 Hochschulabschlüsse.

2. Anmerkungen zur Ausgangslage in der Branche

Die Hotellerie lebt von der Mobilität von Menschen, und damit auch vom Austausch von Erfahrungen, Wissen und Ideen. Über die Hälfte der Hotelübernachtungen in der Schweiz geht auf das Konto von ausländischen Gästen. Knapp die Hälfte der Mitarbeitenden im Gastgewerbe sind Ausländer/-innen. Die schweizerische Hospitality-Ausbildung ist weltweit hochangesehen und übt eine starke Anziehungskraft auf internationale Bildungsinteressierte aus. Und viele einheimische Fachkräfte zieht es im Laufe ihres Berufslebens ins Ausland, um dort klassische Lehr- und Wanderjahre zu absolvieren. Dass Mitarbeitende auf diese Weise ihren Horizont erweitern, Fremdsprachen trainieren und Spezialkenntnisse erwerben, kommt der Leistungsfähigkeit der Branche sehr zugute. hotelleriesuisse engagiert sich daher stark im Bereich der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung, insbesondere durch Aufbau eines internationalen Netzwerkes von Partnerschulen, unter anderem in Australien, China und Nepal. Zudem heisst der englischsprachige Bildungsgang HF der Swiss School of Tourism and Hospitality Studierende aus aller Welt willkommen.

Was die staatlich geförderte Mobilität innerhalb von formaler berufsbezogener Bildung betrifft, stellt hotelleriesuisse jedoch einen enormen Nachholbedarf im Vergleich zu allgemeinbildenden Angeboten fest. Während z.B. Austauschprogramme von Schulen und Hochschulen gut institutionalisiert sind, stossen Bemühungen um die Unterstützung von vergleichbaren Formaten für Lernende sowie Studierende der höheren Fachschulen immer wieder auf Hindernisse.

3. Anmerkung zu den einzelnen Punkten der Vorlage und des erläuternden Berichts

- Ausgangslage

hotelleriesuisse begrüsst, dass die revidierte Vorlage die internationale Bildungszusammenarbeit als Aufgabe betrachtet, die prinzipiell auf die ganze Welt ausgerichtet ist, und dass sie der Schweiz die Möglichkeit eröffnet, eigene Förderprogramme zu lancieren. Dadurch wird eine grössere Agilität geschaffen und die Möglichkeit ganz neuer Kooperationen eröffnet.

Für die praktische Umsetzung zukünftiger Aktivitäten in der internationalen Bildungszusammenarbeit ist jedoch zu beachten, dass der europäische Raum naturgegeben von besonderer Bedeutung ist. Gleichzeitig ist jedes bundeseigene Programm davon abhängig, in Europa oder anderswo Partnerschaften mit entsprechenden (längerfristigen) Verpflichtungen einzugehen. Den zu Beginn des Erläuternden Berichts verwendeten Begriffen der «Autonomie» und «Flexibilität» sind damit auch unter den Bestimmungen des revidierten Gesetzes weiterhin Grenzen gesetzt.

Der Bericht stellt die Teilnahme an EU-Bildungsprogrammen und den Betrieb eigener Förderprogramme als «alternative und gleichwertige Instrumente der Politik des Bundes» dar. Dies suggeriert eine Austauschbarkeit, die angesichts des wesenhaften Unterschieds der

beiden Ansätze nicht gegeben ist. Es handelt sich vielmehr um wertvolle, aber sehr unterschiedlich geartete Handlungsoptionen. Zudem ist es unabdingbar, dass die beiden Möglichkeiten nicht im Sinne eines «entweder – oder» zur Verfügung stehen, sondern sich ergänzen.

- Art. 1

Ein weiterer wichtiger, aber in der Vorlage nicht erwähnter, Zweck der internationalen Bildungszusammenarbeit besteht darin, im Ausland das Verständnis und die Wertschätzung für schweizerische Bildungsangebote zu fördern. Dies gilt ganz besonders für international weniger bekannte Produkte wie die Abschlüsse der höheren Berufsbildung.

Buchstabe c ist daher wie folgt zu ergänzen: der Bildungsraum Schweiz in seiner Qualität, *Präsenz* und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und weiterentwickelt wird".

- Art. 3

Dass der Begriff Bildung" hier wesentlich weiter gefasst wird als im aktuellen Gesetz, ist sehr zu begrüssen. Den genannten Bildungsstufen und –bereichen tatsächlich einen vergleichbaren Zugang zur Mobilitätsförderung zu ermöglichen, ist eine Herausforderung, die es noch zu meistern gilt.

- Art. 5

Während unter Ziffer 2 festgelegt wird, dass nur solche Einzelpersonen für Stipendien in Frage kommen, die das Schweizer Bildungssystem durchlaufen haben, fehlt unter Ziffern 1 und 3 (Beiträge für Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich) die Voraussetzung einer nachweislichen Verbindung zur Schweiz.

Bei der Formulierung «das Schweizer Bildungssystem durchlaufen haben» (Ziffer 2) ist unklar, um welchen Abschnitt des Systems es sich handelt, oder ob ein berufsqualifizierender Abschluss erreicht worden sein muss. Gemäss den Angaben im Erläuternden Bericht liegt die Formulierung «einen wesentlichen Teil ihrer Ausbildung in der Schweiz verbracht» näher.

Im Erläuternden Bericht zu Ziffer 2 überrascht, dass zwischen Stipendienanwärter/-innen mit «mindestens zwei Jahren im Schweizer Hochschulsystem» und solchen, die sich für eine «Tertiärausbildung» im Ausland interessieren, unterschieden wird. Auch Hochschulen befinden sich auf der Tertiärebene. Ist mit dem zweiten Fall die höhere Berufsbildung gemeint, sollte dies deutlich gemacht werden. Zudem ist zu klären, ob es sich bei den mehr als zwei erforderlichen Jahren im schweizerischen Hochschulsystem um Studienjahre in der für das Stipendium relevanten Fachrichtung handeln muss.

- Art. 6

Unter Ziffer 2 ist die Voraussetzung definiert, dass die nationale Agentur die «Förderung der internationalen und nationalen Mobilität in der Bildung» zum Zweck haben muss. Die nationale Mobilität ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Gesetzes und findet im restlichen Text keinerlei Erwähnung. Die folgenden Ziffern lassen offen, ob der Kostenabgleich, die Berichterstattung usw. die Aufgaben der nationalen Agentur im Bereich der internationalen Bildungszusammenarbeit betreffen oder auch andere (national orientierte) Aktivitäten der Agentur. Wenn die nationale Agentur den Auftrag hat, die Koordination zwischen Akteuren innerhalb der Schweiz sowie zwischen nationaler und internationaler Mobilität sicherzustellen, ist dies im Gesetz ausdrücklich festzuhalten.

4. Zusammenfassung

Im Grundsatz begrüsst hotelleriesuisse die Vorlage für das Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Gegenüber dem aktuellen Gesetz ist sie deutlich umfassender und zugleich flexibler. Wie oben ausgeführt, ist der Text an einigen Stellen jedoch noch eindeutiger zu formulieren. Zudem stellt sich die Frage, wie die in der Vorlage ebenbürtig behandelten Bildungsbereiche in der Praxis tatsächlich einen fairen Zugang zu Förderungsmöglichkeiten erhalten können.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Prüfung unserer Position. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Claude Meier
Direktor

Dr. Ueli Schneider
Leiter Bildung
Mitglied der Geschäftsleitung

Kontakt: Miriam Shergold
Verantwortliche Bildungspolitik
miriam.shergold@hotelleriesuisse.ch
031 370 42 61

Per Email an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Jérôme Hügli und Gaétan Lagger
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Zürich, 11. April 2019

Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) – Stellungnahme von Swiss Fintech Innovations

Sehr geehrte Herren Hügli und Lagger

Wir beziehen uns auf die am 13. Februar 2019 eröffnete Vernehmlassung betreffend Vorentwurf zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.

Der Verband **Swiss Fintech Innovations** (SFTI, www.swissfintechinnovations.ch) vertritt die Interessen seiner Mitglieder im Bereich der Digitalisierung und Innovation in der Finanzindustrie. Die Arbeitsgruppe „Regulations" beschäftigt sich mit Gesetzgebung und Regulation rund um Innovation und Digitalisierung in der Finanzindustrie. Da die eingangs erwähnte Vorlage indirekt auch unsere Kernthemen „Innovation" und „Digitalisierung" betrifft, nehmen wir hiermit gerne die Gelegenheit wahr, zur Vorlage kurz Stellung zu nehmen.

Der SFTI befürwortet die generelle Zielsetzung der Vorlage, die Förderpolitik des Bundes durch eine flexiblere und kohärentere Ausgestaltung der Förderinstrumente im Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB) dahingehend zu verbessern, dass eine Reaktion auf ein sich rasch veränderndes Umfeld im Bildungsbereich in Zukunft möglich ist. Eine flexible Beteiligung an internationalen Bildungsprogrammen sowie die Initiierung bzw. Umsetzung von eigenen Programmen erachtet der SFTI insbesondere angesichts der rasanten weltweiten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung als eminent wichtig für die Schweiz, um den unabdingbaren Anschluss an das steigende Bildungsniveau anderer Staaten nicht zu verlieren und so die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz entsprechend gewährleisten zu können.

Wir teilen die Einschätzung, dass es hierzu einerseits der Entkoppelung der Förderinstrumente von einer Beteiligung an den europäischen Bildungsprogrammen bedarf. Falls nämlich parallel zu oder anstelle der derzeit für die Schweiz relevanten EU-Programme andere internationale Programme entstehen sollten – was angesichts der bestehenden Dynamik im internationalen Bildungsbereich durchaus wahrscheinlich ist – muss eine Teilnahme der Schweiz daran möglichst rasch und problemlos realisiert werden können. Andererseits bedarf es der gesetzlichen Verankerung der Möglichkeit von eigenen Förderprogrammen. Diese beiden potentiellen Massnahmen (Assoziierung an internationalen Förderprogrammen sowie eigenständige Förderprogramme der Schweiz) müssen als alternative und gleichwertige Instrumente der Politik des Bundes zur Verfügung stehen. Aus denselben Überlegungen (insb. Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit) erachtet es der SFTI als opportun, dass Stipendien in Zukunft nicht nur für die Ausbildung an europäischen, sondern auch an anderen ausgewählten Institutionen im Ausland vergeben werden können, falls dies für die Exzellenzförderung als zielführend erachtet wird. Auch in diesem Punkt ist die Vorlage zu begrüssen.

Der SFTI unterstützt ferner ein weites Verständnis des Begriffs „Bildung", sodass – wie dies die Vorlage vorsieht – auch internationale Zusammenarbeitsaktivitäten der sog. non-formalen Bildung

ENTWURF

(Weiterbildung und ausserschulische Jugendarbeit) unterstützt werden können. Fraglich ist indes, wie der Begriff „Weiterbildung“ in Art. 2 Abs. 1 E-BIZMB konkret zu verstehen ist bzw. ob damit gleichwohl gewisse Einschränkungen verbunden sind, wie dies die Formulierung in Art. 3 lit. a E-BIZMB suggeriert, oder ob vielmehr jede Form der Weiterbildung erfasst sein soll. Letzteres wäre nach Ansicht des SFTI zu begrüssen, da grundsätzlich jede Form der Weiterbildung – insbesondere auch diejenige von Erwachsenen bzw. berufstätigen Personen – geeignet ist, die Kompetenzen von Einzelpersonen zu stärken und zu erweitern. Dies ist gerade auch im Bereich der Digitalisierung und Innovation im Finanzbereich sehr dringend nötig.

Schliesslich erachtet der SFTI auch die in der Vorlage beabsichtigten formalen Ergänzungen und begrifflichen Klärungen insbesondere zwecks Schaffung von mehr Rechtssicherheit als sinnvoll.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

Sig. Werner Wyss
Mitglied der AG Fintech Regulations

Sig. Dr. Cornelia Stengel
Mitglied der AG Fintech Regulations

ENTWURF

Swiss Fintech Innovations | c/o Universität Zürich | Binzmühlestrasse 14 | CH-8050 Zürich | T +41 77 432 76 54
www.swissfintechinnovations.ch | office@swissfintechinnovations.ch

SWISSMEM

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
CH-3003 Bern

per e-mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

BIL

Dr. Sonja Studer
Bereichsleiterin Bildung

Pfingstweidstrasse 102
Postfach
CH-8037 Zürich
Tel. +41 44 384 48 66

s.studer@swissmem.ch
www.swissmem.ch

Zürich, den 2. Mai 2019

Stellungnahme zur Vernehmlassung: Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen.

Swissmem ist der führende Verband für KMU und Grossfirmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) und verwandter technologieorientierter Branchen. Swissmem fördert die nationale und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer 1 100 Mitgliedsfirmen durch eine wirkungsvolle Interessenvertretung, bedarfsgerechte Dienstleistungen, eine gezielte Vernetzung sowie eine arbeitsmarktgerechte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MEM-Industrie.

Die Schweizer MEM-Industrie ist eine facettenreiche und innovative Hightech-Branche, die in sämtlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen leistungsstarke Lösungen anbietet. Sie erwirtschaftet 7,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes (2018) und nimmt damit in der schweizerischen Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Die Branche ist mit rund 320'000 Beschäftigten die grösste industrielle Arbeitgeberin der Schweiz und leistet mit Ausfuhren im Wert von 69,7 Milliarden Franken 30 Prozent der gesamten Güterexporte. 60 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

Swissmem setzt sich stark für die Ausbildung Jugendlicher ein und übernimmt die Rolle einer Organisation der Arbeitswelt von sieben beruflichen Grundbildungen. In der formalen Weiterbildung, insbesondere der Höheren Berufsbildung, weist die MEM-Branche ein grosses Spektrum an Entwicklungsmöglichkeiten auf. Swissmem engagiert sich auch hier als Trägerin von drei Berufsprüfungen, zwei höheren Fachprüfungen und sieben Fachrichtungen an höheren Fachschulen. Zusammen mit den Sozialpartnern ist Swissmem ausserdem Trägerin eines Bildungszentrums mit formalen und nichtformalen Weiterbildungsangeboten. Mit der Swissmem Academy leistet die Branche einen wichtigen Beitrag in der nichtformalen Weiterbildung.

Swissmem unterstützt die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Die Entkoppelung der Förderinstrumente von einer Beteiligung an den europäischen Bildungsprogrammen vergrössert den Handlungsspielraum und erhöht die Flexibilität bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung. Dies sollte die Schweiz aber nicht davon abhalten, sich weiterhin an den europäischen Programmen zu beteiligen, wenn immer dies möglich, sinnvoll und finanziell tragbar ist. Die Totalrevision schafft weder neue Fördertatbestände, noch nimmt sie Finanzierungsentscheide vorweg, die von der Bundesversammlung im Rahmen der Beratung zur BFI-Botschaft getroffen werden müssen. Diese zwei Eckpunkte der Vorlage tragen entscheidend zur zustimmenden Haltung von Swissmem bei.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Dr. Stefan Brupbacher
Direktor

Dr. Sonja Studer
Bereichsleiterin Bildung

Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

VSEI
USIE

Limmatstrasse 63
8005 Zürich
044 444 17 17
www.vsei.ch

Zürich, 8. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Hügli,
Sehr geehrter Herr Lagger

Im Namen des Verbands Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI) danken wir Ihnen für die Möglichkeit, zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung nehmen zu können.

Der VSEI ist die Berufsorganisation für rund 2'000 Elektro- und Telekommunikations-Installationsfirmen mit über 40'000 Mitarbeitenden. Jährlich schliessen ca. 3'000 Lernende ihre Grundbildung in einem der VSEI-Berufe Elektroinstallateur/in, Montage-Elektriker/in, Telematiker/in und Elektroplaner/in ab. Die Ausbildung Elektroinstallateur/in EFZ gehört zu den zehn meist gewählten Grundbildungen. Mehr als 1'300 Personen absolvieren jährlich eine Prüfung auf Niveau Berufsprüfung und höhere Fachprüfung. Damit ist die Branche eine der grössten Ausbildnerinnen im Bereich der technischen Berufe in der Schweiz.

Der VSEI begrüsst die stärkere Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Bildung durch die Flexibilisierung bestehender Förderinstrumente. Er hält es aber für angezeigt, Individualstipendien in einem anderen Gesetz zu regeln. Zudem erachtet er die Totalrevision als günstige Gelegenheit, eidgenössische Bildungsgänge stärker international zu positionieren.

Der VSEI empfindet es grundsätzlich als richtig, dass der Bundesrat die bestehenden Förderinstrumente so flexibilisieren will, dass sie einerseits nicht mehr an die europäischen Bildungsprogramme gekoppelt sind und andererseits dazu genutzt werden können, inhaltliche und formale Lücken zu schliessen. Es ist zudem zu begrüssen, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht nur den akademischen, sondern auch den beruflichen Bildungsweg mitberücksichtigen.

Fraglich scheint für den VSEI hingegen, ob es richtig ist, im selben Gesetz Kooperationsprojekte und -massnahmen als auch Individualstipendien zu behandeln. Natürlich erachtet es der VSEI als opportun, einzelnen Personen in Ausbildung eine Unterstützung zukommen zu lassen. In Anbetracht der finanzpolitischen Planbarkeit ist dies aber separat von der Förderung einzelner Projekte und Institutionen, die einem grösseren Kreis von Personen zugutekommen, zu regeln.

Art. 1

Die internationale Zusammenarbeit in der Bildung soll dazu beitragen, dass:

a. die Kompetenzen von Personen in Ausbildung gestärkt und erweitert werden.

Art. 4

d. Streichen

Art. 5

[2] *Streichen*

3 (…)

4 Der Bund kann Beiträge für Einzelpersonen im Sinne von Artikel 3 Buchstabe a Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich ausrichten, die sie nach vom Bundesrat vorgegebenen Kriterien an die Empfängerinnen und Empfänger weiterleiten verwenden.

Weiter erachtet es der VSEI als sinnvoll, wenn das totalrevidierte Gesetz explizit auch auf die Anerkennung von eidgenössisch anerkannten Bildungsgängen im Ausland abzielen würde. Dies entspricht sowohl der Absicht des Bundesrats als auch des Parlaments, wie bspw. zuletzt die Annahme der Motion 18.3392 – „Höhere Fachschulen. Profil stärken, Qualität sichern, Attraktivität steigern." gezeigt hat.

Art. 3

c[neu]. Aktivitäten die zur grösseren Anerkennung von nationalen und internationalen Bildungsabschlüssen im In- und Ausland beitragen;

~~c~~d. Unterstützung von Strukturen und Prozessen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene mit dem Ziel, die Aktivitäten gemäss den Buchstaben a, b und c zu erleichtern und zu fördern.

Wir danken Ihnen für die die Berücksichtigung unseres Anliegens.

Freundliche Grüsse

VSEI
USIE

Limmatstrasse 63
8005 Zürich
044 444 17 17
www.vsei.ch

Simon Hämmerli
Direktion

Michael Rupp
Öffentlichkeitsarbeit

actionuni der Schweizer Mittelbau

Rämistrasse 62
CH-8001 Zürich

Email: president@actionuni.ch
www.actionuni.ch

Dipartimento federale dell'economia,
della formazione e della ricerca DEFR

Spedizione via E-Mail a:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Zurigo, 24 Maggio 2019

Consultazione sulla Legge federale sulla cooperazione e la mobilità internazionali in materia di formazione (RS 414.51)

Gentile Consigliere Federale Sig. Parmelin,

Gentili Signore e Signori,

Vi ringraziamo sentitamente per l'opportunita' che ci e' stata data di esprimere un parere sulla revisione totale della Legge federale sulla cooperazione e la mobilità internazionali in materia di formazione.

Accogliamo con favore la formalizzazione in legge delle politiche in merito alla cooperazione ed alla mobilita'. Questo tema e' di chiara centralita' per la formazione in ambito accademico e professionale.

A nostro avviso, questa operazione pone giustamente l'accento sulla necessita' della Confederazione di poter gestire autonomamente i propri programmi, facendo uso delle proprie risorse finanziarie in maniera piu' efficiente.

Inoltre siamo in accordo con l'istituzione di un' agenzia nazionale con mandato esecutivo specifico concernente gli strumenti di attuazione delle politiche presentate dalla legge, auspicando che questo renda le procedure inerenti a questa operazione il piu' snelle ed efficienti possibili.

Suggeriamo di approfondire le tematiche relative alla mobilita' ed alla cooperazione nell'ambito della formazione di terzo livello.

Notiamo con favore l'apertura a realta' formative extra-europee, permettendo un raggio d'azione con minori restrizioni che gioca decisamente a vantaggio della Confederazione e dei suoi studenti ed insegnanti.

Tuttavia, ci preme sottolineare la necessita' per la Confederazione di non distanziarsi eccessivamente dai programmi di cooperazione e mobilita' legati all' Unione Europea. La partecipazione della

Confederazione al programma quadro Horizon Europe rimane di vitale importanza per il progresso della formazione e della ricerca svizzera.

Pertanto, pur nell'ambito di una gestione ed organizzazione piu' autonoma delle risorse nazionali, per ragioni culturali, storiche e geografiche, auspichiamo che i programmi condivisi con l'UE continuino a ricoprire un ruolo centrale e strategico nell'ambito della cooperazione e della mobilita' internazionali.

Cordiali saluti,

_____

Carmen Faso
Co-Presidente actionuni

Berner Fachhochschule
Rektorat

Falkenplatz 24
3012 Bern

simon.stalder@bfh.ch
www.bfh.ch

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF

Per eMail an
jerome.huegli@sbfi.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

20. Mai 2019

Bundesgesetz zur Internationalen Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Stellungnahme der Berner Fachhochschule zur Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Die Berner Fachhochschule (BFH) dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des total revidierten Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999 über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.

In den Grundzügen unterstützen wir die Stellungnahme von swissuniversities, möchten aber den folgenden Punkt explizit anfügen:

Die Beteiligung an internationalen Bildungsprogrammen und die Umsetzung eigener Förderprogramme der Schweiz werden im Gesetzesentwurf als zwei gleichberechtigte Beitragsarten aufgeführt und im erläuternden Bericht explizit als gleichwertig bezeichnet. Rein juristisch betrachtet macht diese Gleichwertigkeit Sinn und ermöglicht eine flexible Reaktion auf unvorhersehbare politische Veränderungen der Rahmenbedingungen (z.B. Brexit). Aus strategischer Perspektive ist die Teilnahme an den Bildungsprogrammen der EU jedoch höher zu gewichten und eine Vollassoziierung zwingend anzustreben.

Die im erläuternden Bericht hervorgehobene hohe Beteiligung am aussereuropäischen Projektcall (Pilot internationale Förderprogramme) ist erfreulich, lässt aber in keiner Weise die Schlussfolgerung zu, schweizerische Hochschulen würden dieses und andere schweizerische Förderinstrumente der Vollassoziierung an das EU-Bildungsprogramm vorziehen.

Die BFH sieht sich gleichzeitig zu ihrer regionalen Verankerung als Hochschule des europäischen Bildungs- und Forschungsraumes. Es muss wieder möglich sein, gleichberechtigt in Kooperationsprojekten und Gremien zur Gestaltung und Weiterentwicklung des europäischen Bildungs- und Forschungsraums mitarbeiten zu können (beispielsweise Digital Europe oder Erasmus Without Paper).

Herzlichen Dank,
Freundliche Grüsse

Berner Fachhochschule
sig. Prof. Dr. Herbert Binggeli
Rektor

Berufsbildung Schweiz
Formation professionnelle suisse
Formazione professionale svizzera
Formaziun prufesiunala svizra
BCH FPS

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Jérôme Hügli
3001 Bern

20. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Hügli

Gerne nimmt der BCH, Berufsbildung Schweiz, die Möglichkeit wahr, um zum revidierten Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen. Für die Berufsbildung, die stets auch mit dem ausländischen Arbeitsmarkt in Verbindung steht, ist es wichtig und notwendig, dass die internationale Zusammenarbeit und Mobilität durch ein klares und zielführendes Gesetz geregelt wird. Das vorliegende Gesetz erfüllt aus unserer Sicht diese Erwartungen vollumfänglich und wir können die Einführung vorbehaltlos unterstützen.

Besonders betonen möchten wir Artikel 4, Absatz b, weil die internationale Zusammenarbeit der Verbände in der Entwicklung und Ausgestaltung der Berufsausbildungen dringend gefördert werden sollte. Eine Zusammenarbeit fördert die Qualität der Ausbildung und erleichtert auch die gegenseitige Anerkennung der Berufe. In diesem Bereiche ist das Potential noch lange nicht ausgeschöpft und das Gesetz kann diese Entwicklung erleichtern.

Wir hoffen, dass die Umsetzung des vorliegenden Gesetzes die vielfältigen Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit in voller Breite und ohne enge Auslegung unterstützen wird.

Freundliche Grüsse

Christoph Thomann

Dr. Christoph Thomann
Präsident BCH
Berufsbildung Schweiz

Haltenstrasse 142
8706 Meilen
0041 79 659 26 73
cthomann@bch-fps.ch

Bildungskoalition NGO
CoalitionEducation ONG
Postgasse 15 · 3011 Bern · 031 306 20 22 · www.bildungskoalition.ch · info@bildungskoalition.ch

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

Eingereicht per E-Mail an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, den 24. Mai 2019

Stellungnahme der Bildungskoalition NGO zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Herren Lagger und Hügli

Die Bildungskoalition NGO bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen.

Einleitung

Die Bildungskoalition NGO ist ein Zusammenschluss von über 30 grossen nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Jugend, Umwelt, Gesundheit, Entwicklung und Menschenrechte. Sie will den Anliegen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in der Bildungspolitik Gehör verschaffen und dabei die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Bildungslandschaft verankern.

Um jungen Menschen in der Schweiz einen gleichberechtigten Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu geben, spricht sich die Bildungskoalition NGO grundsätzlich für die Wiederassoziierung der Schweiz an das Erasmus-Programm aus, auch im Sinne des Zieles 4, der Agenda 2030: «Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern», zu dessen Erreichung sich die Schweiz verpflichtet hat.

Wir betrachten Mobilität in der Bildung nicht nur als gewinnbringend für die Berufschancen der teilnehmenden Menschen sondern insbesondere auch für die Stärkung der persönlichen und

interkulturellen Kompetenzen, welche – im Sinne der politischen Bildung – für aktive, verantwortungsvolle StaatsbürgerInnen von grösster Bedeutung sind. Insbesondere ermöglicht Mobilität eine nachhaltige Entwicklung, namentlich durch die Förderung von Weltbürgerschaft (global citizenship), der Wertschätzung kultureller Vielfalt, der Menschenrechte sowie einer Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit.

Es profitieren keineswegs nur die teilnehmenden Menschen, sondern die Schweiz als Ganze: Sie gewinnt an Attraktivität in den wirtschaftlich bedeutsamen Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Darüber hinaus ist es für die Schweiz höchst relevant, sich mit ihren spezifischen Lösungen der politischen Partizipation, direkten Demokratie und der Stärke ihrer Vereins- und Verbandslandschaft international zu positionieren. Aufgrund dieser Überzeugung vertreten wir den Standpunkt, dass die Schweiz die notwendigen Investitionen, wieder vollwertige Partnerin in den Erasmus-Programmen zu werden, dringend vornehmen muss und keine risikoreichen, schmaleren Sonderlösungen verfolgen darf. Der gegenwärtig begangene Sonderweg riskiert nicht nur die Aufgabe langjähriger Partnerschaften, sondern benachteiligt auch den Austausch ausserhalb des Hochschulbereiches sowie in besonderem Masse Kooperationsprojekte gegenüber individuellem Austausch.

Allgemeine Würdigung

Die Bildungskoalition begrüsst es grundsätzlich, dass Zwecks Weiterführung der internationalen Mobilität gesetzliche Lücken geschlossen werden. Die sogenannte Schweizer Lösung ist gegenwertig Realität und darf nicht durch fehlende Grundlagen gefährdet werden. Denn sie könnte die Abschaffung von Fördermöglichkeiten in der Mobilität im Bildungs- und Jugendbereich zur Folge haben.

Der Erläuternde Bericht erwähnt explizit, dass durch den Gesetzesentwurf nicht den Entscheiden über die Förderpolitik der kommenden Jahre vorgegriffen werden soll. Genau das ist der Natur des Gesetzes jedoch inhärent: Die dauerhafte Möglichkeit eines autonomen Schweizer Weges wird neu geschaffen. Während hierfür möglicherweise akut Sachzwänge bestehen, möchte die Bildungskoalition darauf hinweisen, dass aufgrund obiger inhaltlicher Argumentation eine vollwertige Zusammenarbeit im Rahmen von Erasmus unbedingt anzustreben ist. Im Sinne dieses Vorhabens besteht nach wie vor der politische Auftrag gemäss der angenommenen Motion *17.3630 Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021*, welche die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der EU zwecks der Vollassoziierung verlangt. Dieser Auftrag wurde unter Verweis auf die Umstände breiterer laufender Verhandlungen mit der EU und dem EU-internen Verhandlungsstand zu Erasmus bisher nicht umgesetzt. Dennoch besteht dieser politische Auftrag nach wie vor: Der vorgelegte Gesetzesentwurf darf nicht als weiteres Vehikel dienen, diese Verhandlungen unter vorgeschobenen Gründen zu verschieben oder zu verhindern. Darum ist es

prioritär, dass das Gesetz keine neuen Schwerpunkte vorsieht, welche den Zielsetzungen und Strukturen der EU Programme widersprechen und somit die Zusammenarbeit erschweren oder verunmöglichen.

Die Bildungskoalition NGO möchte ergänzend anmerken, dass sie im Falle, dass eine Vollassoziierung nicht erreicht werden kann, die Weiterführung eines möglichst starken Schweizer Programmes unterstützt und mit einem ausreichenden finanziellen und programmatischen Spielraum ausgestatteten Mobilitätsprogramm Schadensminderung betreiben will: Diese ist für den Erhalt und die Entwicklung der Schweizer Bildungslandschaft sowie für die Erreichung des Zieles 4 der Agenda 2030 von vitaler Bedeutung.

Titel: Inklusion des Begriffes der Jugend

Laut dem Erläuternden Bericht verlangen es sowohl eine Modernisierung der Begrifflichkeiten, wie auch die Struktur der Schweizer Bildungspolitik, dass die Begriffe «Berufsbildung» und «Jugend» aus dem Titel gestrichen werden. Diesem Schluss kann die Bildungskoalition nicht beipflichten.

Auch wenn wenigstens Art. 2 Abs. 2 die ausserschulische Jugendarbeit als Teil der Bildung anerkennt, ist die Verortung der Jugendarbeit im Bildungsbereich gerade in der Schweiz schwach und die non-formale und informale Bildung erfahren wenig Validierung aus dem formalen Bildungsbereich:

Während die Berufsbildung wie die allgemeinen Bildungsangebote in den Zuständigkeitsbereich des SBFI fällt, wird die ausserschulische Jugendarbeit um BSV angesiedelt und somit ein struktureller Sonderfall. Folglich öffnet die Streichung der Jugend aus dem Titel Möglichkeiten zur Vergabe von Fördermitteln anhand eines engen Bildungsbegriffes, welche die Unterstützung von non-formalen und informalen Bildungsmassnahmen verhindern oder verringern könnte und die ausserschulische Jugendarbeit dadurch fundamental gefährdet. Bereits heute fällt in der Schweizer Lösung die in der EU bestehende 10-Prozent-Quote für die Finanzierung im Jugendbereich weg, weswegen eine weitere Schmälerung der Unterstützungsmöglichkeiten für die ohnehin chronisch unterfinanzierte Jugendarbeit unbedingt vermieden werden muss. In diesem Sinne ersucht die Bildungskoalition NGO, die Folgen der Streichung des Jugendbegriffes aus dem Gesetzesentwurfes erneut gründlich zu prüfen und die kohärente explizite Erwähnung im gesamten Gesetz in Betracht zu ziehen.

Während die Berufsbildung in der Schweiz klar dem Bildungsbereich zuzurechnen ist, ist anzumerken, dass auch diese in der Schweizer Lösung bisher keineswegs ihrer Bedeutung gemäss prioritär behandelt wurde. Da gerade die Berufsbildung eine ausgewiesene Stärke der Schweiz

ist, bitte wir Sie darum, auch hier zu prüfen, ob die Streichung einer expliziten Erwähnung im Titel nicht einer Vernachlässigung dieser Priorität gleichkommt.

Art. 3 Bst. b: Breiter Kooperationsbegriff und Stärkung der Kooperationsaktivitäten

Die Bildungskoalition NGO begrüsst es ausdrücklich, dass die Kooperationsaktivitäten im Art. 3 Bst. b Einzug in das Gesetz erhielten. Nachdem solche jahrelang nur noch eingeschränkt möglich waren, zählt die Bildungskoalition NGO nun auf eine zügige Verbesserung der Situation. Hier ist insbesondere darauf zu achten, dass solche Kooperationsprojekte auch kleineren Entitäten offen stehen und auch deren Zielsetzungen unterstützt werden können.

Im vollen Bewusstsein dafür, dass diese Regelungen auf Verordnungsebene getroffen werden, möchten wir im Hinblick auf deren Ausarbeitung darauf hinweisen, dass es im Falle einer Weiterführung einer Schweizer Lösung für alle betroffenen Bereiche von grosser Wichtigkeit ist, dass Kooperationsprojekte nicht nur im Rahmen der Finanzierung von Reise- , Unterkunfts- und Verpflegungskosten unterstützt werden. Darüber hinaus sollte, wie in den Schlüsselaktionen 3 von Erasmus+, auch beispielsweise die Erarbeitung relevanter Inhalte sowie deren Verbreitung förderfähig sein müssen, also auch Kosten für Arbeitsleistung und Sachaufwand verrechnet werden können. Nur so ist es möglich, eine nachhaltige Zusammenarbeit zu gewährleisten, welche über die physische Präsenz vor Ort hinausgeht. Des Weiteren ist es wichtig, dass multilaterale Projekte nicht weiterhin dazu gezwungen wären, sämtliche Treffen in der Schweiz abzuhalten, um förderfähig zu sein, was einen gleichberechtigen Austausch erschwert.

Art. 4 Bst. d und e: Keine Schwerpunktsetzung zur Eliteförderung

Der Erläuternde Bericht argumentiert einerseits, dass gegenwärtig begrenzt auf drei europäische Institutionen Stipendien vergeben werden und dies für weitere herausragende Institutionen ermöglicht werden müsste; und erwähnt andererseits mehrfach die Notwendigkeit einer verstärkten Exzellenzförderung. Diese Schwerpunktsetzung auf die Elitenförderung wird mit Art. 4 Bst. d und e nun auf Gesetzesniveau gehoben, was für die Bildungskoalition NGO nicht nachvollziehbar ist. **Wir schlagen daher die Streichung der beiden Buchstaben vor. Dies lässt sich sowohl inhaltlich als auch strukturell begründen.**

Mobilität und internationale Zusammenarbeit sind relevant für die Gesamtgesellschaft und deren Kohäsion. Eine solche Wirkung ist einzig möglich, wenn der Schwerpunkt der Förderung eine für alle zugängliche Mobilität ist und diese sich nicht auf die weitere Unterstützung von ohnehin schon privilegierten Institutionen und Individuen konzentriert. Die europäischen Förderprogramme haben deshalb für die neue Programmperiode ab 2021 grosse Anstrengungen unternommen, Mobilität

inklusiver zu machen, um diese gewinnbringende Erfahrung auch jenen zu ermöglichen, welche grössere Mobilitätshindernisse antreffen. Dass die Schweiz einen diametral entgegengesetzten Weg gehen möchte, gefährdet nicht nur die Chancengleichheit in der Bildung und Jugendförderung, sondern erschwert auch erneut eine mögliche Wiedereingliederung in europäische Fördermechanismen, von deren Funktionsweise man sich durch priorisierte Exzellenzförderung mittelfristig immer weiter distanzieren würde. Diese Mechanismen sprechen den Zielen der Bildungskoalition NGO wider, welche eine Bildungspolitik der Inklusion und der Gleichberechtigung anstrebt, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zur Erreichung der Agenda 2030.

Strukturell erscheint es uns problemlos möglich, im Rahmen von Art. 4 Abs. 1 Bst. c auch Massnahmen wie die Entsendung von StipendiatInnen an einzelne Institutionen zu inkludieren. Es ist für die Bildungskoalition NGO nicht schlüssig, weshalb für einen solch marginalen Programmbestandteil eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, falls es sich hierbei nicht wie vermutet um den Versuch eines massiven Ausbaus der Eliteförderung handelt.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,

Die Bildungskoalition NGO

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – HEKS | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | BirdLife Schweiz | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Helvetas Swiss Intercooperation | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Schweizer Verband Studentischer Organisationen für Nachhaltigkeit VSN | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz

Bildungskoalition NGO | Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8

www.bildungskoalition.ch | info@bildungskoalition.ch | 031 306 20 22

HES SUP UAS FHSCHWEIZ
Dachverband Absolventinnen und Absolventen Fachhochschulen

FH SCHWEIZ
Konradstrasse 6
Direkt beim HB/Sihlquai
8005 Zürich
Tel. +41 43 244 74 55
mailbox@fhschweiz.ch

www.fhschweiz.ch
www.fhnews.ch
www.fhjobs.ch
www.fhmaster.ch
www.fhlohn.ch
www.fhprofil.ch
www.titelumwandlung.ch
www.steigeinsteigauf.ch
www.stiftungfhschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Zürich, 22. Mai 2019

Stellungnahme von FH SCHWEIZ zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Hügli, Sehr geehrter Herr Lagger

Wir nehmen gerne Stellung im Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung.

FH SCHWEIZ ist die Dachorganisation der regionalen Organisationen der Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen. FH SCHWEIZ zählt über 48 000 Mitglieder und vertritt die Interessen sämtlicher Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulfachbereiche Technik und Informationstechnologie, Architektur, Bau- und Planungswesen, Chemie und Life Sciences, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft und Dienstleistungen, Angewandte Psychologie, Angewandte Linguistik, Gesundheit, Soziale Arbeit, Sport sowie Künste und Design.

Als Dachverband aller Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen begrüssen wir grundsätzlich alle Massnahmen, welche dazu beitragen, dass beispielsweise Schweizer Fachhochschulstudierende während ihrer Ausbildung von einem Auslandaufenthalt profitieren dürfen.

Wir erachten es als positiv, dass mit der Totalrevision und damit dem neuen Gesetz eine grössere Planungssicherheit entsteht. Die Abhängigkeit von der Beteiligung an den EU-Bildungsprogrammen verschwindet. Zudem wird der bereits heute praktizierte Ansatz von eigenen Schweizer Förderprogrammen als Alternative gleichwertig verankert. Im Zusammenhang mit den internationalen Unsicherheiten (Bsp. Brexit) ist eine gleichwertige gesetzliche Verankerung der Schweizer Lösung sinnvoll.

Es ist wichtig, dass die Förderprogramme gut zugänglich und verständlich sind. Zudem muss die im Gesetz erwähnte Movetia, die Schweizerische Stiftung für die Förderung von Austausch und Mobilität, effizient arbeiten. Insbesondere die Qualität der Schweizer Alternative muss mindestens gleich hoch sein wie jene von Erasmus+ und das Bestreben, sich an Erasmus+ zu beteiligen, ist beizubehalten.

Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Christian Wasserfallen
Präsident FH SCHWEIZ

Claudia Heinrich
Leiterin Public Affairs FH SCHWEIZ

FH SCHWEIZ
Dachverband Absolventinnen und Absolventen Fachhochschulen

FH SUISSE
Association faîtière des diplômés des Hautes Écoles Spécialisées

FH SVIZZERA
Associazione dei diplomati delle Scuole Universitarie Professionali

FH SWITZERLAND
Association of Graduates of Universities of Applied Sciences

INTERMUNDO

Effingerstrasse 19
3008 Bern | Schweiz
T +41 31 533 46 00

info@intermundo.ch | www.intermundo.ch

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI

Eingereicht per E-Mail an:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, den 24. Mai 2019

Stellungnahme von Intermundo – Dachverband zur Förderung von Jugendaustausch zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Herren Lagger und Hügli

Gerne nehmen wir am Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung teil und überreichen hiermit unsere Stellungnahme.

Intermundo ist der Schweizerische Dachverband zur Förderung von Jugendaustausch. Als Dachverband vertreten wir die wichtigsten Austauschorganisationen im nichtkommerziellen Bereich und fördern durch Vernetzung, Qualitätssicherung und Innovationen den Jugendaustausch in der Schweiz. Dabei sieht Intermundo den Jugendaustausch nicht nur als wichtigen Teil der persönlichen Entwicklung an, sondern als Teil der Bildung. Wir betrachten Mobilität in der Bildung nicht nur als gewinnbringend für die Berufschancen der teilnehmenden Menschen sondern insbesondere auch für die Stärkung der persönlichen und interkulturellen Kompetenzen, welche – im Sinne der politischen Bildung – für aktive, verantwortungsvolle StaatsbürgerInnen von grösster Bedeutung sind und einen völkerverbindenden, friedensstiftenden Charakter aufweisen.

INTERMUNDO QUALITÄTSSTANDARDS Q SQS zertifiziert

Jugendaustausch wird darüber hinaus immer in seiner reziproken Form beurteilt und gefördert, dass sowohl Jugendliche aus der Schweiz ins Ausland als auch aus dem Ausland in die Schweiz austauschen können.

Vom Jugendaustausch profitieren nicht nur die an einem Programm direkt teilnehmenden, sondern auch Schulklassen, die einen ausländischen Austauschschüler in der Klasse haben oder das Quartier, die Peergroup, die von den Erfahrungen und Begegnungen mit der Mobilität Jugendlicher indirekt der Diskussion um Weltbilder, Werteverständnis usw. begegnet.

Darüber hinaus ist es für die Schweiz höchst relevant, sich mit ihren spezifischen Lösungen der politischen Partizipation, direkten Demokratie und der Stärke ihrer Vereins- und Verbandslandschaft international zu positionieren. Aufgrund dieser Überzeugung vertreten wir den Standpunkt, dass die Schweiz die notwendigen Investitionen, wieder vollwertige Partnerin in den Erasmus-Programmen zu werden, dringend vornehmen muss und keine risikoreichen, schmaleren Sonderlösungen verfolgen darf. Der gegenwärtig begangene Sonderweg riskiert nicht nur die Aufgabe langjähriger Partnerschaften, sondern benachteiligt auch den Austausch ausserhalb des Hochschulbereiches sowie in besonderem Masse Kooperationsprojekte gegenüber individuellem Austausch.

Intermundo und seine Mitgliedorganisationen begrüssen die Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Durch die Klärung der Begrifflichkeiten, wirkt das Bundesgesetz verständlicher. Die Überarbeitung der Gesetzesgrundlage behebt Redundanzen und stärkt die Förderpolitik des Bundes indem die bestehenden Förderinstrumente flexibler und kohärenter ausgestaltet werden. Damit zeigt der Bundesrat sein Interesse für die Fortsetzung und Förderung der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Bildungsprogrammen und unterstützt bestehende gut bewährte Programme im Bereich der Mobilität in allen Bildungsbereichen.

Unsere Mitgliedorganisationen tragen mit zahlreichen und verschiedenen Formen von interkulturellen Austauschprojekten zur qualitativen Bildung und Kompetenzentwicklung bei und fördert auf diese Weise die Anschlussfähigkeit der Jugendlichen an den EU-Bildungsraum und damit auch ihre Wettbewerbsfähigkeit (vgl. Zweck der internationalen Zusammenarbeit).

Obwohl der erläuternde Bericht erwähnt, dass dem Entscheid über die Förderpolitik nicht vorgegriffen werden soll versucht der Gesetzesentwurf mit der dauerhaften Möglichkeit eines autonomen Schwizer Weges, dies zu tun. Intermund plädiert deutlich dafür, dass eine vollwertige Zusammenarbeit im Rahmen von Erasmus unbedingt anzustreben ist. Im Sinne dieses Vorhabens besteht nach wie vor der politische Auftrag gemäss der

angenommenen Motion *17.3630 Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021*, welche die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der EU zwecks der Vollassoziierung verlangt.

Dass die Handlungsoptionen des Bundes nicht starr an die Beteiligung an externen Akteuren gebunden sein sollen, ist nachvollziehbar. Intermundo betont jedoch, dass diese rechtliche Änderung nicht zukünftige Assoziierungen an EU-Bildungsprogrammen gefährden soll (wie etwa den Europäische Solidaritätskorps, die neue Initiative der Europäischen Union, die den in der Schweiz bewährten europäische Freiwilligendienst EVS abgelöst hat).

Wir sprechen uns daher dagegen aus, dass das Gesetz neuen Schwerpunkte vorsieht, welche den Zielsetzungen und Strukturen der EU Programme widersprechen und somit die Zusammenarbeit erschweren oder verunmöglichen.

Zusätzlich schlägt Intermundo vor, dass die mögliche Teilassoziierung, wie sie im erläuternden Bericht beschrieben wird, in der angepassten Rechtsgrundlage explizit im Art.4, bst. b ausformuliert wird.

Sollte die anzustrebende Vollassozierung nicht erreicht werden können, ist es auch für Intermundo von grösster Wichtigkeit, dass die Weiterführung eines möglichst starken Schweizer Programmes unterstützt und mit einem ausreichenden finanziellen und programmatischen Spielraum ausgestatteten Mobilitätsprogramm Schadensminderung betrieben wird.

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck der internationalen Zusammenarbeit
Die internationale Zusammenarbeit in der Bildung soll dazu beitragen, dass:
b. die Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich in ihren Aktivitäten weiterentwickelt und stärker vernetzt werden;

> ***Mit Institutionen und Organisationen sollen auch NPO bzw. NGO eingeschlossen sein. Die Jahrzehnte an Erfahrungen und Engagement vieler Schweizer NPO in ihrer Austauschtätigkeit mit dem EU-Raum bilden für die Schweiz wichtige Ressourcen und sind förderungswürdig für nachhaltige Entwicklung im Bildungsbereich.***

Art. 2 Begriff und Geltungsbereich
2 Dieses Gesetz gilt für die obligatorische Schule, die berufliche Grundbildung, die allgemeinbildenden Schulen auf der Sekundarstufe II, die höhere Berufsbildung, die Hochschulen, die Weiterbildung und die ausserschulische Jugendarbeit.

Mit ausserschulischer Jugendarbeit sollen alle Formen ausserschulische Aktivitäten auch den Bereich frühe Kindheit und Jugend +24 umfassen. Die Förderung der Jugend gilt seit langem als Prävention und unterstützt die Integrationsfähigkeit einer für die Zukunft prägenden Generation (vgl. Kommunikation vom 13.2.2019 von SBFI).

Art. 3 Förderbereiche
Der Bund kann, unter Vorbehalt der von den zuständigen Organen des Bundes gefällten Entscheide zu Budget und Finanzplan, die internationale Zusammenarbeit in folgenden Bereichen fördern:
b. internationale Kooperationsaktivitäten von Institutionen und Organisationen im Bildungsbereich mit dem Ziel, die Bildungsangebote zu entwickeln, die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zu unterstützen, einen qualifizierten und wettbewerbsfähigen Nachwuchs zu fördern sowie die Anerkennung und die Attraktivität des Schweizer Bildungssystems über die Landesgrenzen hinaus zu steigern.

Uns ist die Sicherstellung wichtig, dass die Begriffe "Institutionen" oder "Organisationen im Bereich der Ausbildung" nicht zu eng gefasst sind. Organisationen, die im ausserschulischen Bereich jahrelange Bildungserfahrung (formal, non-formal/ausserschulisch) mit Kindern und Jugendlichen haben, sollen mitberücksichtigt werden (vgl. hierzu auch Rückmeldung zu 1. Abs., Art. 1b).

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Guido Frey
Intermundo

ODEC
Schweizerischer Verband der dipl. HF
Association suisse des dipl. ES
Associazione svizzera dei dipl. SSS

Per Mail:

jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Winterthur, 23. Mai 2019

Stellungnahme zur Vernehmlassung **"Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung"** (BIZMB)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Stellungnahme und nehmen gerne zum Entwurf „Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung" (BIZMB) Stellung.

Der ODEC, Schweizerischer Verband der dipl. HF, ist der Dachverband aller Diplomierten HF mit 19 Verbänden und vereint über 11'000 Mitglieder. Der Verband ODEC ist der grösste Repräsentant der Absolventinnen und Absolventen Höherer Fachschulen, welcher alle Bereiche und Fachrichtungen vertritt.

Wir begrüssen es, dass das Gesetz fast die gesamte Bildungslandschaft der Schweiz miteinbezieht.

Art. 2 Begriffe und Geltungsbereich

Abs. 2. Hier besteht eine Vermischung von Typen der Institute und der Bildung.

Im vorangegangenen Absatz 1 wird definiert, dass es sich um Institutionen oder Organisationen handelt.

Der Abs. 2 könnte wie folgt geändert werden: Dieses Gesetz gilt für Anbieter von obligatorischer Schulbildung, beruflicher Grundbildung, Allgemeinbildung auf Sekundarstufe II, höherer Berufsbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung und ausserschulischer Jugendarbeit.

So werden alle auf die Stufe des Typs der Bildung gestellt.

ODEC
Steiggasse 2 | Postfach 2307 | 8401 Winterthur
Tel.: 052 214 22 40 | Fax: 052 214 22 42
info@odec.ch | www.odec.ch

Art. 4 Beitragsarten

Abs. 2. Es ist aus unserer Sicht fehl am Platz, die finanzielle Unterstützung einer einzelnen Institution namentlich in einem Gesetz zu verankern. Alle Institutionen und Organisationen sollen in diesem Gesetz gleich behandelt werden. Kein Blankoschein für eine einzelne Institution. Dieser Absatz soll gestrichen werden.

Art. 5 Beitragsvoraussetzung

Abs. 2. Den Textentwurf im Gesetz unterstützen wir. Jedoch beschränkt man sich im erläuternden Bericht bei Bildung in der Schweiz auf das Hochschulsystem. In der heutigen Zeit sollte dies „Tertiärsystem" heissen.

Abs. 3, Lit. b. Wie soll belegt werden, dass nicht durch andere Quellen finanziert werden kann? So wie es jetzt formuliert ist, besteht die Möglichkeit das Wort „kann" immer als Ausschlusskriterium zu verwenden.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir im Voraus bestens. Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

ODEC Schweizerischer Verband der dipl. HF

Mirko Ganarin
Zentralpräsident

Urs Gassmann
Geschäftsführer

ODEC
Steiggasse 2 | Postfach 2307 | 8401 Winterthur
Tel.: 052 214 22 40 | Fax: 052 214 22 42
info@odec.ch | www.odec.ch

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili
Federaziun Svizra da las Uniuns da Giuventetgna

Gerberngasse 39
Postfach 292
CH-3000 Bern 13

T +41 31 326 29 29
F +41 31 326 29 30

info@sajv.ch
www.sajv.ch

Av. de Beaulieu 9
CH-1004 Lausanne

T +41 21 624 25 17

info@csaj.ch
www.csaj.ch

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

Eingereicht per email:
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019 / LME

Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Herren Lagger und Hügli

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) bedankt sich für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung zu nehmen.

Einleitung

Die SAJV als Dachorganisation von rund 55 Jugendorganisationen und als Sprachrohr der Jugend setzt sich gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen für Chancengerechtigkeit, Teilnahme und Unabhängigkeit von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen ein. Ein prioritäres Anliegen ist der SAJV die gesellschaftliche Teilhaben von Kindern und Jugendlichen und damit die Stärkung der Zivilgesellschaft. Wir engagieren uns für die Stärkung der Freiwilligenarbeit und für die Schaffung adäquater Partizipationsmöglichkeiten für verschiedene Alters- und Bedarfsgruppen junger Menschen.

Im Rahmen dieser Schwerpunktsetzung setzt sich die SAJV seit mehreren Jahren stark für die Wiederassoziierung der Schweiz an das Erasmus-Programm ein, um der Schweizer Jugend gleichberechtigten Zugang zur Mobilität zur ermöglichen. Wir betrachten Mobilität nicht nur als gewinnbringend für die Berufschancen der teilnehmenden Individuen, sondern insbesondere auch für die Stärkung der persönlichen und interkulturellen Kompetenzen, welche für aktive, verantwortungsvolle Staatsbürgerinnen von grösster Bedeutung sind. Es profitieren keineswegs nur die teilnehmenden Individuen, sondern auch die Schweiz als Ganze – diese gewinnt an Attraktivität in den wirtschaftlich bedeutsamen Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Darüber hinaus ist es für die Schweiz höchst relevant, sich mit ihren spezifischen Lösungen der politischen Partizipation, direkten Demokratie und der Stärke ihrer Vereins- und Verbandslandschaft international positionieren. Aufgrund dieser

Überzeugung vertreten wir den Standpunkt, dass die Schweiz die notwendigen Investitionen, wieder vollwertige Partnerin in den Erasmus-Programmen zu werden, dringend vornehmen muss und keine risikoreichen, schmaleren Sonderlösungen verfolgen darf. Der gegenwärtig begangene Sonderweg riskiert nicht nur die Aufgabe langjähriger Partnerschaften, sondern benachteiligt auch den Austausch ausserhalb des Hochschulbereiches sowie in besonderem Masse Kooperationsprojekte gegenüber individuellem Austausch. Diese Position vertrat die SAJV seit 2014 nicht nur in ihren Aktivitäten zugunsten einer schnellstmöglichen Vollassoziierung im Rahmen einer Petition, sondern auch bei zahlreichen Kommissionsanhörungen zum Thema.

Allgemeine Würdigung

Die SAJV begrüsst es grundsätzlich, dass zwecks der Weiterführung internationaler Mobilität gesetzliche Lücken geschlossen werden. Die sogenannte *Schweizer Lösung* ist gegenwertig Realität und darf nicht durch fehlende Grundlagen gefährdet werden, was in der Abschaffung von Fördermöglichkeiten in der Mobilität im Bildungs- und Jugendbereich gipfeln könnte.

Der Erläuternde Bericht erwähnt explizit, dass durch den Gesetzesentwurf nicht den Entscheiden über die Förderpolitik der kommenden Jahren vorgegriffen werden soll, was aber leider der Natur des Gesetzes inhärent ist: Die dauerhafte Möglichkeit eines autonomen Schweizer Weges wird neu geschaffen. Während hierfür möglicherweise akut Sachzwänge bestehen, möchten die SAJV erneut darauf hinweisen, dass aufgrund obiger inhaltlicher Argumentation eine vollwertige Zusammenarbeit im Rahmen von Erasmus unbedingt anzustreben ist. Im Sinne dieses Vorhabens besteht nach wie vor der politische Auftrag gemäss der angenommenen Motion *17.3630 Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021*, welche die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der EU zwecks der Vollassoziierung verlangt. Dieser Auftrag wurde unter Verweis auf die Umstände breiterer laufender Verhandlungen mit der EU und dem EU-internen Verhandlungsstand zu Erasmus bisher nicht umgesetzt. Nichtsdestotrotz darf der vorgelegte Gesetzesentwurf nicht als weiteres Vehikel dienen, diese Verhandlungen unter vorgeschobenen Gründen zu verschieben oder zu verhindern. Darum ist es prioritär, dass das Gesetz keine neuen Schwerpunkte vorsieht, welche den Zielsetzungen und Strukturen der EU Programme widersprechen und somit die Zusammenarbeit erschweren oder verunmöglichen.

Ergänzend möchten wir anmerken, dass wir im unglücklichen Falle, dass eine Vollassoziierung nicht erreicht werden kann, die Weiterführung einer möglichst starken *Schweizer Lösung* unterstützen, um mit einem mit ausreichendem finanziellem und programmatischem Spielraum ausgestatteten Mobilitätsprogramm Schadensminderung betreiben zu können: Diese ist für den Erhalt der Schweizer Bildungslandschaft und Jugendarbeit von vitaler Bedeutung.

Titel: Inklusion des Begriffes der Jugend

Laut dem Erläuternden Bericht verlangt es sowohl eine Modernisierung der Begrifflichkeiten sowie auch die Struktur der Schweizer Bildungspolitik, dass sowohl Berufsbildung als auch Jugend aus dem Titel gestrichen werden. Diesem Schluss kann die SAJV mindestens im Jugendbereich nicht beipflichten. Auch wenn wenigstens Art. 2 Abs. 2 des Gesetzesentwurfs die ausserschulische Jugendarbeit als Teil der Bildung anerkennt, ist die Verortung der Jugendarbeit im Bildungsbereich gerade in der Schweiz schwach und die non-formale und informale Bildung erfahren wenig Validierung aus dem formalen Bildungsbereich:

Während die Berufsbildung ebenso wie die allgemeinen Bildungsangebote in den Zuständigkeitsbereich des SBFI fällt, wird die ausserschulische Jugendarbeit im BSV angesiedelt und somit ein struktureller Sonderfall. Folglich öffnet die Streichung der Jugend aus dem Titel Möglichkeiten zur Vergabe von Fördermitteln anhand eines engen Bildungsbegriffes, welche die Unterstützung von non-formalen und informalen Bildungsmassnahmen verhindern oder verringern könnte und die ausserschulische Jugendarbeit dadurch fundamental gefährdet. Bereits heute fällt in der Schweizer Lösung die in der EU bestehende 10%-Quote für die Finanzierung im Jugendbereich weg, weswegen eine weitere Schmälerung der Unterstützungsmöglichkeiten für die ohnehin chronisch unterfinanzierte Jugendarbeit unbedingt vermieden werden muss.

In diesem Sinne schlagen wir folgende Änderung des vorgeschlagenen Gesetzestitels vor:

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität ~~in~~ im Bereich der Bildung und der Jugend.

Diese Argumentation gilt nicht nur für den Titel, sondern auch für weitere Ergänzungsvorschläge mit der gleichen Begründung zwecks Kohärenz im ganzen Gesetz. Zur Übersichtlichkeit dieser Stellungnahme erfolgen diese im Detail im Anhang.

Während die Berufsbildung in der Schweiz klar dem Bildungsbereich zuzurechnen ist, ist anzumerken, dass auch diese in der Schweizer Lösung bisher keineswegs ihrer Bedeutung gemäss prioritär behandelt wurde. Da gerade die Berufsbildung eine ausgewiesene Stärke der Schweiz ist, bitte wir Sie darum, auch hier zu prüfen, ob die Streichung einer expliziten Erwähnung im Titel nicht einer Vernachlässigung dieser Priorität gleichkommt.

Art. 3 Bst. b: Breiter Kooperationsbegriff und Stärkung der Kooperationsaktivitäten

Die SAJV begrüsst es ausdrücklich, dass die Kooperationsaktivitäten im Art. 3 Bst. b Einzug in das Gesetz erhielten. Nachdem solche jahrelang nur noch eingeschränkt möglich waren, zählt die SAJV auf eine zügige Verbesserung der Situation. Hier ist die bereits oben vorgeschlagene Erwähnung des Jugendbereiches besonders wichtig, um abzusichern, dass solche Kooperationsprojekte auch kleineren Entitäten offen stehen und auch deren Zielsetzungen unterstützt werden können.

Im vollen Bewusstsein, dass solche Regelungen auf Verordnungsebene getroffen werden, möchten wir im Hinblick auf die Ausarbeitung ebendieser darauf hinweisen, dass es im Falle einer Weiterführung einer *Schweizer Lösung* für alle betroffenen Bereiche von grosser Wichtigkeit ist, dass Kooperationsprojekte nicht nur im Rahmen der Finanzierung von Reise- , Unterkunfts- und Verpflegungskosten unterstützt würden. Darüber hinaus sollte, wie in den Schlüsselaktionen 3 von Erasmus+, auch beispielsweise die Erarbeitung relevanter Inhalte sowie deren Verbreitung förderfähig sein müssen, also auch Kosten für Arbeitsleistung und Sachaufwand verrechnet werden können. Nur so ist es möglich, eine nachhaltige Zusammenarbeit zu gewährleisten, welche über die physische Präsenz vor Ort hinausgeht. Des Weiteren ist es zentral, dass multilaterale Projekte nicht weiterhin dazu gezwungen wären, sämtliche Treffen in der Schweiz abzuhalten, um förderfähig zu sein, was einen gleichberechtigen Austausch erschwert.

Art. 4 Bst. d und e: Keine Schwerpunktsetzung zur Eliteförderung

Der Erläuternde Bericht argumentiert einerseits, dass gegenwärtig begrenzt für drei europäische Institutionen Stipendien vergeben werden und dies für weitere herausragende Institutionen ermöglicht werden müsste; und erwähnt andererseits mehrfach die Notwendigkeit einer verstärkten Exzellenzförderung. Diese

Schwerpunktsetzung auf die Elitenförderung wird mit Art. 4 Bst. d und e nun auf Gesetzesniveau gehoben, was für die SAJV nicht nachvollziehbar ist. **Wir schlagen daher die Streichung der beiden Buchstaben vor. Dies lässt sich sowohl inhaltlich als auch strukturell begründen.**

Mobilität und internationale Zusammenarbeit sind relevant für die Gesamtgesellschaft und deren Kohäsion. Eine solche Wirkung ist einzig möglich, wenn der Schwerpunkt der Förderung eine für alle zugängliche Mobilität ist und diese sich nicht auf die weitere Unterstützung von ohnehin schon privilegierten Institutionen und Individuen konzentriert. Die europäischen Förderprogramme haben deshalb für die neue Programmperiode ab 2021 grosse Anstrengungen unternommen, Mobilität inklusiver zu machen, um diese gewinnbringende Erfahrung auch jenen zu ermöglichen, welche grössere Mobilitätshindernisse antreffen. Dass die Schweiz einen diametral entgegengesetzten Weg gehen möchte, gefährdet nicht nur die Chancengleichheit in der Bildung und Jugendförderung, sondern erschwert auch erneut eine mögliche Wiedereingliederung in europäische Fördermechanismen, von deren Funktionsweise man sich durch priorisierte Exzellenzförderung mittelfristig immer weiter distanzieren würde.

Strukturell erscheint es uns problemlos möglich, im Rahmen von Art. 4 Abs. 1 Bst. c auch Massnahmen wie die Entsendung von Stipendiat*innen an einzelne Institutionen zu inkludieren. Es ist für die SAJV nicht schlüssig, weshalb für einen solch marginalen Programmbestandteil eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, falls es sich hierbei nicht wie vermutet um den Versuch eines massiven Ausbaus der Exzellenzförderung handelt.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,

Andreas Tschöpe

Geschäftsleiter SAJV

Lea Meister

Bereichsleiterin Politik SAJV

Anhang: Weitere Änderungsvorschläge zur Sichtbarmachung des Jugendbereichs im Gesetzesentwurf

Art. 1 Zweck der internationalen Zusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit ~~in~~ im Bereich der Bildung und der Jugend soll dazu beitragen, dass:

(…)

b. die Institutionen und Organisationen im Bildungs- und Jugendbereich in ihren Aktivitäten weiterentwickelt und stärker vernetzt werden.

(…)

Art. 2 Begriff und Geltungsbereich

1 Die internationale Zusammenarbeit ~~in~~ im Bereich der Bildung und der Jugend im Sinne dieses Gesetzes umfasst die internationale Lernmobilität und die internationalen Kooperationen zwischen Institutionen und Organisationen im Bildungs- und Jugendbereich.

(…)

Art. 3 Förderbereiche

(…)

b. internationale Kooperationsaktivitäten von Institutionen und Organisationen im Bildungs- und Jugendbereich mit dem Ziel, ~~die Bildungsangebote~~ Angebote zu entwickeln, die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch zu unterstützen, einen qualifizierten und wettbewerbsfähigen Nachwuchs zu fördern sowie die Anerkennung und die Attraktivität der Schweiz ~~des Schweizer Bildungssystems~~ über die Landesgrenzen hinaus zu steigern;

(…)

Art. 4 Beitragsarten

1 Der Bund kann folgende Beiträge ausrichten:

(…)

c. Beiträge für Projekte und Aktivitäten der internationalen Zusammenarbeit, die die Programme gemäss Buchstaben a und b ergänzen und für den Bund von bildungs- oder jugendpolitischer Bedeutung sind.

(…)

f . Beiträge zur Finanzierung von Begleitmassnahmen, sofern der Bund diese nicht selber wahrnimmt, beispielsweise für Kontaktstellen, Netzwerke oder spezifische Initiativen, die:

1. Aktivitäten unterstützen, die mit diesem Gesetz gefördert werden, oder

2. eine Vertretung der Anliegen der Schweiz im Bildungs- oder Jugendbereich auf internationaler Ebene ermöglichen.

(…)

Art. 5 Beitragsvoraussetzungen

1 Die Beiträge gemäss Artikel 4 Absatz 1 Buchstaben b, c und e können einer Institution oder Organisation im Bildungs- oder Jugendbereich auf deren Antrag gewährt werden, wenn die Aktivität, für die sie vorgesehen sind, folgende Voraussetzungen erfüllt:

(…)

b. Sie wird von einer Institution oder Organisation im Bildungs- oder Jugendbereich getragen, die Gewähr bietet, dass die Beiträge effizient eingesetzt werden und der administrative Aufwand gering gehalten wird.

(…)

3 Die Beiträge nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe f können Institutionen oder Organisationen im Bildungs- oder Jugendbereich auf deren Antrag gewährt werden, wenn die Begleitmassnahme, für die sie vorgesehen sind, die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstaben a und b sowie die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
a. Sie entspricht einem ausgewiesenen Bedürfnis ~~des Bildungsraums~~ der Schweiz.
(…)
4 Der Bund kann Beiträge für Einzelpersonen im Sinne von Artikel 3 Buchstabe a an Institutionen und Organisationen im Bildungs- oder Jugendbereich ausrichten, die sie nach vom Bundesrat vorgegebenen Kriterien an die Empfängerinnen und Empfänger weiterleiten.
(…)

Art. 6
(…)
2 Um als nationale Agentur bezeichnet werden zu können, muss die Institution oder Organisation die folgenden Voraussetzungen erfüllen:
a. Zu ihren Zwecken gehören die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der nationalen und internationalen Mobilität im Bereich der Bildung und Jugend.
(…)

les écoles supérieures
le scuole specializzate superiori
die höheren fachschulen

Belpstrasse 41
3007 Bern

T 031 550 09 09

info@k-hf.ch
www.konferenz-hf.ch

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

Per Mail an: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Bern, 20. Mai 2019

Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung - Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung nehmen zu können.

Die Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen stimmt der vorgelegten Totalrevision des Bundesgesetzes vollumfänglich zu.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Konferenz der Höheren Fachschulen

Peter Berger
Präsident

Claudia Zürcher
Vize-Präsidentin

S V E B
F S E A
Schweizerischer Verband für Weiterbildung
Fédération suisse pour la formation continue
Federazione svizzera per la formazione continua
Swiss Federation for Adult Learning

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)
Vermerk: Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Per Mail: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Zürich, 24. Mai 2019

Stellungnahme des SVEB zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit, uns im Rahmen der Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung zu äussern.

Der SVEB ist der gesamtschweizerische Dachverband der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung. Wir engagieren uns für ein starkes, innovatives, professionelles und für alle zugängliches Weiterbildungssystem, das sich an den Bedürfnissen der Erwachsenen sowie von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik orientiert.

Über die Beteiligung am Schweizer Programm zu Erasmus+, die Leistungsvereinbarung mit dem SBFI sowie über SBFI-unterstütze Projekte in Südost-Osteuropa ist der SVEB stark in der internationalen Bildungszusammenarbeit engagiert. Seit über 60 Jahren sind wir zudem in internationalen Weiterbildungsnetzwerken aktiv und pflegen den Austausch mit Partnerorganisationen im Ausland.

1. Gesamteindruck

Wir begrüssen die revidierte Gesetzesgrundlage, welche die bestehenden unabhängigen Förderinstrumente in der internationalen Bildungszusammenarbeit gesetzlich verankert.

Wir begrüssen speziell, dass:

- die Weiterbildung explizit als Bildungsbereich genannt wird (Art. 2);
- die Grundlage zur Unterstützung von Bundesprogrammen, Projekten und Aktivitäten geschaffen wird, die nicht auf der Assoziierung an ein internationales Programm beruhen (Art. 4b und c);
- die Zusammenarbeit mit einer nationalen Agentur gesetzlich ausdifferenziert wird (Art. 6).

2. Änderungsantrag zu Artikel 1

Der in Art. 1 definierte Zweck der internationalen Bildungszusammenarbeit ist ausschliesslich «nach innen» gerichtet. Die internationale Bildungszusammenarbeit soll im Inland einen Nutzen bringen. Diese Zielsetzung ist legitim, greift aber zu kurz. Die Praxis der internationalen Bildungszusammenarbeit der Schweiz weist in vielen Programmen und Projekten einen klaren «Aussenbezug» auf. Mit Schweizer Wissen und Erfahrungen wird die Entwicklung von Bildungssystemen im Ausland unterstützt. Damit wird eine äusserst wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in den Partnerländern geleistet.

Wir beantragen Art. 1 wie folgt zu ergänzen:

«Art. 1, Zweck der internationalen Zusammenarbeit Die internationale Zusammenarbeit in der Bildung soll dazu beitragen, dass: […] d. sich durch die Vermittlung von Schweizer Wissen und Erfahrungen Bildungssysteme im Ausland weiterentickeln.»

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen steht Ihnen Bernhard Grämiger gerne zur Verfügung: bernhard.graemiger@alice.ch, 044 319 71 61.

Freundliche Grüsse

Matthias Aebischer
Präsident SVEB

Bernhard Grämiger
Direktor SVEB

Konferenz der Dozierenden an Universitäten (VSH-AEU), Pädagogischen Hochschulen (SGL) und Fachhochschulen (fh-ch)

Conférences des Enseignant-e-s des universités (VSH-AEU), des Hautes Ecoles Pédagogiques (SSFE), et des Hautes Ecoles Spécialisées (fh-ch)

Herrn
Bundesrat
Guy Parmelin
Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3001 Bern

per Mail an jerome.huegli@sbfi.admin.ch

Bern, 24. Mai 2019

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Hügli

swissfaculty, die gemeinsame Dachorganisation der Dozierenden aller drei Hochschultypen, bedankt sich beim Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, dass sie zur Vernehmlassung zum *Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung* eingeladen wurde. swissfaculty begrüsst diese Totalrevision und möchte sich nur zu Art. 3a *Förderbereiche* äussern.

Art. 3a: Zusätzlich zu den in der Aufzählung genannten Personen schlagen wir vor zu ergänzen: «Dozierende an Schweizer Hochschulen und das Hochschulpersonal» oder eine andere diesem Ziel entsprechende Formulierung zu wählen.

Wie im Erläuternden Bericht zu Artikel 3a ausgeführt, geht es «um internationale Mobilitätsaktivitäten zu Bildungszwecken [...] von Lehrkräften und Berufsbildnern sowie des Personals von Bildungsinstitutionen in allen Bildungsbereichen.» Im Entwurf werden jedoch ausschliesslich Lehrkräfte der obligatorischen und der nachobligatorischen Schulen genannt. Ganz besonders im Hochschulbereich sind angesichts der Innovationsdynamik in der Lehre einerseits und der zunehmenden Internationalisierung und Studierendenmobilität andererseits internationale Mobilitätsaktivitäten zu Bildungszwecken auch unabhängig von den Möglichkeiten einzelner Institutionen höchst förderungswürdig.

Mit bestem Dank für die Möglichkeit, zum *Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung* Stellung nehmen zu können, und freundlichen Grüssen

Für den fh-ch, Verband der Fachhochschuldozierenden Schweiz
Hervé Bourrier, Präsident

Für die SGL, Schweizerische Gesellschaft für Lehrerinnen und Lehrerbildung
Richard Kohler, Präsident

Für die VSH-AEU, Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden/ Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université
Christian Bochet, Präsident

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
D partement f d ral de l conomie, de la formation et de la recherche

Envoi électronique à :
jerome.huegli@sbfi.admin.ch
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

swissuniversities

Comité

Prof. Dr. Michael O. Hengartner
Président
T +41 31 355 07 56
michael.hengartner@
swissuniversities.ch

swissuniversities
Effingerstrasse 15, Case Postale
3001 Berne
www.swissuniversities.ch

Berne, le 17 avril 2019

Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation : prise de position de swissuniversities

Monsieur le Conseiller fédéral,

swissuniversities vous remercie de pouvoir prendre position dans le cadre de la révision totale de la Loi fédérale du 8 octobre 1999 relative à la coopération internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité.

1. swissuniversities est favorable à la révision en cours et au projet de loi. La révision et le projet de loi ne contiennent pas de changement problématique pour les hautes écoles. Il ressort en effet clairement de la documentation que la r vision ne vise pas cr er de nouvelles mesures d encouragement, mais bien adapter et actualiser les instruments en introduisant plus de souplesse et de coh rence. Le projet de loi corrige ainsi essentiellement des faiblesses sur le fond et sur la forme et précise certaines notions. De la sorte, la loi devient plus compréhensible. Globalement, le soutien de swissuniversities se fonde sur les deux principaux éléments ci-dessous :

a. Une adaptation nécessaire du cadre légal

Par cette r vision, il s agit d adapter le cadre l gal la situation effective de la Suisse (avec le Swiss-European Mobility Programme - SEMP) et de d tacher les instruments d encouragement de la participation aux programmes de formation europ ens. De l avis de swissuniversities, il est pertinent de procéder à ces changements et de renforcer ainsi la cohérence de la politi ue d encouragement de la coop ration internationale en mati re de formation.

La révision du cadre légal est également nécessaire afin de prendre en compte les changements géopolitiques actuels en lien avec la sortie du Royaume-Uni de l Union europ enne. Il est en effet crucial pour les hautes coles suisses d avoir un cadre l gal permettant le soutien et le financement post-Brexit de la mobilité vers le Royaume-Uni. swissuniversities a d j envoy un courrier en ce sens en date du 16 janvier 2019 l attention de la Secrétaire d tat la formation, la recherche et l innovation, Madame Martina Hirayama. Dans ce courrier, swissuniversities demandait la r vision de l *Ordonnance relative à la coopération*

internationale en matière d'éducation, de formation professionnelle, de jeunesse et de mobilité (OCIFM) afin de faire en sorte que le Royaume-Uni soit toujours éligible à recevoir des financements dans le cadre du SEMP. Cette question reste cependant ouverte d ici l entr e en vigueur de la nouvelle loi.

b. Vers plus de flexibilité saluée par les hautes écoles

swissuniversities

La révision et le projet de loi introduisent plus de flexibilité dans la gestion des instruments d encouragement et donnent la Conf d ration une plus grande marge de man uvre dans la mise en place des mesures d encouragement. « *Le but est de présenter les deux mesures – association à des programmes internationaux et financement de programmes lancés par la Suisse – comme deux instruments alternatifs et équivalents de la politique de la Confédération* » (Page 9, Point 1.2 - Rapport explicatif). Ceci est positif pour les hautes écoles suisses puisque le but ultime est de maintenir de la sorte « *la position de pointe de la Suisse dans les domaines de la formation, de la recherche et de l'innovation et de positionner la Suisse comme un pôle scientifique et économique compétitif, reconnu à l'échelle internationale* » (Page 18, Point 4 - Rapport explicatif). Voir également Article 1, let. c : « *La coopération internationale en matière de formation vise à consolider et développer la qualité et la compétitivité de l'espace suisse de formation* ».

Parmi les instruments d encouragement propos s, le projet de loi fait r f rence la possibilité de financer la mobilité extra-européenne (Article 4, let. b). swissuniversities salue ce point car il s agit d un r el besoin des hautes coles suisses. Les chiffres indi u s dans le rapport explicatif en lien avec l appel projets pilotes lanc en 2018 sont à ce titre explicites.

En disant ceci, swissuniversities rappelle malgré tout que les trois formes de mobilité nationale/européenne/internationale sont complémentaires et ne doivent pas être mises en concurrence. Ces trois formes de mobilité poursuivent des objectifs différents et des moyens suffisants doivent être réservés à ces trois formes de mobilité.

D une mani re symbolique, swissuniversities relève le choix terminologique d avoir introduit le mot « international » partout et d avoir fait dispara tre le mot « europe » de la loi, alors que ce dernier en tait jusqu maintenant un point principal. Ceci est regrettable et per u d favorablement. D s lors, swissuniversities demande la r introduction de l importance de l espace de la formation europ enne dans la loi.

2. swissuniversities insiste sur le fait que ce nouveau projet de loi ne doit pas compromettre une future association de la Suisse au prochain programme cadre européen de formation Erasmus+ pour la période 2021-2027. Pour les hautes écoles suisses, la voie de l association reste le but. La solution transitoire suisse n apporte u une r ponse partielle. Le projet de loi et le rapport explicatif sont explicites sur le sujet et mentionnent que « *la révision totale ne préjuge pas de la décision politique selon laquelle la politique d'encouragement durant la période à partir de 2021 reposera pour l'essentiel sur une association aux programmes de formation de l'UE ou des programmes lancés par la Suisse seront financés avec les mêmes objectifs.* » (Page 9, point 1.3 - Rapport explicatif). Il semble néanmoins important de souligner ce point.

swissuniversities

En lien avec cet objectif, swissuniversities recommande d int grer dans le projet de loi - à l article 4.1 - l option d une association partielle. Cette option est pr vue dans le rapport explicatif (« *Dans le cas hypothétique où la Suisse serait associée à un programme international uniquement pour un domaine spécifique, p. ex. celui de la mobilité universitaire (association partielle), la Confédération devra pouvoir conduire son propre programme dans les autres domaines, p. ex. celui de la formation professionnelle.* » - Page 13) et il serait important u elle soit galement mentionn e dans la loi afin d avoir tous les sc narios couverts et la plus grande flexibilité possible. Dans ce sens, une proposition serait de modifier l article 4.1, let. b en supprimant la deuxième partie du texte : « des contributions pour mettre en uvre des programmes initi s par la Conf d ration ui ne sont pas li s une association un programme international ; ~~ces contributions sont accordées à condition que la Suisse ne soit pas associ e un programme international dans le m me champ d activit~~ ».

Toujours en lien avec l objectif d association de la Suisse Erasmus+, swissuniversities s interroge si l article . (« *Le Conseil fédéral fixe les coûts imputables, le calcul, la limitation dans le temps, ainsi que les procédures applicables aux contributions prévues à l'art. 4, al. 1.* ») est véritablement conciliable avec cet objectif. Des précisions semblent nécessaires.

3. Concernant le contenu même du projet de loi, swissuniversities souhaite relever les quatre points suivants :

a. Nouvelle terminologie

La nouvelle terminologie utilisée « *coopération et mobilité internationales en matière de formation* » est appropriée et pertinente. Cette terminologie offre une plus grande cohérence par rapport aux diff rents niveaux de formation en Suisse et permet d englober les diff - rentes formes de coopération internationale. Il est à rappeler que ce changement terminologi ue n a aucune incidence sur le champ d application par rapport la prati ue actuelle.

b. Champ d application et domaines soutenus (articles 2 3)

Le champ d application et les domaines soutenus par le projet de loi d crits aux articles 2 et 3 conviennent bien.

Il s av rerait en revanche nécessaire d ajouter une d finition du concept de « mobilité internationale à des fins de formation ». Pour les hautes écoles, une définition la plus large possible (semestres d changes, summer winter schools, stages, etc.) est recommandée.

c. Délégation de tâches à une agence nationale (section 3)

La section 3 relative l agence nationale convient bien.

d. « *Des bourses individuelles pour suivre des formations d'excellence dans des institutions sélectionnées hors de la Suisse* » (article 4, let. d)

La loi actuelle pr voit l octroi de bourses uniquement pour des tudes dans des institutions europ ennes. L ordonnance actuellement en vigueur prévoit que des bourses sont allou es pour des tudes de niveau master au Coll ge d Europe de Bruges et de Natolin et pour des tudes doctorales l Institut universitaire europ en de Florence. swissuniversities salue la nouvelle disposition qui permet à présent l octroi de bourses pour des tudes dans d autres institutions d excellence l tranger. La question demeure cependant de savoir sur quelles bases ces nouvelles institutions seront sélectionnées. Le rapport explicatif mentionne seulement que « *le Conseil fédéral fixera à nouveau dans l'ordonnance la liste exhaustive des*

swissuniversities

institutions concernées ainsi que les modalités d'octroi des bourses » (Page 14). Il semble l important d tablir cette liste en troite collaboration avec les hautes coles suisses.

En conclusion, swissuniversities souhaite encore soulever le fait que les aspects financiers, l avenir post SEMP et la gestion op rationnelle de la mobilit estudiantine restent des l - ments incertains qui ne sont pas traités dans le cadre de cette consultation. Une clarification la plus rapide possible est nécessaire pour les hautes coles. Il s agira ainsi de rester attentif, d anticiper et traiter ces points dans un avenir proche afin d viter une p riode de flottement.

Je vous souhaite bonne réception de la prise de position de swissuniversities et vous remercie de bien vouloir tenir compte de nos commentaires dans la rédaction de la version finale de la loi.

Pour toutes questions, Madame Aude Pacton, Responsable du Domaine Relations Internationales de swissuniversities, se tient à votre entière disposition (aude.pacton@swissuniversities.ch).

Je vous prie de recevoir, Monsieur le Conseiller f d ral, l expression de mes salutations distinguées.

Prof. Dr. Michael O. Hengartner
Président

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR

Conseil suisse de la science CSS

Prise de position du Conseil suisse de la science (CSS)

Procédure de consultation sur le projet de révision totale de la loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationale en matière de formation (LCMIF, RS 414.51)

16.05.2019 / acc, bm, nua

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Le Conseil suisse de la science (CSS) fait part de sa prise de position dans le cadre de la procédure de consultation sur le projet de loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationale en matière de formation.

La présente est avalisée par le Président du CSS, l'ensemble du Conseil ne se réunissant pas avant la fin du délai de consultation.

Préambule

Le présent projet de loi permet de mettre à jour le cadre légal et de le rendre cohérent face à la situation politique actuelle, notamment avec les solutions transitoires concernant la mobilité internationale individuelle mises en place durant la période 2014 – 2020. De plus, grâce au projet de loi, la Suisse disposera d'une base légale pour mettre en œuvre à l'avenir des instruments d'encouragement de mobilité et coopération extra-européenne, tout en s'impliquant dans la participation à la politique européenne de formation, de la recherche et d'innovation.

Le CSS est favorable à la révision totale de la loi dans son ensemble. Néanmoins, certains points demandent des clarifications. Avant d'entrer en matière sur ces derniers, il semble nécessaire de rappeler brièvement le contexte qui entoure les relations de la Suisse et l'Union européenne pour comprendre les difficultés politiques auxquels la Suisse doit faire face.

Contexte: les relations entre la Suisse et l'Union européenne

Durant l'année 2014, avec l'acceptation de l'initiative populaire «Contre l'immigration de masse» et la non-signature du Protocole III concernant la Croatie, l'Union européenne a suspendu la participation de la Suisse aux programmes Erasmus+, Horizon 2020 et MEDIA.[1] Ainsi, la période 2014 – 2016 a été marquée par une grande incertitude pour le monde académique ainsi que pour le monde de la culture.

Lors de la session parlementaire d'hiver en 2016, les Chambres ont adopté un projet de loi d'application pour la mise en œuvre de l'initiative populaire « Contre l'immigration de masse » qui respecte les accords bilatéraux et qui a satisfait la Commission européenne. En décembre 2016, le Conseil fédéral a ratifié l'extension du Protocole III concernant la Croatie. Grâce à ces deux événements, la Suisse a pu

[1] *Participation aux programmes européens Erasmus+, Horizon 2020 et MEDIA*, Communiqué de presse du Conseil fédéral, 7 mars 2014, Berne, et *Education - des programme au bénéfice des étudiants,* Dossier du Département fédéral des affaires étrangères DFAE, Mission de la Suisse auprès de l'UE, disponible sur https://www.eda.admin.ch/missions/mission-eu-brussels/fr/home/dossiers-prioritaires/education.html (État le 06.05.2019).

Conseil suisse de la science
Einsteinstrasse 2, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 00 48, Fax +41 58 463 95 47
praesidium@swr.admin.ch
www.wissenschaftsrat.ch

être à nouveau intégralement associée, à partir du 1er janvier 2017, au programme européen de recherche Horizon 2020.[2] Toutefois, la participation de la Suisse aux programmes Erasmus+ et MEDIA n'a pas pu être rétablie, les négociations ayant été suspendues d'un commun accord entre la Commission européenne et la Suisse.[3]

Pour pallier à la non-participation de la Suisse à Erasmus+ et MEDIA, le Conseil fédéral a mis en place des mesures transitoires. Les crédits pour la période 2014 – 2017 destinés initialement à couvrir la part de la Suisse pour l'association à Erasmus+ ont été réalloués au financement de mesures transitoires pour cette même période. En 2017, l'Assemblée fédérale a arrêté un crédit de 114,5 millions de francs pour les activités internationales de mobilité et coopération pour la période 2018 – 2020. Il s'agit d'une solution visant à assurer une continuité des mesures d'encouragement mises en place durant la période 2014 – 2017. Le Conseil fédéral était en effet d'avis qu'un accord sur l'association de la Suisse pour la période 2018 – 2020 n'était pas réalisable.[4]

En ce qui concerne le programme MEDIA, une solution transitoire a été mise en place afin d'assurer la continuité dans des projets déjà amorcés ainsi que pour faciliter une réintégration de la Suisse dans ce même programme. Pour ce faire, le Conseil fédéral a approuvé en mars 2014 un versement annuel de 5 millions de francs aux acteurs de la branche audiovisuelle.[5]

Actuellement, la situation politique est incertaine. Les discussions exploratoires entre la Suisse et la Commission européenne se poursuivent dans le cadre d'une association à part entière de la Suisse aux 9e programmes-cadres européens de recherche et d'innovation 2021 – 2027 ainsi qu'au programme Erasmus+ 2021 – 2027. Parallèlement, sur le plan intérieur, le Conseil fédéral a lancé une consultation sur le texte de l'accord institutionnel pour définir la position à adopter concernant les points en suspens. Ces points concernent, d'une part, les mesures d'accompagnements et, d'autre part, la directive relative au droit des citoyens de l'Union.[6]

À ce jour, il n'est donc pas possible de faire des pronostics concernant les suites qui seront données à l'accord institutionnel. En effet, les oppositions sont de diverses natures et proviennent d'horizons politiques différents. Or, un rejet du ledit accord pourrait avoir comme conséquence une rétrogradation du statut de participation de la Suisse au 9e programme-cadre européen de recherche et d'innovation 2021 – 2027 ainsi qu'une non-participation à Erasmus+ 2021 – 2027, comme ce fût le cas en 2014.

À cela s'ajoute l'incertitude autour de l'initiative populaire «Pour une immigration modérée (initiative de limitation)»[7] qui a abouti l'été dernier, visant à dénoncer l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP). Le 30 novembre 2018, le Conseil fédéral a proposé son rejet sans lui opposer de contre-projet.[8] Cette votation future pourrait à son tour compromettre les négociations pour une participation de la Suisse aux programmes de recherche européens et Erasmus+.

Enfin, le Conseil fédéral a indiqué, dans sa réponse à l'interpellation 18.4283 de Beat Vonlanthen[9], qu'un échec sur de l'accord-cadre exposerait la Suisse à un risque de non-participation aux programmes européens.

---

[2] *Participation de la Suisse aux programmes-cadres européens de recherche et d'innovation (Horizon 2020 / Horizon Europe)*, fiche d'information, 22 février 2019, Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI, Berne.

[3] *Education - des programme au bénéfice des étudiants,* Dossier du Département fédéral des affaires étrangères DFAE, Mission de la Suisse auprès de l'UE, disponible sur https://www.eda.admin.ch/missions/mission-eu-brussels/fr/home/dossiers-prioritaires/education.html (État le 06.05.2019).

[4] Idem.

[5] *Europe Créative (MEDIA/culture)*, fiche d'informations, mars 2018, Direction des affaires européennes DAE, du Département fédéral des affaires étrangères DFAE, Berne.

[6] *Politique européenne - Le Conseil fédéral décide de lancer des consultations sur le texte de l'accord institutionnel*, Communiqué de presse, 7 décembre 2018, in Dossier *Accord institutionnel : consultations*, Direction des affaires européennes DAE, Département fédéral des affaires étrangères DFAE, Berne, https://www.eda.admin.ch/dam/dea/fr/documents/startseite/Document%20complémentaire.pdf (État le 06.05.2019).

[7] Aboutissement de l'initiative le 25.09.2018, référence FF2018 5837.

[8] *Le Conseil fédéral opposé à la dénonciation de la libre circulation des personnes,* Communiqué de presse du Conseil fédéral, 30 novembre 2018, Berne.

[9] Interpellation 18.4283, « Report de la conclusion de l'accord-cadre avec l'UE et érosion insidieuse de la voie bilatérale. Combien coûteraient les scénarios de rechange? », Beat Vonlanthen.

Outre aux considérations proprement politiques, une autre difficulté apparait dans les négociations pour une participation à Erasmus+, à savoir le coût financier pour la Suisse. En effet, selon les dernières informations à disposition, l'ensemble du budget pour le programme Erasmus+ sera significativement augmenté par rapport à la précédente période. La Commission européenne a proposé une enveloppe budgétaire de 30 milliards d'euros, alors que les députés du Parlement européen proposent quant à eux une enveloppe de 41 milliards d'euros à prix constants de 2018, ce qui correspond à 46,7 milliards d'euros en prix courants.[10] Les mécanismes de calcul pour l'établissement de la quote-part financière des pays associés ne sont pas encore connus. Néanmoins, au vu des chiffres articulés, il est très vraisemblable que les coûts financiers pour une participation de la Suisse à Erasmus+ vont significativement augmenter.

Les chambres fédérales sont attentives à l'incertitude qui entoure les négociations pour une participation de la Suisse à Erasmus+ 2021 – 2027 ainsi que l'augmentation des coûts. Ainsi, lors de la session d'hiver 2017, le Parlement a adopté la motion 17.3630 « Association à part entière de la Suisse au programme Erasmus plus à partir de 2021 ». Celle-ci charge le Conseil fédéral d'œuvrer afin que la Suisse soit pleinement associée au programme à partir de 2021.[11]

Enfin, il est important de rappeler que malgré les efforts entrepris pour réintégrer la Suisse au programme Horizon 2020, la participation de la Suisse est encore en recul. «Les indicateurs les plus parlants à cet égard sont la baisse des participations suisses, qui ont chuté de 3,2 % dans le 7e PCR à 2,4 % dans Horizon 2020, le repli marquant des coordinations suisses, passant de 3,9 % à 2,6 %, ainsi que la diminution des financements alloués aux institutions de recherche suisses, passés de 4,3 % à 3,5 % de l'ensemble des subventions engagées jusqu'à présent dans Horizon 2020.»[12]

Analyse

Au vu de ces défis, la nécessité pour la Suisse d'élaborer une base légale afin qu'elle puisse mettre en œuvre des programmes indépendamment des instruments et des programmes européens semble légitime. En effet, il est important de disposer d'une base légale qui permette aux acteurs concernés de s'adapter à un environnement international changeant. De même, d'un point vu formel, il était nécessaire que la loi soit réorganisée pour qu'elle réponde aux exigences légistiques. Ainsi, le CSS salue la volonté d'actualiser la politique d'encouragement de la Confédération par le biais d'une révision totale de la loi.

Toutefois, la mise en place de cette nouvelle loi ne saurait compromettre une association future, à part entière, de la Suisse aux programmes européens. Il est fondamental, pour la politique suisse de formation, de prendre part à la politique de formation de l'Union européenne. C'est pourquoi les instruments de cette loi ne devraient être, en aucun cas, considérés comme des alternatives aux programmes européens.

Or, certains signes laissent à penser que le Conseil fédéral pourrait envisager de favoriser prioritairement une association à Horizon Europe au détriment d'une association à part entière à Erasmus+ pour la même période. En effet, lors des débats parlementaires, concernant la motion 17.3630, « Association à part entière de la Suisse au programme Erasmus plus à partir de 2021 », le Conseiller fédéral Johann Schneider-Amman informait les parlementaires de l'augmentation significative de l'apport financier de la Suisse pour l'association à Erasmus+ pour la période 2021 – 2027 ainsi de ses doutes sur l'opportunité d'adhérer à l'ensemble des projets.

Il est certain que l'apport financier de la Suisse sera significativement plus élevé en comparaison avec la période 2014 – 2020. Néanmoins, il faut souligner que le programme Erasmus+ ne comprend pas

---

[10]Legislative Obeservatory Europwan Parliament, Texte adopté du Parlement, 1ère lecture/lecture unique, 2018/0191(COD) - 28/03/2019, disponible sur https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/summary.do?id=1580248&t=d&l=fr (État le 06.05.2019).

[11] Motion 17.3630, « Association à part entière de la Suisse au programme Erasmus plus à partir de 2021 », Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des États.

[12] *La participation de la Suisse aux programmes-cadres européens de recherche, Faits et chiffres 2018*, Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI, Bern, p.57.

uniquement la mobilité individuelle, mais également des activités de « Coopération en matière d'innovation et d'échange de bonnes pratiques » ainsi que le « Soutien à la réforme des politiques ».[13] La participation des acteurs suisses concernés à ces activités est importante. En effet, ces actions visent à renforcer les alliances entre les établissements d'enseignement et les entreprises, à renforcer les partenariats stratégiques transnationaux ainsi que le dialogue avec les parties prenantes.[14] Actuellement, les institutions suisses étant exclues, elles ne peuvent ni participer à l'élaboration de la politique, ni être représentées, ni être influentes.

Il serait donc regrettable de mettre sur un pied d'égalité les différentes solutions suisses pour la mobilité individuelle et une association à part entière pour Erasmus+, en les comparant sur la simple base des coûts effectifs. De même, il est vain de croire que la Suisse puisse renoncer aux autres projets du programme Erasmus+ sans perdre en influence en termes de positionnement stratégique.

De plus, il faut se garder de créer une hiérarchisation entre la formation, d'une part, et la recherche et l'innovation, d'autre part. Ceci est particulièrement vrai au sujet des instruments de mobilité individuelle. Ils doivent rester accessibles au plus grand nombre et ne pas être restreints à une élite. Par ailleurs, le programme Erasmus+ 2021 – 2027 vise justement à inclure le plus grand nombre de personnes socialement les moins favorisées.[15]

De surcroit, le présent projet de loi ainsi que le rapport explicatif ne reflètent pas explicitement la volonté de la motion 17.3630 adoptée par les deux chambres en 2017. En effet, le rapport explicatif ne mentionne guère la motion dans son argumentaire. Il explique simplement que :

> *« La révision totale ne préjuge pas de la décision politique selon laquelle la politique d'encouragement durant la période à partir de 2021 reposera pour l'essentiel sur une association aux programmes de formation de l'UE ou des programmes lancés par la Suisse seront financés avec les mêmes objectifs. L'adaptation des bases légales permettra uniquement d'étendre la liberté d'action stratégique sur le plan législatif. »*[16]

À ce stade, rien ne garantit que le gouvernement fera le nécessaire pour que la Suisse soit pleinement associée aux programmes-cadres de recherche et innovations ainsi qu'au programme Erasmus+.

Pour terminer, le présent projet ne semble pas non plus concrétiser *la Stratégie internationale de la Suisse dans le domaine formation, recherche et innovations* adoptée par le Conseil fédéral le 4 juillet 2018. Celle-ci prône de maintenir la position de pointe de la Suisse en encourageant la mobilité et la coopération internationale dans les domaines FRI. Pourtant, le maintien de cette position passe nécessairement par une association à part entière aux programmes européens.

---

[13] Dans le guide *Erasmus+, Guide du programme* elles sont appelées action clé n°2 et 3.
Cf. *Erasmus+, Guide du programme*, Version 2 (2019) : 15.01.2019, disponible sur https://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/resources/documents/erasmus-programme-guide-2019_fr,.

[14] idem, pp. 13-14.

[15] Legislative Obeservatory Europwan Parliament, Texte adopté du Parlement, 1ère lecture/lecture unique, 2018/0191(COD) - 28/03/2019. Cf. note de bas de page n°10.

[16] *Rapport explicatif, Loi fédérale sur la coopération et la mobilité internationales en matière de formation, Révision totale*, (LCMIF ; RS 414.51), février 2019, Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation SEFRI, Berne, pp. 9-10.

Commentaire par articles

Article 1, But de la coopération internationale

À la lecture du titre et du contenu de cet article, nous comprenons que la mobilité est comprise comme une forme parmi d'autres de coopération internationale. Or, nous regrettons que la mobilité ne soit pas mise en avant comme un but *per se*. Nous sommes d'avis que la mobilité doit être un instrument pérenne, indépendamment des autres formes et/ou instruments de coopération internationale. En la classant parmi les différentes formes de coopérations, il existe le risque que cette mesure soit restreinte pour des raisons de financement ou même délaissée pour favoriser d'autres instruments. Dans ce cas, l'accès ne serait pas garanti à l'ensemble des parties prenantes. L'intérêt d'encourager la mobilité comme un instrument *per se* ne se fonde pas uniquement sur son utilité directe pour le perfectionnement de connaissances académiques et/ou linguistiques. La mobilité est notamment importante pour les parties prenantes dans leur développement personnel.

D'un point de vue formel, l'emploi du mot « compétitivité » à l'article 1, let. *c*, avec les connotations économiques qui s'y attachent, ne semble pas opportun dans un tel contexte. Il serait préférable d'employer le mot « attractivité » afin que l'idée de promotion de l'espace suisse de formation ressorte dans l'esprit de la loi.

Article 2, définition et champs d'application

Nous sommes favorables à ce que le champ d'application de la loi soit dévolu aux divers domaines de formation, notamment l'école obligatoire, la formation professionnelle initiale, les écoles d'enseignement général du degré secondaire II ainsi que la formation continue.

Article 3, Domaines soutenus

À l'art. 3, let. *a*, nous sommes de l'avis que la notion de « personne en formation » n'inclut pas les personnes en formation continue puisque *de facto* ces personnes ont une activité professionnelle. De plus, l'interprétation faite dans le rapport explicatif ne semble pas l'inclure. Nous estimons que la formation continue va gagner en importance avec l'essor de la numérisation de l'économie. En effet, de nombreux emplois sont susceptibles d'évoluer et/ou disparaitre. Dans un tel contexte, la formation continue devient un outil essentiel pour la prospérité de la Suisse dans un environnement économique changeant.

À la lecture du contenu de la let. *c*, ainsi que de son commentaire, nous considérons que la formulation de cette phrase est peu claire. S'agit-il de promouvoir des « best practices » dans la mobilité internationale ainsi que dans la coopération internationale? Des précisions sont nécessaires.

Article 4, Types de soutien

La deuxième phrase de la let. *b*, de l'alinéa 1, peut être problématique dans l'éventualité d'une association partielle aux programmes européens. En effet, dans ce cas de figure, l'association partielle empêcherait de financer d'autres mesures. C'est pourquoi nous proposons de supprimer la deuxième phase.

> *b. des contributions pour mettre en œuvre des programmes initiés par la Confédération qui ne sont pas liés à une association à un programme international.~~; ces contributions sont accordées à condition que la Suisse ne soit pas associée à un programme international dans le même champ d'activité.~~*

L'art. 4, al. 1, let. *d*, vise à promouvoir l'excellence par la possibilité d'octroyer des bourses spéciales à des individus pour effectuer des échanges avec des institutions étrangères sélectionnées. Comment les critères d'octroi seront-ils établis? Quel est le groupe cible? Qui sera en charge d'octroyer ces bourses? Quelle sera la durée de ces bourses? La liste de ces institutions sera-t-elle restrictive ou extensive ?

Au vu de ce qui précède, il est évident que ces questions trouveront une réponse dans l'ordonnance d'application. Le CSS est d'avis que les critères d'octroi, outre celui énoncé à l'art. 5, al. 2, à savoir que la personne sollicitant la bourse doit avoir effectué au moins deux ans dans le système universitaire

suisse ou avoir un fort lien avec la Suisse, devraient être réglés au niveau de la loi. De même, l'organe compétent pour délivrer ces bourses devrait être mentionné dans la loi.

L'alinéa 3 explicite que le Conseil fédéral définit les institutions sélectionnées conformément aux let. *d* et let. *e*. Il serait souhaitable que le Conseil fédéral élabore cette liste en collaboration avec les parties prenantes telles que les hautes écoles et universités, et que cette collaboration soit inscrite dans l'ordonnance. Enfin, pour plus de clarté, il faudrait préciser qu'il s'agit des lettres *b*, *d*, *e*, et *f* de l'alinéa 1.

Article 5, Conditions d'octroi

L'alinéa 5 peut être contradictoire au vu d'une association à part entière à des programmes européens et/ou internationaux prévus à l'art. 4, al. 1, let. a. En effet, si la Suisse participe à des programmes européens/internationaux elle ne peut fixer les critères énoncés à cet alinéa. C'est pourquoi il faudrait spécifier dans l'alinéa qu'il s'agit des contributions prévues à l'art. 4, al. 1, let. *b* à *f*, en excluant les contributions prévues à l'art. 4, al 1, let. *a*.

Article 6

Nous souhaiterions que cet article présente des clarifications concernant la gouvernance de Movetia. En effet, l'alinéa 4 ne fait que mentionner qu'elle doit rendre des comptes sur sa gestion et sa comptabilité. Il serait souhaitable que les notions explicites de coordination et processus apparaissent dans l'article. De même, des évaluations périodiques doivent être définies au niveau de la loi. Enfin, l'alinéa 2, let. *b*, devrait mentionner « les ressources et les processus », en lieu et place de la notion de « capacité ». La notion de capacité pouvant signifier différentes choses comme, par exemple, la capacité financière, la capacité en personnel, la capacité en infrastructure.

Remarque finale

De manière générale, il y a de nombreux critères, notions et procédures concernant les art. 4, 5, 6 qui seront définis dans l'ordonnance d'application. Nous espérons que celle-ci fera l'objet d'une consultation.

Le Conseil suisse de la science formule les recommandations suivantes au Conseil fédéral:

- Soumettre l'ordonnance d'application à une consultation au vu de l'importance des critères de mise en œuvre réglés au niveau de l'ordonnance ;
- Œuvrer à ce que la Suisse soit associée à part entière au programme Erasmus+ et respecter ainsi la volonté de la motion 17.3630 ;
- S'employer à la mise en œuvre de la Stratégie internationale de la Suisse dans le domaine formation, recherche et innovation dans le domaine de la mobilité internationale ;
- Clarifier les processus et la gouvernance et prévoir des évaluations périodiques de la fondation Movetia ;
- Prendre en compte les remarques et modifications suggérées dans le commentaire par article.

En espérant que cette intervention vous sera utile, nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Gerd Folkers
Président du CSS

Pour toutes informations, prière de contacter :

Conseil Suisse de la Science
Secrétariat
Einsteinstrasse 2
CH-3003 Bern

Tel.: +41 58 463 00 48
Fax: +41 58 463 95 47

swr@swr.admin.ch

Universitäre Medizin Schweiz
Médecine Universitaire Suisse

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Herrn Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

E-Mail: jerome.huegli@sbfi.admin.ch und
gaetan.lagger@sbfi.admin.ch

Ort, Datum:	Bern, 1. Mai 2019	Direktwahl:	031 306 93 86
Ansprechpartnerin:	Rahel Zainhofer	E-Mail:	rahel.zainhofer@unimedsuisse.ch

Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung (BIZMB, SR 414.51)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur Totalrevision des Bundesgesetztes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung nehmen zu können.

Der Verband Universitäre Medizin Schweiz (unimedsuisse) befürwortet die Totalrevision und stimmt der Vorlage zu.

Wir möchten darauf hinweisen, dass für unimedsuisse eine politische Lösung zentral ist, die den Schweizer Universitäten eine gleichberechtigte Teilnahme in u.a. europäischen Bildungs- wie auch Forschungsprogrammen gewährleistet.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Bertrand Levrat
Präsident Universitäre Medizin Schweiz

[VSS | UNES | USU]

VSS | Verband der Schweizer Studierendenschaften
UNES | Union des Etudiant-e-s de Suisse
USU | Unione Svizzera degli e delle Universitari-e

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bern, 24. Mai 2019

Stellungnahme des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS-UNES-USU) zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Herren Hügli und Lagger
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) bedankt sich für die Möglichkeit, dass die Studierenden durch die Teilnahme an diesem Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung Stellung nehmen können.

Einleitung

Der VSS vertritt auf eidgenössischer Ebene die Studierendenschaften von Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, kantonalen Universitäten und Eidgenössischen Technischen Hochschulen. Die wichtigsten Ziele sind Chancengleichheit im Hochschulzugang und Demokratisierung der Hochschulen.

Im Rahmen dieser Schwerpunktsetzung setzt sich der VSS seit mehreren Jahren stark für die volle Wiederassoziierung der Schweiz an das Erasmus-Programm ein, um den Schweizer Studierenden gleichberechtigten Zugang zur Mobilität zu ermöglichen. Wir betrachten Mobilität nicht nur als gewinnbringend für die Berufschancen der teilnehmenden Individuen, sondern insbesondere auch für die Stärkung der persönlichen und interkulturellen Kompetenzen, welche für aktive, verantwortungsvolle Staatsbürgerinnen von grösster Bedeutung sind. Es profitieren keineswegs nur die teilnehmenden Individuen, sondern auch die Schweizer Gesellschaft als Ganzes – diese gewinnt an Attraktivität in den wirtschaftlich bedeutsamen Bereichen Bildung, Forschung und Innovation. Darüber hinaus ist es für die Schweiz höchst relevant, sich mit ihren spezifischen Lösungen der politischen Partizipation, direkten Demokratie und der Stärke ihrer Vereins- und Verbandslandschaft international zu positionieren. Aufgrund dieser Überzeugung vertreten wir den Standpunkt, dass die Schweiz die notwendigen Investitionen, wieder vollwertige Partnerin in den Erasmus-Programmen zu werden, dringend vornehmen muss und keine risikoreichen, schmaleren Sonderlösungen verfolgen darf. Der gegenwärtig begangene Sonderweg riskiert nicht nur die Aufgabe langjähriger Partnerschaften, sondern benachteiligt auch den Austausch ausserhalb des Hochschulbereiches sowie in besonderem Masse Kooperationsprojekte gegenüber individuellem Austausch. Gerade die Initiative «Europäische Universitäten» der Europäischen

Union, die auch an das europäische Förderprogramm gebunden ist, bietet grosse Chancen für Studierende und Hochschulen. Schweizer Universitäten und Studierende sind momentan von dieser Möglichkeit der Teilnahme ausgeschlossen und können nicht von dieser Zusammenarbeit profitieren. Die Teilnahme ist wahrscheinlich längerfristig an die Teilnahme am Erasmus-Programm gebunden und die Schweiz schadet der Qualität ihrer Hochschulen, wenn sie an Kooperationsprojekte dieser Art nicht teilnehmen kann. Die Position einer Wiederassoziierung an die Erasmusprogramme hat der VSS nicht nur in seinen Aktivitäten zugunsten einer schnellstmöglichen Vollassoziierung im Rahmen einer Petition gemeinsam mit der SAJV, sondern auch bei zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen sowie Gesprächen mit dem SBFI bekräftigt.

Allgemeine Würdigung

Der VSS begrüsst es grundsätzlich, dass zwecks der Weiterführung internationaler Mobilität gesetzliche Lücken geschlossen werden. Die sogenannte Schweizer Lösung ist gegenwärtig Realität und darf nicht durch fehlende Grundlagen gefährdet werden, was in der Abschaffung von Fördermöglichkeiten in der Mobilität im Bildungs- und Jugendbereich gipfeln könnte.

Der erläuternde Bericht erwähnt explizit, dass durch den Gesetzesentwurf nicht den Entscheiden über die Förderpolitik der kommenden Jahren vorgegriffen werden soll, was aber leider der Natur des Gesetzes inhärent ist: Die dauerhafte Möglichkeit eines autonomen Schweizer Weges wird neu geschaffen. Während hierfür möglicherweise akute Sachzwänge bestehen, möchte der VSS erneut darauf hinweisen, dass aufgrund obiger inhaltlicher Argumentation eine vollwertige Zusammenarbeit im Rahmen von Erasmus unbedingt anzustreben ist. Im Sinne dieses Vorhabens besteht nach wie vor der politische Auftrag gemäss der angenommenen Motion 17.3630 Vollassoziierung an Erasmus plus ab 2021, welche die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der EU zwecks der Vollassoziierung verlangt. Dieser Auftrag wurde unter Verweis auf die Umstände breiterer laufender Verhandlungen mit der EU und dem EU-internen Verhandlungsstand zu Erasmus bisher nicht umgesetzt. Nichtsdestoweniger darf der vorgelegte Gesetzesentwurf nicht als weiteres Vehikel dienen, diese Verhandlungen unter vorgeschobenen Gründen zu verschieben oder zu verhindern. Darum ist es prioritär, dass das Gesetz keine neuen Schwerpunkte vorsieht, welche den Zielsetzungen und Strukturen der EU Programme widersprechen und somit die Zusammenarbeit erschweren oder verunmöglichen. Der VSS möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Etablierung einer Schweizer Lösung im neuen Gesetz, die Entscheidung für oder gegen eine Wiederassoziierung an Erasmus, nicht vorwegnehmen darf.

Der VSS fordert deshalb, dass im Fall, wenn eine Vollassoziierung nicht erreicht werden kann, die Ein- oder Weiterführung und der Ausbau einer starken Schweizer Lösung unterstützt werden soll. Durch ein mit ausreichendem finanziellem und programmatischem Spielraum ausgestattetes Mobilitätsprogramm könnte Schadensminderung betrieben werden: Dies ist für den Erhalt der Qualität der Schweizer Bildungslandschaft von essentieller Bedeutung.

Das Erasmus+-Programm ab 2021 wird höchstwahrscheinlich ein grösseres Budget haben als bis anhin, die Schweizer Lösung sollte also auch mehr Mittel zur Verfügung stehen um ebenfalls mehr jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten von internationaler Mobilität profitieren zu können.

Art. 3 Bst. b: Breiter Kooperationsbegriff und Stärkung der Kooperationsaktivitäten

Der VSS begrüsst es ausdrücklich, dass die Kooperationsaktivitäten im Art. 3 Bst. b Einzug in das Gesetz erhielten. Nachdem solche nun jahrelang nur noch eingeschränkt möglich waren, zählt der VSS nun auf eine zügige Verbesserung der Situation.

Im vollen Bewusstsein, dass solche Regelungen auf Verordnungsebene getroffen werden, möchten wir im Hinblick auf die Ausarbeitung ebendieser darauf hinweisen, dass es im Falle einer Weiterführung einer Schweizer Lösung für alle betroffenen Bereiche von grosser Wichtigkeit ist, dass Kooperationsprojekte nicht nur im Rahmen der Finanzierung von Reise- , Unterkunfts- und Verpflegungskosten unterstützt würden. Darüber hinaus sollte, wie in den Schlüsselaktionen 3 von Erasmus+, auch beispielsweise die Erarbeitung relevanter Inhalte sowie deren Verbreitung förderfähig sein müssen, also auch Kosten für Arbeitsleistung und Sachaufwand verrechnet werden können. Nur so ist es möglich, eine nachhaltige Zusammenarbeit zu gewährleisten, welche über die physische Präsenz vor Ort hinausgeht. Des Weiteren ist es zentral, dass multilaterale Projekte nicht weiterhin dazu gezwungen wären, sämtliche Treffen in der Schweiz abzuhalten, um förderfähig zu sein, was einen gleichberechtigen Austausch erschwert.

Art. 4 Bst. b: Möglichkeit bieten für nationale Programme auch im Falle einer Assoziierung an Erasmus+

Wie im erläuternden Bericht geschrieben, soll der vorliegende Gesetzesentwurf keinen Einfluss auf die allfällige Assoziierung an Erasmus+ haben. Der VSS nimmt deshalb mit Unverständnis zur Kenntnis, dass im vorgeschlagenen Gesetzestext bei Art. 4 Bst. B geschrieben steht: “[…] solche Beiträge sind nur möglich, sofern die Schweiz nicht an ein internationales Programm im gleichen Tätigkeitsbereich assoziiert ist”.

Seit 2018 gibt es einen innovativen Fonds für Projekte ausserhalb Europas, welcher das SBFI zusammen mit Movetia etabliert hat und der auf grosses Interesse bei Bildungsorganisationen gestossen ist. Auch im Fall einer Wiederassoziierung an Erasmus+ sollten solche Fördermittel immer noch möglich sein und nicht von Gesetz wegen per se ausgeschlossen werden.

Der VSS schlägt daher vor, die oben zitierte Stelle zu streichen und es daher gesetzlich zu ermöglichen, eigene Bundesprogramme auch im Falle einer Assoziierung umzusetzen. Diese Entweder-oder-Situation, welche im Gesetzesentwurf beschrieben wird, spielt die beiden Lösungen gegeneinander aus und nimmt daher Einfluss auf die Diskussion einer möglichen Assoziierung. Um dieser Entscheidung nicht vorzugreifen, müsste also unserer Meinung nach der zweite Teil von Art. 4 Bst. B gestrichen werden.

Art. 4 Bst. d und e: kein Schwerpunkt auf die Elitenförderung

Der erläuternde Bericht argumentiert, dass gegenwärtig begrenzt für drei europäische Institutionen Stipendien vergeben werden und dies für weitere herausragende Institutionen ermöglicht werden müsste, und erwähnt hingegen mehrfach die Notwendigkeit einer verstärkten Exzellenzförderung. Die Elitenförderung wird mit Art. 4 Bst. d und e nun auf Gesetzesniveau gehoben, was für den VSS nicht nachvollziehbar ist. **Der VSS schlägt daher die Streichung der beiden Buchstaben vor.**

Mobilität und internationale Zusammenarbeit sind wichtig für das Individuum, aber besonders auch für die Gesamtgesellschaft und deren Kohäsion. Eine solche Wirkung ist einzig möglich, wenn der Schwerpunkt der Förderung **eine für alle zugängliche Mobilität** ist und diese sich nicht auf die weitere Unterstützung von ohnehin schon privilegierten Institutionen und Individuen konzentriert. Die europäischen Förderprogramme haben deshalb für die neue Programmperiode ab 2021 grosse Anstrengungen unternommen, Mobilität inklusiver zu machen, um diese gewinnbringende Erfahrung auch jenen zu ermöglichen, welche grössere Mobilitätshindernisse antreffen. Dass die Schweiz einen entgegengesetzten Weg gehen möchte, gefährdet nicht nur die Chancengleichheit in der Bildung, sondern erschwert erneut eine mögliche Wiedereingliederung in europäische Fördermechanismen, von deren Funktionsweise man sich durch priorisierte Exzellenzförderung mittelfristig immer weiter distanzieren würde.

Strukturell erscheint es uns problemlos möglich, im Rahmen von Art. 4 Abs. 1 Bst. c auch Massnahmen wie die Entsendung von StipendiatInnen an einzelne Institutionen zu inkludieren. Es ist für den VSS nicht schlüssig, weshalb für einen solch marginalen Programmbestandteil eine eigene gesetzliche Grundlage geschaffen werden soll, falls es sich hierbei nicht wie vermutet um den Versuch eines massiven Ausbaus der Exzellenzförderung handelt.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband der Schweizer Studierendenschaften

Francesco Bee
Vorstandsmitglied
Dossier Internationales

Nino Wilkins
Co-Präsident